

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 Mk. Post von Rom an. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unser Anzeigenteil für Deutschland und Österreich: 10 Bg. 2 Bg. für das übrige Ausland. 3 Bg. Post von Rom an. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69, Berlin-Preussisch. Nr. 1983. **Donnerstag, den 16. Januar 1908.** Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69, Berlin-Preussisch. Nr. 1984.

### Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:  
 Groß-Berlin akonto seiner acht Wahlkreise 12 000.— (darunter Heberich vom Gefangenen „Norddeutsche Schiffe“ 6,15, B. Mann 8.—, Tischlerei H. Schnell, Charlottenburg 8.—, Parteibeitrag Havlab 1.—, Tischlerei Karl Müller, Wilsdorfstr. 35 10.—, A. V. Mitter 1.—, Monatsbeitrag G. Reichle 10.—, Gesammelt bei Wödm 1,60, Kranzüberhöhung König, Nöden u. Co. 2.—, Von den Steidl-Hamburger Sängern 20.—, Kranzüberhöhung für den Genossen Jahr 4,35, Dr. med. S. E. 11 8.—, Hermann Vöthner, Großdestillateur, Pauselstr. 44 100.—, Tischlerei Wollenburg, Waldemarstr. 55 15.—, Passagierbau Friedrichstraße durch Kemmer 10.—, Vergütungen der Pa. Köhle 7,40, Mitglieder der Union-Druckerei 8,85, Groschenlosse der Pa. Poppel 5.—, Gottfried Freyhof 8,00, Berlin, diverse Beiträge: Heberich der Kranzpende Pa. Franke 8,15, Vöthner v. d. Honneriamiede Vorfig 7.—, Dr. R. A. 25.—, Wepel, 2. Wahlkreis Juli-Dezember 2.—, Teltow, Bierprocente vom Bau Haderburg in Klein-Rachow 5.—, Wachedes 5.—, Dr. L. A. 100.—, Kollegen der Firma Hiewe 11,80, Waldmonnslust, für Freiheit und Recht 5.—, Schöster Wahlkreis durch Warnst-Fischer 60.—, Arbeiter d. Firma Alb. Kurz außer zweien 6,90, Weihnachtsfestrede 3. Wahlk. 8.—, Julie, Ritterstr. 85, IV. Quart. 16,80, Gutenberg 37,50, Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Friedenau X 5.—, Arbeiter vom Lehrer Speicher 25.—, A. B. 50.—, P. S. 50.—, Bremen B. R. 7.—, Vornburg, 3. u. 4. Quart. 07 245,40, Bodamm-BesitzerInnen, Kreisverein, 1. Quart. 1907/08 800.—, Pant, 2. Oldenburg u. 2. harr. Wahlk., 4. Quart. 07 492.—, Diberach (Hiff.) 16. württemb. Wahlk., 3. Quart. 12,60, Bern 50.—, Dresden „Aus Unverstand u. Bosheit“ 1,50, Hüllenberg-Ober-schlesien 3.—, Greiz, soz. Verein Neuh. a. L. 3. Quart. 07 190.—, Goldbach-Altmair, städt. Parteigen. 10.—, Hamburg 23 000.— (darunter: 1. Wahlk. 6 000.—, 2. Wahlk. 5 000.—, 3. Wahlk. 13 000.—), Danau-Gelbfuß-Orb 300.—, Hamburg, eingegangen bei der Expedition des „Hamburger Echo“ 147,75, Jena, Kreiswahlverein Weimar III für 3. u. 4. Quart. 07 465,90, Köln a. Rh., Reg. B. 20.—, Königsberg i. Pr., G. Nohn 22,50, Königsberg i. Pr., soz. Verein, 3. Quart. 07 351,40, Krefeldstr. 19, bad. Reichstagswahlkreis 241,15, Ludenwalde, 3. Quart. 07 162,73, Leipzig, 13. jährl. Reichstagswahlkreis 6 000.—, Ludenwalde, Rufus 5.—, Mühlhaußen - Langenfelde - Weissenhof, Kreisverein, 3. Quartal 07 52,80, Magdeburg, soz. Verein, 4. Quart. 07 800.—, Meiningen I, 2. Quart. 29,05, Meiningen II, 2. Quart. 265,04, Merane i. S. 17. sächs. Wahlkreis 100.—, Nürnberg, Gau Nordbayer für Juli bis September 07 2214,18 (darunter: Regensburg 29,61, Amberg 4,92, Neumarkt i. O. 2,31, Rieburg a. B. 7,41, Reustadt a. B. 14,25, Hof a. S. 118,74, Pappreuth 238,45, Forchheim - Kulmbach 28,65, Kronach-Lichtenfels 58,82, Bamberg 24,03, Nürnberg 995,07, Erlangen-Fürth 487,55, Ansbach-Schwabach 84,03, Eichstätt 12,78, Dinkelsbühl 13,14, Rothenburg a. T. 19,77, Rittingen 9,57, Reustadt a. S. 9,84, Schweinfurt 54,66, Würzburg 60,54), Niederwöhlin, 19. sächsischer Wahlkreis 150.—, Nürnberg, G. E., Beitrag für 1907 6.—, Ohlau-Strehlen-Kimpich 2. Quartal 07 29.—, Ravensbusch b. Stodelsdorf, 2. Quart. 07 147.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Steint, Provinz Pommern, 2. und 3. Quart. 07 1128.— (darunter: Stettin 177,36, Randow-Greifswalder 406,76, Uckermark-Uebow-Bollin 80.—, Greifswalder-Grimmen 99,80, Stralsund-Rügen 231,52, Anklam-Demmin 22,40, Köslin-Rolberg 64,12, Stolp-Lauenburg 5,12, Rausgard-Regenwalde 9,08, Greifenberg-Kömmeln 5,80, Reustettin 8.—, Dramburg 2.—, Vürow-Schlame-Rummelsburg 13,04), Schwabisch-Hall, 11. württ. Wahlkreis, 3. Quart. 34,28, Stralsund-Land 77,40.  
 Berlin, den 14. Januar 1907.  
 Für den Parteivorstand: L. S.: Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

### Das tote Haus.

Die Toten reiten schnell. Und seit dem 10. Januar 1908 hat das preussische Abgeordnetenhaus sein Leben vermisst. Niemand anders als Fürst Bülow selbst hat bewiesen, daß die Vollziehung des Todesurteils notwendig ist; denn indem er erklärte, daß die Regierung keine Änderung des Wahlrechts zulasse und das Abgeordnetenhaus begeistert zustimmte, hat es gesagt, daß es für die Notwendigkeit der deutschen Entwicklung abgestorben ist.  
 Woran erkennt man denn, daß ein Parlament lebendig ist? Daran, daß es der Ausdruck der lebendigen Kräfte des Volkes ist, das Organ, in dem die wirksamen Interessen und Willensrichtungen der einzelnen Klassen und Schichten des Volksganges zum Ausdruck kommen und sich umsetzen in einen Gesamtwillen. Das preussische Abgeordnetenhaus aber bedeutet eine groteske Fälschung des Volkswillens, ein Trug- und Wahnbild, das nur in elender Verzerrung das Volksganze widerspiegelt. Es ist eine lächerliche Lüge, daß in diesem Hause auch nur die bürgerlichen Interessen wirksam vertreten sind. Vor sechzig Jahren ist dieses Haus aus dem Verfassungsbruch geboren worden und schon vor sechzig Jahren sollte es ein Mittel der feudalen Restauration werden. Die Krone, die allein in dem ostelbischen Grundbesitz ihren Schutz und Schirm sah, hatte es für ihre Bedürfnisse geschaffen. Um nicht vor den verhassten und gefürchteten — wie unbedrängten war leider diese Furcht — revolutionären Städten zurückweichen zu müssen, hat sie vor dem Junkertum kapituliert. Der Absolutismus der Krone wurde zum Absolutismus der Junker, und das preussische Abgeordnetenhaus ist nichts anderes als die Aufriktion der Junkerherrschaft über das deutsche Volk. Nur kurze Zeit gab der plutokratische Wahlmechanismus dem Bürgertum einige

Chancen. Die Schwachheit und Mattheit des Liberalismus, der schon damals aus Angst vor den Anfängen der Arbeiterbewegung den entscheidenden Moment verstreichen und die entscheidenden Mittel unangewandt ließ, gab bald dem Junkertum und seiner Bureaucratie das Heft in die Hand. Die öffentliche Wahl wurde zum gewaltigen Kampfmittel in den Händen einer skrupellosen machtgierigen Bureaucratie, und dieses Parlament, das der Rechtsbruch der preussischen Krone geboren hat, ist heute in seiner Zusammensetzung bestimmt durch den offenen, gesetzlich sanktionierten Wahlterrorismus der öffentlichen Wahl, durch die fortgesetzte Verleugung von Treu und Glauben. Könnten politische Angelegenheiten vor einem Zivilgericht entschieden werden, das preussische Abgeordnetenhaus müßte für null und nichtig erklärt werden, da es nur zustande kommt contra bonos mores, durch den Verstoß gegen die guten Sitten.  
 Aber der Wahlterrorismus ist nur möglich durch die Wahlkreiserteilung, die eine jede Aussicht auf entscheidende Änderungen im Abgeordnetenhaus unter dem gegenwärtigen Wahlrecht unmöglich macht. Fast zwei Drittel der Abgeordneten dieses faulsten Parlaments werden von den Gutsherren ernannt, die in der ersten Klasse die Wahlmänner ernennen, während in der zweiten ihre Gutsinpektoren und Wirtschaftsbeamten dieses Geschäft besorgen. Rechtlos, zu einer lächerlichen Minorität verurteilt, sind alle städtischen Schichten, und selbst für die Großbourgeoisie ist dieses agrarische, verkehrsfeindliche, kulturhemmende Parlament nur erträglich, weil das Großkapital auch gewisse Opfer nicht scheut, um in den Junkern und ihrer Bureaucratie sich eine Gewaltgarde zur Niederhaltung der Arbeiter zu schaffen.  
 Rechtlos aber wie die Arbeiter ist auch der kleine städtische Mittelstand, dem die Agrarier nur hier und da einige Schanbrote zukommen lassen, um sie in ihrem Unverstand, in ihrer Verblendung gegen die Arbeiter ausspielen zu können. Einflußlos ist die Intelligenz. Von den Lehrern der Volksschule bis zu den Professoren der Universitäten müssen alle Intellektuellen das Joch der Geistesknechtschaft tragen. Mit aller Macht und Macht aber ist dieses Haus zum Feind der Arbeiterklasse, ihres kulturellen, ökonomischen und politischen Aufstiegs geworden. Unberührt von dem Leben da draußen, unbekümmert um die Notwendigkeit der Entwicklung, erstarrt und versteinert stellt sich dieses Volkwerk allem entgegen, was zum Leben drängt. Eine ungeheure Umwälzung hat sich vollzogen, Preußen ist ein erstes Industrieland geworden, seine Arbeiterklasse kämpft in der vordersten Reihe des gewaltigen Heeres der Internationale, aber dieses abgestorbene Haus verharzt auf einem Standpunkt, der schon 1848 überwunden war.  
 Fragt man aber, wie war es möglich, daß dieses Konstrukt noch immer da ist, daß es das schlimmste Hindernis der deutschen Entwicklung bleibt, dann ist nur eine Antwort möglich: Dieses Haus lebte von des Volkes Gnaden. Das preussische Volk hat es ertragen, weil es seine dringendsten Aufgaben in der Arbeit des Reichstages erledigte. Dort kam es zum Wort, dort hat es die deutsche Einheit gegründet, das eine Recht geschaffen, das große Wirtschaftsgebiet hergestellt. Aber andere Zeiten, andere Aufgaben und andere Kämpfe. Die Arbeit im Reich sieht an das Hindernis in Preußen. Das preussische Abgeordnetenhaus, das ist der schlimmste Feind des deutschen Reichstags. Der Wille, der aus dem gleichen Wahlrecht geboren wird, wird gehemmt durch den Willen des Dreiklassenwahlrechts. Die, ach, so langamen und geringen Fortschritte im Reichstag scheitern immer wieder an dem Widerstand der preussischen Regierung, die den Bundesrat beherrscht, scheitern an dem Widerstand einer Bureaucratie, die aus den Junkern hervorgegangen, nichts ist als die Vollstreckerin des Willens des Junkerparlaments. Kein entscheidender Fortschritt im Reich, ehe nicht dieser Widerstand überwunden ist. Deshalb muß das Dreiklassenwahlrecht fallen. Wir wissen jetzt, was auf dem Spiele steht. Mit seiner ganzen Leidenschaft und Gründlichkeit hat das preussische Volk, haben die Arbeiter das große Problem erkannt. Die Langmut des Volkes, von der dieses Haus die Existenz gestirbt hat, ist dahin. Das Privilegienparlament muß beseitigt werden.  
 Die Erklärung Bülows hat gezeigt, daß dieses Haus nicht mehr die Kraft und Einsicht besitzt, das Notwendige selbst zu tun. Das ist das Wertvolle dieser Erklärung: Sie sagt nichts anderes, als daß in diesem Hause keine Fähigkeit mehr lebt, mit der Entwicklung fortzuschreiten. Die Entwicklung muß daher über dieses Parlament hinweg. Die Wahlreform ist nur möglich, wenn sie diesem Haus von außen aufgezwungen wird. Die Taktik der Sozialdemokratie ist ihr durch die Verhältnisse vorgezeichnet und nicht trügerisch, als die Meinung, die mächtige Arbeiterbewegung, von der ganz Preußen und bald ganz Deutschland widerhallt, sei das Werk der Führer. Es sind die Massen selbst, die jetzt die Aktion bestimmen, und die Führer können nur ihre Erfahrung und ihre Einsicht in den Dienst der Massenbewegung stellen. Die Rechtlosen fordern ihr Recht. Wie sollen sie's anfangen? Aus dem Hause der Geistesgebunden sind sie ausgeschlossen. Den Forderungen ihrer Versammlungen antwortet der Hohn der Junker. Auf ihre Gründe achtet der einsichtlose Starrsinn nicht. Ihrem Recht stellt sich die Macht gegenüber. Da müssen die Massen sich selbst zeigen, ihre eigene Kraft dokumentieren, ihre Unentbehrlichkeit vor Augen führen. Wir wissen, daß uns der Un-

verstand der Gegner, die Rauheit der bürgerlichen Wahlrechtsfreunde, die Verzagttheit der Abseitsstehenden noch manche Opfer auferlegen wird. Aber wir wissen auch, daß uns unser Recht werden muß, denn die Erringung der Demokratie ist das Lebensinteresse unseres Volkes.  
 Fürst Bülow hat zuviel gewollt. Indem er die Wahlrechtsbewegung damit vernichten wollte, daß er den äußersten Widerstand der Regierung proklamierte, wollte er ihre völlige Ausschließlichkeit zeigen. Sein Zweck war, durch brutale Klarheit die Massen zu entmutigen. Er hat das Gegenteil erreicht, und es ist der große Erfolg unserer Wahlrechtsdemonstration, daß sie sofort bewiesen hat, daß die Wahlrechtsklärung der Regierung ein Blatt Papier war, das der Sturmwind der Demokratie verweht hat. Es ist gespielte Dummheit, wenn Reaktionen fragen, worin der Erfolg bestanden habe, da das Wahlrecht ja fortbesteht. Wäre die Erringung der Rechtsgleichheit so leicht, sie wäre längst erobert. Das aber ist durch die Demonstration erreicht, daß das Wahlrecht in Preußen in den Mittelpunkt der gesamten Politik gestellt ist, daß Bülows Zweck vereitelt, die Massen begeisterter und entschlossener sind als je.  
 Der Kampf geht weiter. Ob er kurz oder lange dauern wird, das hängt zu einem großen Teil von dem Verstand der Nachhaber ab. Wir fürchten weder den Kampf noch seine Dauer. Der Kampf ist unser Element und die Erfahrung aller Länder lehrt, daß das Wachstum der Sozialdemokratie nie so rapid und umfassend ist, als wenn die Verweigerung ihres Rechts den Arbeitern ihre Feinde in ihrer wahren Gestalt erscheinen läßt. Die Gewährung der Rechtsgleichheit ist das dringende Interesse gerade der bürgerlichen Parteien, die auf die Stimmen der Rechtlosen noch glauben rechnen zu können. Daß diesen Parteien die Frage mit allem Nachdruck gestellt werden wird, darauf mögen sie sich verlassen. Die aufrüttelnde Agitation unserer Bewegung muß auch den letzten Rechtlosen aufwachen, und es ist uns gar nicht bange, daß das Wahlrecht seinen Eroberungszug bis zum siegreichen Ende führen wird.

### Peters am Schandpfahl.

Peters und Herr Sello begannen die heutige Verhandlung mit dem Versuch, die Tatsache in Abrede zu stellen, daß von der klägerischen Seite auch im letzten Augenblicke wieder der Versuch des Anstößens gemacht worden ist. Beide erklärten, daß sie einen Vergleich nicht angeregt hätten, wie die Presse gemeldet habe. Rechtsanwalt Hall, der Verteidiger Bennigsen, stellte jedoch fest, daß Rechtsanwalt Rosenthal, der Rechtsbeistand des Peters im Münchener Prozeß, einen solchen Vergleich anzubahnen versucht habe. Daß aber Rechtsanwalt Rosenthal auf eigene Hand in diesem Stadium des Prozesses einen Vergleichsversuch unternommen hat, mag Peters zehnmal behaupten, glauben wird es ihm kein Mensch!  
 Nachdem der auch vom Vorsitzenden noch einmal unternommen Versuch, einen Vergleich zustande zu bringen, gescheitert war, versuchten sich Peters und Herr Sello noch aufs hohe Ross zu schwingen! Herr Sello riskierte die groteske Behauptung, auf den „Luderbrief“ allein komme es in dem Prozeß an. Webel habe behauptet, Luder habe einen Besuch des Peters abgelehnt, weil er ihn für einen Mörder halte. Das sei aber die „niederträchtigste Fälschung“. Folglich ertrahle die Unschuld des Peters in fadenloser Reinheit. Peters überbot diese Reden noch mit der ihm eigenen Unerschrockenheit. Er erklärte, der Tag der Verhandlungen, an dem sein Briefwechsel mit dem Bischof Smithies bekannt geworden, sei für ihn „der herrlichste Tag seines Lebens“.  
 Der zur Verlesung gelangte Briefwechsel bewies dagegen gerade, daß ziemlich alles, was Webel in der Reichstagsitzung vom 13. März 1898 über den Luderbrief mitteilte, zutrifft. Nur hieß der Bischof nicht Luder, sondern Smithies! Smithies lehnte einen Empfang des Peters ab, solange sich Peters nicht von der Anschulldigung des Nordes gereinigt habe! Und Peters übergab, wie am Mittwoch festgestellt wurde, dem Major Krenz die sogenannten „Briefentwürfe“ ausdrücklich zu dem Zwecke, ihn eventuell dem Bischof Smithies zu übermitteln! In diesem an die Adresse Smithies gerichteten Briefe aber gab Peters zu, daß Madraz auch des Geschlechtsverkehrs mit den schwarzen Konfusen der Offiziere verdächtig gewesen sei! Ungefähr das gleiche sagte aber auch in dem Luderbrief gestanden haben. Die „niederträchtige Fälschung“ des Herrn Sello bestand also in der ganz nebensächlichen Verwechslung der Adressen!  
 Rechtsanwalt Hall und Herr v. Bennigsen selbst leuchteten denn auch dem Peters und seinem Verteidiger gründlich heim. Sello hatte sich, was für einen Juristen ganz unglücklich ist, zum Beweise für die Reinheit des Peters auf die kaiserliche Begnadigung des Peters berufen. Rechtsanwalt Hall erklärte kühl und satzhaft, daß er Herrn Sello auf dies Gebiet nicht folgen könne, vermöge er doch nicht nachzuprüfen, auf wessen Vortrag hin die Begnadigung erfolgt sei! Vom Kolonialamt sei der Vorschlag der Begnadigung schwerlich gemacht worden! Im übrigen komme es gar nicht auf die Betuerungen des Peters in seinen Briefen an Smithies an. — schon Bischof Smithies selbst wies diese Unschuldbetuerungen mit der spitzen Bemerkung zurück, er habe gehofft, daß der des Nordes beschuldigte Peters andere Beweise seiner Unschuld beizubringen vermöge, als seine eigenen, d. h. des Geschuldigten Erklärungen! — sondern auf die Tatsachen, auf die



Zaten des Peters! Diese Zaten aber seien in den beiden Disziplinargerichten festgestellt. Darüber hinaus aber habe der diesmalige Prozeß erwiesen, daß Peters sich die ungeheuerlichsten Brutalitäten habe zuschulden kommen lassen. Dr. Jaff verwarf auf das beispiellos rohe Wort an den Kaiser: „Wollen Sie nicht noch einen Schwarzen schicken?“, auf den noch von grauenhafterem Zynismus zeugenden Trinkspruch: „Es lebe der selige Mahr!“; auf die mit ungeheurerlicher Rohheit vollzogene Auspeitschung der Jagobja usw. usw.!

Gravierend für den Peters sei auch, daß er zu einer Zeit, wo noch Beklenderes für ihn festgestellt gewesen sei, die Disziplinarurteilung zu hie über sich ergehen lassen. Erst nach 15 Jahren, als er Gros über die Geschichte gewachsen wähnte, habe er seine „Rehabilitierung“ versucht. Aber Peters sei tot. Und mit ihm die Petersklippe! Denn die Versuche des Herrn Trendt, die Zeugenaussagen des Konsuls Baumann und des ehemaligen Leutnants Wronski v. Schellendorff als unglauwürdig hinzustellen, seien schmächtig mißglückt!

Scharf und scheidig fertigte dann noch Herr v. Wennigen selbst den Peters und Herrn Sello ab. Er sei noch wie vor der Ueberzeugung, daß Peters sich der Ehre eines deutschen Beamten durch seine Zaten verlustig erklärt habe. Die ungeheuerliche Brutalität der Urteile gegen Mahr und die Jagobja seien nur dann erklärlich, wenn sexuelle Motive mitgesprochen hätten. Wenn Herr Sello gemeint habe, er, Wennigen, habe in seinem Vorgehen den Grundsatz nicht bedacht: „Noblesse oblige“, so bestrichte er Herrn Sello jede Kompetenz zu solchem Urteil. Und wenn er jemals im Zweifel darüber sein sollte, wozu der Adel verpflichtet, so werde er sicherlich nicht Herrn Sello um seinen Rat bitten. Er sehe dem Urteilspruch mit vollem Gleichmut entgegen. Sollte wirklich eine Verurteilung erfolgen, so werde er sich mit dem Worte trösten: Summa jus, summa injuria. (Das höchste Recht ist das höchste Unrecht.)

Das Urteil wird erst am 22. Januar verkündigt werden. Wie es auch ausfallen mag, der Peters und die Petersklippe ist gerichtet für alle Zeiten, gebannt! Auch die Aussagen des kommissarisch vernommenen ehemaligen Gouverneurs v. Soden haben den Peters noch mehr belastet. Und nicht nur den Peters, sondern unsere ganze Kolonialverwaltung, die sich von der Petersklippe, den Trendt und Konsorten terrorisieren ließ. Herr v. Soden bekundete, daß er vergessen die Kolonialdirektor Mahr zur Einleitung einer Untersuchung veranlaßt habe. Auch Caprioli habe ein Einschreiten gegen Peter abgelehnt. Und das, trotzdem Herr v. Soden Caprioli geschrieben hatte, daß „ein solcher Vorfalle“ wie Peters nicht länger im Kolonialdienst geduldet werden könne! Der Petersprozeß entrollte also nicht nur die Schand der Peters und seiner Hintermänner, sondern auch die Schmach der deutschen Kolonialpolitik!

Ob nun die Wagnadigung des Peters wieder rückgängig gemacht werden wird?

## Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission zur Vorbereitung des Vereinsgesetzes trat am Mittwochvormittag unter dem Vorsitz des nationalliberalen Abg. Schöber zusammen. Ein Antrag unserer Genossen, zunächst in einer Generaldebatte die Grundlagen des Gesetzes zu erörtern, wurde gegen unsere Stimmen und die der Polen abgelehnt. Die Einzelberatung begann mit dem § 1, der da lautet: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.“ Hierzu liegen eine Reihe Abänderungsanträge vor. Die Sozialdemokraten stellen folgenden Hauptantrag: § 1: „Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen und zur Bildung von Vereinen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch eines Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen, die auf öffentlichen Straßen oder Märkten stattfinden, sind spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinbarung zum Zweck der Erlangung günstiger Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.“

Eventualantrag: § 2: „Vereine und Versammlungen aller Art sind nur den Beschränkungen der Reichsgesetze unterworfen. Die geltenden landesrechtlichen Gesetze über Vereine und Versammlungen sind aufgehoben; neue dürfen nicht erlassen werden. Anordnungen von Verwaltungsbehörden aller Art, wodurch die Abhaltung von Versammlungen und Vereinszusammenkünften allgemein oder in einzelnen Fällen verhindert oder beschränkt wird, sind nur nach Maßgabe des Reichsrechts zulässig. Den Vereinen und Versammlungen stehen gleich beherrschende oder religiöse Vorträge, sowie Vereinigungen und Zusammenkünfte zum Zwecke körperlicher Ausbildung.“

Die Freisinnigen beantragen, dem § 1 folgende Fassung zu geben:

„Die Vereine und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Einschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetzbuch zuwiderläuft, sind verboten.“

Das Zentrum empfiehlt folgende Fassung: „Jedermann hat das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gemeinschaft mit anderen Vereine zu bilden und sich zu versammeln.“

Die Konservativen schließlich beantragen, jungen Leuten erst vom 20. Jahre an das Vereins- und Versammlungsrecht zu gewähren und die Frauen von den Wählerversammlungen auszuschließen.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge sagte Genosse Heine: Der erste Antrag stelle den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie dar, die jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsfreiheit verwerfe. Da aber anzunehmen sei, daß die Kommission diesen Standpunkt nicht teilen werde, sei der zweite Antrag eingebracht, um das Reichsvereinsgesetz zu verbessern. Die Ausländer müßten den Inländern gleichgestellt sein, wie sie es freilich nur der richtigen Ansicht nach, nicht in der Praxis, in Preußen bereits wären. Eine gesetzliche Bestimmung, die die Polizeivollmacht ausschließt, wäre deshalb nötig. Nach den Notizen zum Reichsvereinsgesetz sollten die allgemeinen Polizeibefugnisse auch Vereinen und Versammlungen gegenüber gelten. Dadurch würden die Präventivverbote von Versammlungen, wo sie jetzt gelten, zum großen Teil aufrecht erhalten, z. B. in Sachen Weimar. In anderen Staaten, z. B. in Preußen, wo es bisher keine Präventivverbote gäbe, wäre zu befürchten, daß sie nunmehr als zulässig angesehen würden. Ueberhaupt wären die hauptsächlichsten Schranken gegen das Vereinsrecht nicht mit Hilfe der Vereinsgesetze, sondern auf Grund dieser allgemeinen polizeilichen Rechtsmittel der Gesundheits-, Bau- und Gewerbebehörde auszuüben. Seine forderte damit die Hineinziehung des Koalitionsrechtes in das Vereinsrecht, das nur ein Fall spezieller Anwendung des Vereins- und Versammlungsfreiheit wäre, und verlangte freies Koalitionsrecht für die Land- und Staatsarbeiter. Wenn staatliche Behörden ihren Beamten und Arbeitern durch Dienstvertrag das Vereins- und Versammlungsfreiheit beschnitten und raubten, so verstoße das ebenso gegen die guten Sitten, und müsse ebenso unmöglich gemacht werden als wenn private Unternehmer ihren Arbeitern durch den Arbeitsvertrag die Ausübung des Vereins- und Versammlungsfreiheit unter-

sagten. Unser Redner bekämpfte die rückschrittlichen konservativen Anträge auf Einschränkung des Versammlungsrechts der Jugendlichen und der Frauen und forderte schließlich einen geordneten Rechtsweg gegen alle behördlichen Beschränkungen.

Gegen die konservativen Anträge wendete sich auch der Abg. Dr. Müller-Weinigen, der die freisinnige Fassung des § 1 liebte, und der Abg. Trimborn, der den Zentrumsantrag vertrat. Trimborn erklärte, daß auch der Teil seiner Fraktion, der bisher in der Frage des Vereins- und Versammlungsfreiheit der Frauen anderer Ansicht gewesen sei, seine Bedenken nunmehr aufgegeben habe.

Der konservative Abg. Dietrich suchte den Antrag seiner Fraktion damit zu verteidigen, daß er auf den wachsenden Einfluß unserer Partei auf die Jugend hinwies. Diese systematische Einführung der Jugend in die sozialdemokratische Gedankenwelt soll durch die Polizeifahrt verhindert werden. Der Antrag sei so bedeutungsvoll, daß die Konservativen es sich noch überlegen müßten, ob sie für das ganze Gesetz stimmen könnten, wenn dieser ihr Vorstoß abgelehnt würde. Es sei geradezu ein Unfug, den Jugendlichen das Vereins- und Versammlungsfreiheit unbeschränkt zu überlassen. Der Antrag seiner Partei, das Versammlungsrecht der Frauen einzuschränken, sei der Hochachtung vor der deutschen Frau entsprungen, die den Rohheiten des Wahlkampfes entrückt werden müsse. Dürften die Frauen in die Wählerversammlungen hinein, so sei das der erste bedenkliche Schritt auf dem Wege zur Vereinfachung des allgemeinen Stimmrechts an die Frauen.

Der konservative Vorschlag fand aber keine besonders warme Unterstützung. Selbst der Reichsparteierte Fürst Haasfeld wollte eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsfreiheit der Jugendlichen nur bis zum 18. Jahre gestatten lassen und der Nationalliberaler Jund war gleichfalls höchstens mit der Beschränkung auf 18 Jahre einverstanden, während die Einschränkung des Versammlungsfreiheit der Frauen grundsätzlich ablehnte. Im übrigen sagte er höchst nationalliberal: Wir haben uns enthalten, Anträge zu stellen, da noch keine Regierungserklärungen vorliegen, die uns in die Lage setzen werden, Anträge zu formulieren. Natürlich war Herr Jund durchaus der Ansicht, daß die Disziplinarergreifung der Behörden gegen die Beamten nicht durch das Vereinsgesetz beeinträchtigt werden dürfe.

Die von den Nationalliberalen so fehmüßig erwartete Erklärung der Regierung gab Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg ab. Er meinte, nur der Reichsinländer könne aus dem § 1 Rechte für sich beanspruchen. Die Bestimmungen des Fremdenrechtes würden dadurch juristisch nicht berührt. In keinem Staate der Welt sei den Ausländern das Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit garantiert. Das Reichsvereinsgesetz werde unbedingt alle schädlichen Anwendungen der Landesgesetze ausschalten. Das Disziplinarrecht der Behörden, das Recht von Unternehmern, Privatverträge abzuschließen und die Gewalt des Vaters über das Kind könne in diesem Gesetz nicht geregelt werden. Er müsse Verwahrung gegen die Bemerkung des Abg. Heine einlegen, daß die Verträge der Behörden mit ihren Beamten, die das Vereins- und Versammlungsfreiheit einschränken, gegen die guten Sitten verstoßen. Nach Verabschiedung des Gesetzes würde der jetzige Rechtszustand in Preußen bestehen bleiben, wie er nach den Erkenntnissen des Oberverwaltungsgerichts festgelegt sei. Die Absicht des neuen Vereinsgesetzes sei nicht, der Polizei Hintertüren zu öffnen; wenn es nach seiner Ansicht ginge, würden alle Schranken unterbleiben. Auf der anderen Seite dürfe man aber auch die Staatsgewalt nicht gegen jeden Verein und jede Versammlung lahmlegen wollen. Polizeiliche Beschränkungen würden immer notwendig bleiben. Die Polizei müsse doch das Recht haben, einzuschreiten, wenn z. B. eine Versammlung auf einem zugestrichenen Leiche abgehalten werden solle. Das Koalitionsrecht solle nicht mit dem Vereins- und Versammlungsfreiheit verknüpft werden, sonst würden dem Vereinsgesetz nur unnötig weitere Schwierigkeiten bereitet. Dem Vereins- und Versammlungsfreiheit der ländlichen Arbeiter solle keinerlei reichsgesetzliche Beschränkung in den Weg gelegt werden, nur die landesgesetzlichen Bestimmungen, die Verbote enthielten, müßten aufrecht erhalten bleiben. Der Schlußsatz des sozialdemokratischen Eventualantrags sei von viel zu großer Tragweite, er würde die vollständige Lehrfreiheit bringen, da nach seinem Wortlaut auch die Schulen unter das Gesetz fallen müßten.

Eine Rede des konservativen Abg. Kreth bildet den Schluß der heutigen Kommissionsverhandlung. In seiner bekannten Manier rühmte Herr Kreth seiner Fraktion nach, daß sie bei ihren Anträgen eine Mäßigung und ein Entgegenkommen bewiesen hätte, das ihre Wähler kaum verstehen würden. Wenn man das Vereins- und Versammlungsfreiheit regeln wolle, müßte man die Großstadtbrille ablegen. Die Jugendlichen sollten wenigstens nicht vor dem 20. Jahre mit Bestimmungen infiziert werden dürfen, die sie zu Nekruten untauglich machten, und — die eigentliche Ursache der Soldatenmißhandlungen (!) wären. Auch die Ausschließung der Frauen aus der Wählerversammlung sei schon aus hygienischen Gründen nötig. Der Bauer wolle nicht, daß seine Frau mit dem Säugling auf dem Arm sich in den verdunstenden Kolalen an der Gesundheit schädige, wenn er zu ersten politischen Beratungen zusammenträte.

Morgen Fortsetzung.

## Die Offiziersgehälter vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 16. Januar.)

Die Beratung wird bei Kapitel 19 (Höhere Truppenbefehlshaber) fortgesetzt. An Gehältern für 135 höhere Offiziere im Range von Generalen werden 8 421 593 M., 20 658 M. mehr als im Vorjahre, erfordert. In der allgemeinen Besprechung über diese Position werden die Zeitungsnachrichten über

eine kommende Artillerievorlage

zur Sprache gebracht. Der Kriegsminister v. Einem bespricht eingehend die artilleristischen Einrichtungen des Heeres und versichert, daß Änderungen nicht geplant und an eine neue Artillerievorlage nicht zu denken sei.

Für Dienstwohnungen werden sehr große Auswendungen gemacht, insbesondere für die Dienstwohnung des Gouverneurs von Berlin, die allein 10 000 M. Unterhaltungskosten, zusammen 34 000 M., erfordert! Gegen diese hohen Ausgaben wenden sich der Referent sowie andere Redner. Sadelum kritisiert sehr energisch die Ausgabe für die Wohnung des Berliner Gouverneurs. Koste schiebt sich dem an. Der Kriegsminister und andere Regierungsvertreter suchen diese großen Ausgaben zu rechtfertigen. Der Kriegsminister beklagt sich über starke Preistreiber bei der Hausbesitzer, wenn die Militärverwaltung mieten will! Koste nagelt diesen „Patriotismus“ der bestehenden Klasse fest.

Das Zentrum hat zu Kapitel 19 folgenden Antrag gestellt: Titel 1 einzufügen: 2 Armeeeinspektoren je 80 000 M. Gehalt und je 8 Nationen. Die Armeeeinspektoren empfangen an Stelle der ihnen zustehenden, aber nicht vorhandenen „freien Dienstwohnung mit Geräteausrüstung und Feuerungsmaterial“ Gehaltsabzügen für Rechnung des Kapitels 2 Titel 14.

Der Antrag bezweckt, die mit dem Budgetrecht aufrecht gespannten Ruhe stehende Einrichtung des Aggregiertenfonds, mit dem ganz willkürlich gehandelt werden kann, zu beseitigen und die Gedächtnisse des Aggregiertenfonds zu etablieren. Ueber den Antrag wird noch bei Kapitel 21 verhandelt. Die Anforderung des Kapitels 19 wird genehmigt.

Bei Kapitel 20, Gouverneure, Kommandanten, Plajmajore, fragt Sadelum an, ob man nicht die Kommandanturen von Plogau und Königsstein in Sachen einzeln stellen wolle; in Königsstein genügt ein Feldwebel als Kommandant. Beim endlich Erparnisse gemacht werden sollen, so ist das die beste Gelegenheit dazu. Der Kriegsminister lehnt für Plogau eine Aenderung ab, aber Königsstein will er keine Auskunft geben und die sächsischen Vertreter schweigen. Die Anforderung wird genehmigt.

Beim nächsten Kapitel, bei dem das Gehalt des Chefs des Militärkabinetts verhandelt ist, ländigt Sadelum an, daß er im Plenum die Stellung des Militärkabinetts besprechen werde: Der Kriegsminister ist meist nur formal verantwortlich, das Schwergewicht liegt im Militärkabinet. — Der Kriegsminister verzieht mit Rücksicht auf die angekündigte Erörterung jetzt auf eine Antwort.

Titel 5 des Kapitels 21 betrifft den sogenannten Aggregiertenfonds. Es werden angefordert für 200 Offiziere vom Leutnant bis zum Generalfeldmarschall 489 237 M. Diese Summe unterliegt keiner speziellen Kontrolle, sie kann beliebig verwendet werden! In den Erläuterungen zu der Position ist indessen angegeben, daß u. a. 60 000 M. für zwei Generalfeldmarschälle ausgegeben werden sollen! Gegen diese Absicht wenden sich zwei Zentrumsanträge. Der Referent v. Eiern will den Fonds unbedingten erhalten, nur so viel gibt er zu, daß die Armeeeinspektoren nicht aus dem Fonds bezahlt werden sollen. Im übrigen müsse die Militärverwaltung Geld zur Verfügung haben, um alte verdiente Militärs, wie Bismarck, Moltke, Waldersee usw. als Generalfeldmarschälle bezug. Armeeeinspektoren zu halten. Erzberger begründet die Zentrumsanträge sehr eingehend und führt Zahlen dafür ins Feld, daß eine Verabreichung des Fonds auf 252 000 M. sehr wohl möglich ist. Der Kriegsminister spricht sich zunächst zu der Frage der Armeeeinspektion aus: Die Stellen müsse man haben; er habe auch gegen Statifizierung nichts, nur könne er nicht einsehen, warum dann die Kürzlichkeiten, die heute in den anderen Stellen sind — es bestehen 6 Inspektionen — kein Gehalt beziehen sollen. Auch der Erbsprinz von Meiningen habe als kommandierender General Gehalt bezogen. Im übrigen wendet sich der Kriegsminister gegen die Bescheidung des Aggregiertenfonds. Erzberger erkannte an, daß der Kriegsminister etwas Ordnung in den Fonds gebracht hat, aber die Zahl von 120 Offizieren müsse ausreichen, da früher ja nur 94 gewährt werden sollten, obwohl diese Zahl allerdings stets überschritten wurde. Der Kriegsminister will sich über die Zahl der Offiziere nicht streiten, die Hauptsache sei das Geld, die Summe dürfe nicht herabgesetzt werden! Es gilt mit diesem Fonds auch die Verschiedenheiten in den Avancementsverhältnissen auszugleichen. Gröber will mehr Material zum Nachweise der Notwendigkeit dieser Forderung haben. v. Einem verweist auf die außerordentlich schlechten Avancementsverhältnisse. Man könne doch nicht so und so viele Offiziere verabschieden, um Platz zu schaffen? Referent v. Eiern will für die beiden Armeeeinspektoren 80 000 M. nach Kapitel 19 nehmen und schlägt vor, die Entscheidung auszugeben, bis auf Grund einer besonderen Vorlage der Fonds genau festgelegt werden kann. Graf Oriola will die volle Summe bewilligen; der Fonds sei früher zu Unrecht für die — 18 Hauptleute benutzt worden, jetzt, da dieselben auf den Etat übernommen worden sind, müsse er in der alten Höhe seinem ursprünglichen Zweck zugeführt werden. Gröber will nur zulassen, daß ausnahmsweise Härten in der Gehaltsfrage durch den Fonds ausgeglichen werden, nicht aber, daß er zu einer

Einrichtung für Verbesserung des Avancements

wird. Koste sieht in dem Fonds ein Mittel, eine ganze Menge Offiziersstellen zu schaffen, welche im Etat nicht vorhanden sind. Es sei auffällig, daß im Etat die Offiziersstellen gegen das Vorjahr um 400 zugenommen haben, während die Mannschafsziffer nur um 1000 gestiegen sei! Die Sozialdemokraten würden für den Zentrumsantrag stimmen. Liebermann erwidert um probeweise Bewilligung. Schröder will die Probe von unten her machen, das heißt: die kleinen Summen bewilligen, um sie später etwas zu erhöhen.

Die Abstimmung ergibt Annahme der Zentrumsanträge. Der Ueberführung der Armeeeinspektoren sowie einigen kleinen Änderungen stimmte der Kriegsminister zu. Die entscheidende Abstimmung über die Herabsetzung der Summe auf 252 000 M. ergab Annahme mit 18 gegen 11 Stimmen. Der Block war gespalten: Schröder, Gylling und Sawickski stimmten für Herabsetzung, während der freisinnige Gichoffi treu zu den Konservativen und Nationalliberalen hielt. Entsprechend diesem Beschlusse werden auch die Aggregiertenfonds für Württemberg und Sachsen gekürzt.

Die Kapitel 22 und 23, Generalstab und Ingenieuroffiziere werden ohne erhebliche Debatte genehmigt. Die Kapitel erfordern zusammen 6 1/2 Millionen Mark. Erzberger wendet sich dabei gegen die zahlreichen Abkommandierungen.

Am Donnerstag wird die Beratung mit Kapitel 24, Naturalverpflegung der Truppen, fortgesetzt.

## Die erste Session der dritten Duma.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Die „arbeitsfähige“ Duma hat sich beiläufig, Ferien zu machen: sie vertagte sich auf 21 Tage, bis zum 8. (21.) Januar. Schon lange litt sie unter großer Müdigkeit. Die Reichstagsabgeordneten blieben den Kommissionsberatungen fern, so daß in der Woche vor der Vertagung keine Kommission mehr zusammenzubekommen war, weshalb selbst die dringendsten Sachen, wie die Geschäftsordnung, nicht erledigt werden konnten!

Die Unfähigkeit der meisten Abgeordneten der Reichstagsparteien, sich an den gesetzgeberischen Arbeiten zu beteiligen, haben wir schon bei früheren Gelegenheiten mit krassen Beispielen belegt. Viele Abgeordnete blieben den Kommissionsberatungen fern, weil sie sich schämten, dort ihre Unwissenheit zu zeigen! Wogte sich aber einer von ihnen an die Berichterstattung über Kommissionsbeschlüsse oder dergleichen, dann endete das meist mit einer Plamage für den Betroffenen. Der einzige wesentlichere Duma-Beschluß, aus Staatsmitteln für die Unterstützung der hungernden Bevölkerung 15 Millionen Rubel zu bewilligen, ist juristisch so schlecht geraten, daß die Reichsrats-Kommission jetzt in der offiziellen Presse über ihn spottet! Wie wird es erst werden, wenn die Kommissionen schwierigerer Materien erhalten?

Die anderen Beschlüsse der Duma in der ersten Session bewegen sich um äußerst kleine Dinge. Die Generalgouverneure von Altai und Semipalatinsk wurden auf Antrag der Regierung zu Gouverneuren gemacht, es wurde die Verwaltung der Aufrechterhaltung in Petersburg geregelt, die Zahl der Bewohnern in Modlau und Petersburg vergrößert, einige kleine Steueränderungen vorgenommen. Das ist alles, was die „arbeitsfähige“ Duma in den anderthalb Monaten erledigen konnte! Allen diesen kleinen Sächseln liegen Vorlagen der Regierung zugrunde, die „Gesetze“ dieser Art, nicht mehr und nicht weniger als 375 eingebracht hat. Die „Volksvertreter“ der dritten Duma werden also gut noch fünf Jahre bei solchen Dingen sitzen können, ohne daß das Land auch nur einen Schritt weiter kommt. . . . Die Regierung kennt aber ihre Pappentelmer; sie weiß, daß diese Duma nichts anderes will!

Außer mit den kleinen Verwaltungssachen beschäftigt sich die Duma sehr viel mit der Wahl von Kommissionen, deren es bereits 41 gibt. Ferner nahm die Duma die Antwortadresse an und schloß den Abgeordneten Roditschew für 15 Sitzungen aus! Im ganzen beanspruchte diese „Tätigkeit“ in den anderthalb Monaten 507 Neben, die sich auf 17 Sitzungen verteilen!

Aus den Bestimmungen ist zu ersehen, daß das sogenannte „Zentrum“ noch ziemlich schwankender Natur ist; es festigt sich aber, wie dies das Kartell zwischen der Mehrheit des Reichsrates und dem „Zentrum“ der Duma, das in den letzten Tagen vor dem Sessionschluß perfekt wurde, zeigt. In diesem Block vereinigt sich die Bureaucratie, das Junkertum und die



Großbourgeoisie, die alle durch die Furcht vor der Revolution zusammengebracht sind. Die Bourgeoisie befindet sich dabei vollständig im Schlepplau der Junker und der Bureaucratie, und sie macht die Repressalienpolitik mit Volldampf mit. Dieser Block kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich nur die Stärkung des Absolutismus und der Reaktion bedeuten. Daraus erklärt sich die ganze Politik der Regierung in der letzten Zeit; sie hat schon lange nicht ein so festes Fundament unter den Füßen gehabt wie gegenwärtig. Eine andere Frage ist natürlich, wie lange dieses Fundament aushält und zu welchen Katastrophen es noch kommen muß, bis auch der Block einsehen lernt, daß es auch nicht in seiner Macht liegt, die Geschichte rückwärts zu drehen. Diese Einsicht wird aber zu spät kommen, und der Zusammenbruch wird um so schwerer sein.

Bei der Politik der nackten Gewalt, wie sie jetzt die Regierung unter dem Jubianergeruch der dritten Duma betreibt, wird das Land neuen Erschütterungen entgegengeschoben — das ist das einstimmige Urteil aller. Selbst die Reaktionen müssen zugeben, daß das ganze Reich bis in die tiefsten Tiefen aufgewühlt ist. „Ja,“ so schreibt die „Kosowe Wremja“, „hier in Petersburg, am Rande des russischen Reichs, leuchten noch die prachtüberladenen Salons, die Theater, Konzerte, Restaurants, Magazine, hier fahren die Leute noch immer in Calasquapagen und schmücken sich mit ihren Bändern und ihren Orden, aber dort, was geschieht dort?“ — Das Blatt schildert weiter, wie das Land von einem Ende bis zum anderen von Feuerstrahlen gerötet ist. Es erweist sich, daß keine Versicherungsgesellschaft mehr Versicherungen von Gebäuden der Gutbesitzer entgegennimmt. Das sei, so erklärt das Blatt, die Folge der „systematischen Revolutionierung der Volksmassen“. Dieses Schreckensbild hat das reaktionäre Blatt natürlich nötig, um für die Junker neue Liebesgaben zu ergattern. Das andere Resultat der Konterrevolution ist der beginnende Zusammenschluß der gesamten Opposition, wie er vor dem 17. (30.) Oktober zu sehen war.

Herr Stolypin kann sich nicht des Sieges über die Revolution rühmen, schreibt eine so gemäßigte Zeitschrift wie der „Moskowskij Wschedenik“ des Fürsten Trubezkoi, „er ist an den Kampfplatz gebunden und kann keinen Schritt tun, ohne auf seine eigenen Gedanken zu stoßen. Wie kann von einem Sieg gesprochen werden, wenn die ganze Macht des Staates gegen die Bürger des Landes angewandt werden muß. . . Die Mehrheit der dritten Duma ist aber ihres Herrn wert. Ihre einzige gesetzgeberische Initiative in der ersten Session bestand darin, im Dumasaal ein Heiligensbild aufzustellen.“

Ein anderes gemäßigtes Preorgan, „Stowo“, erklärt: „Aut die Duma nur alles nach dem Wunsche der Regierung, hat sie selbst kein klares Programm für die nächste Zukunft, will sie die Bedürfnisse des Landes nicht sehen, so wird wohl die Regierung mit ihr zufrieden sein, nicht aber das Land.“ Aus dieser Sogasse kommt aber die dritte Duma nicht heraus. Nicht nur die Regierung, auch die Duma kann nicht von der Stelle, die Revolution hat sie alle beide am Strogen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar 1908.

### Wirtschaftskrise und Polenenteignung.

Aus dem Reichstag. Nachdem in Fortsetzung der Debatte über die Interpellation Kaniz namens des Zentrums der Abg. Mayer-Kaufbeuren die Anschauungen der agrarischen Mehrheit des Zentrums im Einklang mit den anderen agrarischen Rednern behandelt hatte, unterzog Genosse Südekum die Gründe, die zu der Wirtschaftskrise geführt haben, einer eingehenden Erörterung. Er betonte, daß die Verwendung großer Werte zu unproduktiven Zwecken, wie Meer und Marine, zur Herbeiführung und Verschärfung der Krisen wesentlich beitragen. Die gestrigen Ausführungen von freisinniger Seite hätten zwar die Hoffnungen erweckt, daß auch in den Reihen der liberalen Parteien diese Ansicht Boden gewonnen hat und zu rettenden Taten führen werde. Leider habe die unentwegte Bewilligungslust der Mehrheit der Budgetkommission diese Hoffnungen bereits im Keime geknickt. Gegenüber dem Drängen auf Vermehrung der Silbermünzen wies Südekum auf die Vereinigten Staaten hin, wo die Bevölkerung die übermäßig neuvergrägten Silbermünzen beharrlich in die Staatskassen habe abfließen lassen. Man könne dem Volke nicht mehr Silber aufzwingen als es bedarf. Südekum pries dann den bisherigen Reichsbankpräsidenten Koch als einen Hüter der Goldwährung und sprach die Hoffnung aus, daß sein Nachfolger Havenstein in gleichen Bahnen wandeln und sich nicht von den Vimetallisten umgarnen lassen möge.

Der Antisemit Raab glaubte höhnisch konstatieren zu können, daß Herr Havenstein dieser Mahnung Südekums gar keine Beachtung gesollt habe. Sollte das wirklich der Fall gewesen sein, so ist es doch immerhin ein Mangel an Selbstachtung bei einem Abgeordneten, wenn er sich darüber freut, daß ein Beamter den Erörterungen eines anderen Abgeordneten keine Aufmerksamkeit schenkt. Herr Raab hat also durch jene kaltenhafte Bemerkung nur bewiesen, daß ihm das Empfinden für die Wahrung der Rechte und Würde des Parlaments gegenüber der Bureaucratie völlig abgebi. Solche Parlamentarier wie Herr Raab kann die Bureaucratie gerade brauchen. Aus kleinlicher Mißgunst gegen andere Parteien untergraben sie Ehre und Ansehen des Parlaments überhaupt.

Der Abgeordnete Gothein wurde als „Asphaltliberal“ von der Rechten mit der üblichen geschwätzigen Unruhe empfangen, durch die das Aunferum unbecueme Kritiker keine Unnade fühlen läßt. Er rechtfertigte das Mißbehagen der Agrarier auch durch den eingehenden Nachweis der Schäden, die dem deutschen Wirtschaftsleben durch das Schutzollsystem zugefügt werden. Dabei wies er darauf hin, daß die Reichsregierung tatsächlich sich den Handelsvertrag mit Rußland durch die Zussicherung erkaufte habe, eine russische Anleihe in Deutschland zu begünstigen.

Ohne daß noch ein Regierungsvertreter das Wort nahm ging damit die Debatte über die Interpellation zu Ende.

Dann kam die Interpellation der Polen an die Reihe, wie der Reichskanzler die Verletzung der Reichsverfassung und der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch die Enteignungsgesetze in den Provinzen Posen und Westpreußen zu verhindern gedenke. Auf die Anfrage, ob die Regierung die Interpellation beantworten wolle, erhob sich Herr Lieberding zur Verlesung einer schriftlichen Erklärung, daß nach Ansicht der Regierung das Enteignungsrecht preussische Landesangelegenheit sei und deshalb die Regierung sich auf die Beantwortung der Interpellation nicht einlasse. Diese Begründung für den Abzug aus dem Reichstage ist zwar nicht richtig, aber äußerst bequem.

Die Mehrheit des Hauses, Zentrum, Freisinnige, Polen und Sozialdemokraten, zeigte durch die Unterstützung des

Antrages auf Verlesung, daß sie mit der Niederdingischen Rückzugsbegründung nicht einverstanden war. Der Antragsteller Senda begründete darauf die Interpellation, indem er die Verletzung der Reichsverfassung durch die Maßregel der preussischen Regierung überzeugend nachwies und der Empörung über die Polenenteignungsgesetze der preussischen Regierung bereiten Ausdruck gab.

Die Konservativen stellten sich nach kurzen Erklärungen auf den Niederdingischen Standpunkt; aber auch das Zentrum begnügte sich mit einer kurzen Erklärung, allerdings gegen die Maßregeln der Regierung, aber auf eine Diskussion ließ es sich auch nicht ein. Das verfuhrte jedoch der national-liberale Herr Sieg im Regierungssinne, wobei er sich in die erstaunlichsten Widersprüche verwickelte. Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt.

### Das Ende der Etatsberatung.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die erste Beratung des Etats beendet und den Etat an die Budgetkommission verwiesen.

In der Debatte versuchten die Freisinnigen (etwa weil sie von Gewissensbissen geplagt werden?) noch einmal, ihre Stellung zur Wahlrechtsfrage und zur Wloppolitik zu präzisieren, aber man kann nicht gerade behaupten, daß sie ihre Situation irgendwie gebessert hätten. Sanfter als der Freisinnige Dr. Pachnide hätte auch ein Nationalliberaler sich schwerlich äußern können. Herr Pachnide ist unverbesserlicher Optimist, der will immer noch nicht daran glauben, daß das Ministerium Bülow Segner einer großzügigen Wahlreform ist. Fürst Bülow erscheint ihm als Diplomat, der zwar eine Aussicht auf eine Reform eröffnen, sich aber vorzüglich in der Richtung der Reform nicht die Hand binden wollte. . . Das einzige, was Herr Pachnide an seinem Vorgesetzten aus Nordern zu tadeln hat, war, daß er die Gewohnheit des diplomatischen Dienstes auf das Gebiet der inneren Politik übertragen habe. Im übrigen begnügte sich der freisinnige Redner mit törichtem Ausfällen gegen die Demonstrationen vom Freitag und Sonntag. Die Sozialdemokraten, die wirklichen Vorkämpfer des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts, angreifen, der Regierung aber, die sich aufs schärfste gegen eine Wahlreform ausspricht, die Bruderhand zu reichen, das scheint den Freisinnigen in dieser Zeit der politischen Gärung ein Herzensbedürfnis zu sein. Und dann verlangen sie noch, das Volk solle ihnen vertrauen!

Den Abg. Fischbeck, der noch auf der Rednerliste stand, betrauerte ein gütiges Geschick vor einer neuen Blamage. Vielleicht war es auch mehr als Zufall, daß er nicht mehr zu Worte kam, sondern daß plötzlich sein Name auf der Liste mit dem des Abg. Ghylling vertauscht wurde. Seine Freunde mochten es gut mit ihm meinen, als sie ihn nötigten, einem anderen Redner den Vorrang einzuräumen und sich selber durch einen Schlussantrag das Wort abschneiden zu lassen. Was der Königsberger Abg. Ghylling zum Wahlrecht zu sagen wußte, war herzlich unbedeutend. Sein Wort des Angriffes gegen Regierung und Konservative, sondern nur gegen das Zentrum. Als rechter Wochbruder darf er's nicht wagen, gegen den Stachel zu lösen. Möglicherweise auch, daß er gegenüber den in der Presse aufgetauchten Vermutungen, der Bloch könne in die Brüche gehen, offen Zeugnis dafür ablegen wollte, daß die Freisinnigen trotz des Fuchrittes, den Bülow ihnen versetzt hat, unentwegt an der Wloppolitik festhalten.

Die übrige Debatte war recht belanglos. Die Herren vom Zentrum predigten noch einmal die Notwendigkeit der Verpfändung der Volksschule, der freikonservative Redner Dr. v. Wöhrn wandte sich dagegen, daß den Landarbeitern das Koalitionsrecht gewährt würde, und Herr v. Arnim (L.) gab einige Sätze über die „Zwangsbau in der Burgstraße“, d. h. über die Wölfe, zum besten und machte die Goldwährung für alle Schäden des Wirtschaftslebens verantwortlich.

Am Donnerstag steht die zweite Lesung der Polenvorlage auf der Tagesordnung.

### Scharfe Patronen!

Scharfe Patronen sind, wie man uns mittels, am 12. Januar an die Mannschaften des in der Blücherstraße garnisonierenden Dragonerregiments verteilt worden. Erst 40 Stück pro Kopf und dann noch extra 20.

Damit die konsignierten Mannschaften sich nicht allzusehr langweilten, durften sie sich nach Herzenslust am Bier erlaben. Die Stimmung wurde infolgedessen auch nach wenigen Stunden eine sehr animierte. Einige der Leute hatten sich in eine solche „Vegeisterung“ hineinversetzt, daß sie sich nichts fehnlicher wünschten, als daß endlich der Befehl zum Ausrücken gegeben werde. Einer vermaß sich dabei, seine drei oder vier „Ausrührer“ allein auf's Gewissen nehmen zu wollen!

Das klingt so — russisch, daß wir die Nachricht nicht geglaubt hätten, wenn sie nicht so zuverlässig wäre. Die Säbelattaken der Polizei gewinnen durch diese Vereithaltung der Soldaten noch eine ganz besondere Bedeutung!

Fürst Bülow wird nicht umhin können, schon aus diesem Grunde die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation sehr gründlich zu beantworten!

### Wer waren die Berliner Wahlrechtsdemonstranten?

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“: „Es sei nicht bestritten, daß viele tüchtige, ehrliche Arbeiter unter den Demonstranten waren, denen das Bier und das Präsenzgewäch der Sozialdemokratie zu Kopfe gestiegen war. . . Wie stets aber bei Demonstrationen in Berlin übernahm überall, wo es zum Zusammenstoß mit der Polizei kam, der Wob die führende Rolle, der Verbrecher- und Zuhälterjahngel, wie er im Norden und Nordosten Berlins sein Unwesen treibt.“

„Kölnische Zeitung“: „Meistens waren es jüngere Leute. Auffallend war, daß die Kundgeber fast durchweg gut gekleidet waren. Fast alle trugen Wintermäntel und viele modische freie Hüte. Erklärlich machte auch die unreife bessere Jugend den Aufzug aus Adau sucht mit.“

„Kölnische Volkszeitung“: „Es sind nicht halbwildliche Vorküchen, es sind Männer in gericktem Alter, Männer in ergrautem Haar, die da an uns vorüberziehen. Unter den Linden bei der Vorüberfahrt hörten wir, wie ein Polizeioffizier zu seiner Mannschaft auf eine Gruppe Menschen hinwies und sagte: Das sind ja alles anständige Menschen.“

Welches Bild sollten sich nun die rheinischen Leser der genannten drei Blätter über das Wesen der Berliner Wahlrechtsdemonstration machen? Verbrecher- und Zuhälterjahngel waren die Demonstranten nach dem einen, unreife Jungen und Rabauddrücker nach dem anderen, und anständige Menschen gereikten Alters nach dem dritten Blatt. Werthlos — was der „Liberalismus“ nicht alles sieht, wenn es sich um die Sache des Rechtes handelt.

### Stimmen des Auslandes.

Immer deutlicher wird's, daß Bülow durch den provozierenden Hohn seiner Erklärung zum mächtigsten Förderer der Wahlrechtsbewegung, zum Aufpeitscher aller Volkseidenschaft geworden ist.

Und auch im Auslande, das längst des Segens demokratischer Entwidlung teilhaftig und nie die Schuld begriffen hat, mit dem man in Preußen das abscheuliche Unrecht ertragen hat, begrüßen alle Demokraten mit den größten Hoffnungen unsere Bewegung.

So schreibt die Londoner „Tribune“, das Organ des englischen Liberalismus, in einer Besprechung der Berliner Vorgänge vom Sonntag, daß diese weit besser als irgend welche Parlamentsberichte den Ernst der Situation beleuchten, wie sie durch Bülow's Weigerung, eine wirkliche Reform des Wahlrechts zu gewähren, geschaffen worden ist. Aus Englands Geschichte könne man ersehen, daß jede Weigerung in solchen Fällen, wo Konzessionen erforderlich sind, die Strafe um so schwerer machen, die die Regierung eines Tages wied zahlen müssen.

Vegeistert aber äußern sich die Organe der Internationale, allen voran das Blatt der österreichischen Sozialdemokratie. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

„Nicht um Haarsbreite, hat Herr Bülow versichert, werde sich die Regierung von dem Wege ablenken lassen, den sie für den richtigen halte. Die Regierung bedarf der Argumente von der Strafe nicht: so höhnte uns Windischgrätz, der Präsident des zur Vereitlung der Lauffischen Wahlreform berufenen Koalitionsministeriums. So haben die kurzschäftigen Leute immer geredet und immer haben sie sich in geringschäftig wegwerfenden Urteilen über Strahendemonstrationen überboten. Nur daß dieses hochschäftige Vornehmen ihnen bald vergeht. Doch der Unrechtsbau des preussischen Landtages, an dem die schamlose Junkerherrschaft ihr Vollwerk beifügt, durch einen klugen Sonntag nicht zu erschüttern ist, wissen wir, und darüber geben sich auch die kampfproben deutschen Sozialdemokraten keiner Täuschung hin. Aber dennoch wird von dem gestrigen Tage der Niedergang des Klassenparlamentis datieren. Denn gestern ist es mit Flammenschrift sichtbar geworden, wie tief die Empörung greift, wie sehr jenes Unrechtsparlament das proletarische Bewußtsein verlehrt, wie ehern die Entschlossenheit ist, welche die Wahlreform für den größten Bundesstaat fordert, nachdem sie fast in allen anderen schon längst Gesetz geworden ist. Die sozialen Gefahren sind abgedeckt worden, die entstehen mühten, wenn dem Volke in Preußen sein heiliges Recht weiter vorenthalten wird; und klar ist es geworden, daß dieses schändliche Unrecht, das Arbeiter wie Bürger um ihr Unrecht auf das Haus der preussischen Gesetzgebung bringt, nur auf dem schwachen und schwankenden Grunde der Gewalt des Säbels und der Bajonette beruht. In dem Blutbad, das die Polizisten gestern in den Berliner Straßen anrichteten, ist vor allem der preussische Landtag hingerichtet worden und nie wird er sich mehr erheben.“

### Preußens Herrscher.

Um die hohe Intelligenz, das Verständnis für das wirtschaftliche Leben und die Befähigung der Junker zum Regieren in Preußen zu beweisen, hat der Vereinsausführer der brandenburgischen Landwirtschaftskammer folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Landwirtschaftskammer wird ersucht, beim Herrn Minister für öffentliche Arbeiten dahin zu wirken, daß die Arbeiterfahrkarten zu ermäßigtem Preise nicht mehr zur Ausgabe gelangen, daß die freie Fahrt der Frauen und Angehörigen von Eisenbahnarbeitern zum Marktbesuch in den größeren Städten aufgehoben werde, daß ferner die Löhne der Eisenbahnarbeiter, die vielfach zu hoch seien, den örtlichen und sonstigen Lohnverhältnissen entsprechend festgesetzt werden, und endlich, daß die Eisenbahnverwaltung keine Arbeiter unter 18 Jahren beschäftige.“

Besser als durch diesen Beschluß vermögen die Epigonen der ehemaligen Kauls- und Strauchritter ihre Befähigung zur Alleinherrschaft im „Kulturstaat“ Preußen nicht zu erbringen.

### Der Vereinsgeheimtour im badischen Landtag.

Die von der Sozialdemokratie und dem Zentrum eingereichte Interpellation über die Stellung der badischen Regierung zum neuen Vereinsgesetz wurde am Montag im Karlsruhe'her Parlament beraten. Die Begründer, die Abgeordneten Jehuter (Z.) und Sed (Soz.), bezeichneten die Vorlage als einen politischen Rückschritt für Waden. Es bestie absolut keine Notwendigkeit, die in dem Geheimtour etwa für Norddeutschland entfallenden Vorteile für Süddeutschland mit Verschlechterungen zu bezahlen. Waden kennt bekanntlich weder eine Anzeigepflicht, noch eine Uebervachung der Versammlungen. — Die Regierung begnügte sich mit allgemeinen Redensarten: Vielleicht bleibe es bei dem bisherigen Zustande in Waden. Sogar der Zentrumredner fand es bedauerlich, daß der Minister des Innern, v. Rodman, jede Mitwirkung an der Verbesserung des Gesetzes ablehnte. Nur in bezug auf den Sprachparagrafen will die Regierung entgegenkommen und von ihm erst in dringenden Fällen Gebrauch machen. Im übrigen habe sie nur der einheitlichen Regelung der Frage willen im Bundesrat für den Entwurf gestimmt.

In der Debatte fand sich lediglich die nationalliberale Partei mit dem neuen Vereinsgesetz ab; alle anderen Parteien, auch die Bauernbündler, bekämpften es scharf. Der Demokrat Heimburger protestierte dagegen, daß man von einer Nachstrichrede. Mit Recht konnte demgegenüber Genosse Sed auf die Norddeutscher Wallfahrt der württembergischen Demokraten v. Baher hinweisen. — Das Ergebnis der Interpellation ist in dem energischen Willen der Mehrheit der Kammer ausgedrückt, preussischen Polizeipraktiken den Eingang in Waden zu wehren.

Nebrigens haben am verfloffenen Sonnabend und Sonntag in Waden zahlreiche Protestversammlungen der Arbeiterschaft gegen das neue Vereinsgesetz stattgefunden, in denen vom Reichstag die Ablehnung der Vorlage verlangt wurde.

Ein „Hebevolk“ Vorgesetzter ist der Sergeant Emil Gaudig von der 11. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 91 in Jena. Als die Mannschaft am Abend des 11. Dezember zum Waden ging, trieben die Wasteliere Stern und Flügel untereinander Scherz, wobei der erstere nach seinem Kameraden mit dem Heudisch schlug. Das sah der Sergeant, und während darüber sprang er auf Stern zu und gab ihm einen Fußtritt gegen den Rücken und einen zweiten gegen den Hinterback. Der so Waltrüerte mußte vom Waden Abstand nehmen, da er vor Schmerzen kaum noch stehen konnte und blieb zwei Tage im Revier. Der Arzt stellte eine Rückenverletzung und eine Schamfugeverletzung fest. Vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt, das sich infolge Anzeige weiter mit der Sache beschäftigte, behauptete der Sergeant Gaudig, zu seinen Fußritten durch den Soldaten „gereizt“ worden zu sein. Den „Hebevolk“ Vorgesetzten traf eine Rittkarratreststrafe von 10 Tagen.

### Folgen der Verklabungsbestimmungen.

Gouverneur v. Schudmann meldet unter dem 18. d. Ms. aus Deutsch-Südwestafrika: Der Vondel Klein-Jakobus ist mit elf Mann und vier Gewehren aus dem Vondel-Reservat entwichen; er hat am 8. Januar die Farm Außenlehr am unteren Orange, etwa 100 Kilometer westlich Warndad, beraubt und das dort stehende Vieh abgetrieben. Die Räuber werden durch Patrouillen verfolgt.

Die Entweichung des Häuptens Vondel ist zweifellos auf die rigorose Behandlung zurückzuführen, denen man die Eingeborenen unterworfen hat. Eingeborene, die nicht erschlossene Sklaven sein wollen, müssen ja zu erntlichen suchen, und um ihr Leben fristen zu können, müssen sie rauben und stehlen!

Die Verklabungsbestimmungen können sich noch länger rächen und uns neue Millionen kosten! —



## Eine Ente.

Die gestern wiedergegebene Meldung von einem fünfköpfigen Generalkreis ist im Londoner „Standard“ aufgelöst und von dort von hiesigen Zeitungen übernommen. Das Deutsche Telegraphenbureau ist an der Ausbreitung dieser Ente unschuldig, hat die ihm als Mitteilung des „Standard“ übermittelte falsche Nachricht vielmehr ausdrücklich dementiert.

## Landesversammlung der württembergischen National-liberalen.

Am Sonntag hielt die Deutsche Partei Württembergs ihre Landesversammlung zu Stuttgart. Von Interesse war, zu sehen, wie sich die Herren mit der Wahlrechtsüberweisung in Preußen abzufinden suchten. In Württemberg mit seinem vergleichsweise freierlichen und seinem demokratischen Wahlrecht ist es natürlich schwierig, das Verhalten der preussischen Regierung zu rechtfertigen. Ein Schwabe war dazu auch nicht imstande. Man hatte sich einen hellen Sachsen, den Landgerichtsrat Dr. Heintze, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für Dresden-Althadt, für diese heikle Aufgabe verschrieben. Der Herr Referent suchte im vornherein alle Vergleiche zwischen den Zuständen Württembergs und Preußens abzumachen. Er erklärte, die Liberalen innerhalb und außerhalb der schwarz-weißen Grenzgebirge, die das Reichstagswahlrecht für Preußen fordern, täten das nur, weil sie „die preussischen Verhältnisse nicht kennen“. Die kennt er, der helle Sachse, viel besser. Preußen könne das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Landtagswahlrecht gar nicht ertragen, weil — hm — dort die Gegensätze, die wirtschaftlichen und politischen, viel stärker seien als in den süddeutschen Staaten mit ihrer ureingelebten Bevölkerung. In Preußen führe außerdem das Deutschtum einen schweren Kampf gegen das Slaventum, sinitimalen Preußen an erster Stelle berufen sei, die deutsche Fahne gegen das Slaventum hochzuhalten. Darum könne die Regierung dem Reichstagswahlrecht für Preußen nie und nimmer zustimmen. Weiter sei zu bedenken, daß sich in den rheinisch-westfälischen Industriezentren ungeheure Arbeitermassen zusammenballen, darunter viele Polen. Ihnen stehen die Großindustriellen vom Kohlenyndiat, dem Eisenortell um, gegenüber, diese Herrschaften, die so ungeheuer viel Intelligenz und Energie repräsentieren. Bei diesen Gegensätzen das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht, bei dem vielleicht die Polen den Ausschlag geben? Nie und nimmer!

Also sprach der moderne „Liberal“ vom schönen Elbestrand. Die Erklärung Bülow's freilich fand er doch „äußerst betäubend“. Aber da die konservative Partei, die fast die Hälfte der Landtagsmandate innehat, nun einmal von einer Aenderung des Wahlrechts nichts wissen wolle, da sei es doch lobenswert, daß Bülow zugesagt habe, überhaupt in eine Prüfung der Frage einzutreten. Bedenklich sei freilich, daß das geheime Wahlrecht nicht zugeteilt werde. Inzwischen „Ablehnen“ und „Nicht in Aussicht stellen“ sei doch ein gewisser Unterschied.

So Herr Heintze aus Dresden. Etwas vorher hatte vorher schon der Landtagsabgeordnete Kibel den Herren vom Freisinn zugesagt, indem er erklärte, der „Blod“ habe sich bereit in das Vertrauen der Wähler eingelebt, daß sie diejenige Partei, die ihn sprengt, bei den nächsten Wahlen an die Wand drücken werden, daß sie quiesche.

Eine Resolution, die den Mitgliedern der nationalliberalen Reichstags- und Landtagsfraktion Vertrauen, Dank und Anerkennung ausdrückt, wurde angenommen. Der Vertreter der jungliberalen Vereine mädelte noch ein wenig — selbstverständlich erst, nachdem die Resolution angenommen war — an Bülow's Erklärung zum Wahlrecht herum, und dann begab sich der größte Teil der Herren zum Diner.

Vom „Liberalismus“ in Süd und Nord hat also die Arbeiterschaft Preußens nichts zu hoffen. Die Arbeiter sind in dem schweren Kampfe um ihr Recht auf die eigene Kraft allein angewiesen!

## Italien.

### Eine neue Stadt.

Durch Verschmelzung der Städte Oneglia und Portomaurizio wird an der Riviera di Ponente eine neue Stadt entstehen, die nach dem Flusse Impero, der beide Städte trennte, Impero genannt werden wird. Oneglia hat 8252, Portomaurizio 7207 Einwohner. Die Verschmelzung ist um so bemerkenswerter, als zwischen den Nachbarorten seit Jahrhunderten Rivalität und zeitweise offene Feindschaft bestand. Die Stadtverwaltungen, die — in Oneglia einstimmig, in Portomaurizio gegen 2 Stimmen — die Verschmelzung beschlossen, sind zur Reife sozialistisch.

## Marokko.

Die Franzosen schieben ihre Truppen weiter vor, sie sind in Rabat eingerückt und haben die Kossbah Verreched bei Casablanca besetzt. (Widerstand wurde dort nicht geleistet). Gleichzeitig wird aus Madrid berichtet, daß zwischen dem spanischen Minister des Aeußeren Alendazalazar und dem französischen Minister des Aeußeren Pichon abgemacht worden sei, a u s s c h l i e ß l i c h für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Häfen Sorge zu tragen.

Demnach wäre also ein Eingreifen in die inneren Wirren des Landes ausgeschlossen. Die Handlungen der Franzosen widersprechen indes der Madrider Meldung.

## Persien.

### Die versöhnten feindlichen Brüder.

Teheran, 15. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Als Gegenleistung für die Zugeständnisse des Schahs bewilligte das Parlament die Unterdrückung einiger Zeitungen zur Strafe für ihre den Schah beleidigenden Aeußerungen. Den Extremen wurde verboten, in den Moscheen Reden zu halten, und die Zivilisten des Schahs wurde um 300 000 Rubel erhöht. Die Abgeordneten sendten nach allen Provinzen Depeschen über die endgültige Ausöhnung. Und darum Räuber und Mörder? —

## Parlamentarisches.

Die Vörsengesetzkommission, die am 15. Januar unter dem Vorsitz des Abgeordneten Singer tagte, lehnte einen „Geschäftsordnungs“-antrag ab, der von freikonservativer Seite gestellt war. Er bezweckte, die wichtigsten und für die Vörsen dringendsten Materien aus dem Entwurf auszuschneiden und in beschleunigter Behandlung getrennt zu beraten, damit zunächst eine Art Notgesetz zustande komme, weil die Vorlage, soweit sie prinzipielle Neuerungen bringe, sehr lange Erwägungen erfordere.

Die Beratung begann bei Artikel II a. Eine Generaldebatte fand nicht statt. Von freisinniger Seite war beantragt, dem § 38 Abs. 2 des Entwurfs folgende Fassung zu geben: „Wird der Antrag gestellt, ein an einer deutschen Börse eingeführtes Wertpapier an einer anderen Börse zuzulassen, so kann die Zulassungsgstelle der Börse, an welcher die Einführung erfolgen soll, genehmigen, daß von der Veröffentlichung eines Prospektes abgesehen wird.“

In der Regierungsvorlage ist die Entscheidung über die Veröffentlichung des Prospektes den Landesregierungen überlassen. Das alte Vörsengesetz kennt keine Ausnahme von dem Zwang, die Prospekt zu publizieren. Es wurde schließlich ein Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums angenommen, wonach

die Landesregierungen auf Antrag der ausländigen Zulassungsgstelle von der Veröffentlichung befreit können.

Zu § 38b der Regierungsvorlage wurde von den Sozialdemokraten vorgebracht, die Worte

„sowie der unter staatlicher Aufsicht stehenden Pfandbriefanstalten“ zu streichen, weil die Verwaltung und die Vermögensverhältnisse der Landkassen und der protegierten Hypothekendarlehen nicht rechtfertigen. Diese Institute bezüglich ihrer Schuldverschreibungen mit dem Reich, den Bundesstaaten oder den Gemeinden in eine Linie zu stellen.

Ein Antrag der Freisinnigen zu § 38a will, daß bei Einführung deutscher Reichs- und Staatsanleihen dem Vörsenstande nicht bloß die Merkmale, wie es der Entwurf vorseht, sondern auch der Betrag der einzuführenden Wertpapiere mitgeteilt wird. Von der gleichen Seite wird beantragt, im § 38b den letzten Satz zu streichen. Die Vorlage hat hier vorgegeben, daß unter Aufsicht der Zulassungsgstelle die Zulassung zum Vörsenhandel als erfolgt gilt, sobald die Landesregierung angeordnet hat, daß eine Schuldverschreibung der Prospektveröffentlichung nicht bedürfe.

Die Freikonservativen wollen den § 38b streichen und dafür im § 38a den Deutschen Reichs- und Staatsanleihen, die an jeder Börse zum Vörsenhandel zugelassen sind, auch diejenigen Schuldverschreibungen gleichstellen, bezüglich deren das Reich oder ein Bundesstaat die volle Garantie übernommen hat, und Schuldverschreibungen kommunaler Körperschaften und kommunalständischer Kreditinstitute sowie unter staatlicher Aufsicht stehender Pfandbriefanstalten.

Eine Abstimmung erfolgte noch nicht. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 21. Januar, statt.

Zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle werden von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Kolln-buhr, Geher und Stadthagen sprechen

## Aus der Partei.

**Von den Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land), einer der größten sozialdemokratischen Vereine Deutschlands, zählte am Jahreschluß 22 251 Mitglieder, gegen 20 468 am 1. Juli v. J. Die Vereinshauptkasse vereinnahmte im zweiten Halbjahr 1907 an Mitgliedsbeiträgen 25 687 M. Einschließlich eines Kassenbestandes von 6831 M. und sonstiger Einnahmen war eine Gesamteinnahmestelle von 33 077 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 28 745 M. gegenübersteht. An das Agitationskomitee wurden 7260 M., an den Parteivorstand 12 000 M. abgeliefert. 228 öffentliche Versammlungen wurden im zweiten Halbjahr 1907 abgehalten. Für Reuanschaffungen in den Volkshäusern der Ortsvereine wurden 3559 M. ausgegeben, für die „Gleichheit“, die den weiblichen Mitgliedern gratis geliefert wird, 2834 M. Seit dem 1. Juli v. J. ist für den Kreis ein Parteisekretär angestellt. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

**Unsere Toten.** Am Sonntagmorgen wurde auf dem Ostmaer Friedhof unter alter Genosse Trauer, dessen Wirken für die Partei wir in der Sonntagnummer geschildert haben, bestattet. Dem Leichenkondukt folgten über 2000 Genossen und Genossinnen, ein Beweis dafür, daß das arbeitende Volk seine Toten ehrt.

### Rußische Volkvertreter in Ketten.

Seit der Verurteilung der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma drangen nur spärliche Nachrichten über sie in die Öffentlichkeit. Man erfährt nun, daß Genosse Komatibse im Petersburger Untersuchungsgefängnis an Nervenzerrüttung erkrankte, und daß alle übrigen Verurteilten in das Transportsgefängnis übergeführt werden sollten, um spätestens am 11. Januar nach ihrem Bestimmungsort befördert zu werden. Nun bringt ein Petersburger Blatt folgende Einzelheiten über die jetzige Lage der verurteilten Volkvertreter: Die Frauen einiger von ihnen wandten sich an die Behörden mit dem Gesuch, ihre Männer auf die Katorga begleiten zu dürfen. Diese Bitte wurde abschlägig beschieden und ihnen eröffnet, daß ihre Männer nicht nach Sibirien geschickt, sondern ihre Strafe in den Zuchthäusern des europäischen Rußlands verbüßen würden.

Am 10. d. M. begann die Ueberführung der Genossen nach dem Transportsgefängnis, wo die „Einfleischung“ und die Anlegung von Ketten stattfindet. Ein Teil der Genossen wird vorübergehend im Petersburger Kreuzgefängnis interniert, weil die Zuchthäuser gegenwärtig überfüllt sind.

Die Stimmung der Genossen ist eine ruhige, viele von ihnen leiden aber sehr stark unter dem harten Gefängnisregime, vor allem die kaukasischen Genossen Jerebelli, Dschaparidze und Komatibse. Ersterer sieht sehr leidend aus und fühlt sich überhaupt sehr krank.

Die materielle Lage der Angehörigen der verurteilten Genossen ist höchst traurig. Die meisten von ihnen sind Arbeiter und lassen ihre Familien in der ärgsten Not zurück.

Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands wurde die Frage erörtert, die verurteilten Fraktionsmitglieder und ihre Angehörigen materiell zu unterstützen. Ungeachtet der größten Bemühungen, konnte das Zentralkomitee die hierzu nötige Summe nicht aufreiben, und beschloß deshalb, sich an die lokalen Organisationen zu wenden. Die Mitglieder der jetzigen Dumafraktion spendeten für ihre verurteilten Vorgänger ihre Diäten für einen Tag im Betrage von 180 Rubel.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

**Strakotts der Presse.** Der Genosse Wich von der „Rül-hauser Volkszeitung“ wurde wegen Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Genosse Steinkamp vom „Vollblatt für Bochum“ ist wegen Beleidigung — eines Gefängnisvereins (er hatte ihn Klimbimeerein genannt und sonst einige sberzhoftse Bemerkungen über die Korporation gemacht) von der Verurteilungstrammer zu Bochum zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Schöffengericht hatte gar 14 Tage Gefängnis zur Sühne des Schwereverbrechens für nötig erachtet. — Ebenfalls eine Ermäßigung erfährt ein zweites Urteil des Schöffengerichts gegen den Genossen Steinkamp, das auf 3 Wochen Gefängnis lautete. Ein Polizeibeamter soll durch einen Gerichtsbericht beleidigt sein. Die Strafammer ging auf 60 M. Geldstrafe herunter.

## Gewerkschaftliches.

### Bei den Zentrums-Eisenbahnern in Bayern

gärt es gewaltig wegen des Verrats, den das bayerische Landtagszentrum an dem Verkehrspersonal verübt hat. Besonders empört ist man über die Arbeitersekretäre Dauer, Schwarz, Oswald und Königbauer, die ausdrücklich als Vertreter der christlichen Arbeiter in den Landtag gewählt wurden, aber sich lediglich durch ein Ministerwort, daß die sozialdemokratischen und liberalen Anträge auf eine 15- resp. 10prozentige Lohnaufbesserung der Eisenbahner unerfüllbar seien, bestimmen ließen, diese Anträge in der Kammer zu bekämpfen und die von ihnen früher selbst erhobenen Forderungen fallen zu lassen und die Vettelzulage von täglich 20 Pf. für genügend zu erklären, wobei noch die Versäulten-Altarbeitler ausgenommen sein sollen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden noch beschimpft, weil sie sich erlauben, ohne Ansehen der Partei auch die vom Zentrum verratenen Interessen der christlichen Arbeiter wahrzunehmen. In Nürnberg fand eine kolossal besuchte Eisenbahnerversammlung statt.

in der die Erklärungen zu Hunderten keinen Einfluß mehr fanden. In der Versammlung wurde das Verhalten der Zentrumsabgeordneten scharf geißelt und nach einem Referat des sozialdemokratischen Abgeordneten Timm eine Resolution angenommen, in der die Abgeordneten aufgefordert werden, im Landtage dahin zu wirken, daß für alle Staatsarbeiter eine entsprechende Lohn-erhöhung tariflich festgelegt wird, wobei den Arbeiterauschüssen das Mitbestimmungsrecht einzuräumen sei; ferner sollen die Abgeordneten dafür eintreten, daß in allen Betrieben die durchschnittliche Arbeitszeit auf neun Stunden festgelegt wird, insbesondere auch im Betriebs- und Kollierdienst, wo noch eine unregelmäßige Arbeitszeit herrscht. Für die ständige Nachtarbeit sei die achtstündige Arbeitszeit einzuführen.

### Deutsches Reich.

Die Hofhofordwacher in Duesen (Kreis Bitterfeld) sind in den Ausstand getreten. Die Berufsgenossen werden ersucht, Solidarität zu üben.

### Revolution im Zentrum.

Im Bayerischen Postverband und im Bayerischen Eisenbahnerverband (beide sind christliche Organisationen) gewinnt die Empörung über das verräterische Verhalten des Zentrums im bayerischen Landtage, in bezug auf die Frage der Lohnaufbesserung für die Staatsarbeiter, sorgfältig an Ausdehnung. Man hat auch in Regensburg eine Versammlung von Post- und Eisenbahnangestellten stattgefunden, die den Erstort hatte, daß viele Angestellte aus den christlichen Verbänden austraten und ihren Beitritt zu dem auf moderner Grund-lage beruhenden Süddeutschen Eisenbahnerverband erklärten. Auch in anderen Städten gewinnt in den Kreisen der bisher gut ultramontan gesinnten Staatsarbeiter die Unzufriedenheit mit der Zentrumsfraktion an Ausdehnung. Für alle agrarischen Forderungen ist die Fraktion zu haben, für die Verkehrsarbeiter jedoch erklärte sie eine tägliche Aufbesserung von 20 Pf. als ausreichend.

### Hustand.

Der Autobusstreik in London ist beendet. Die erwartete größere Unterstützung von seiten anderer Unionen traf nicht ein, und als die Streikenden hörten, daß es mit den Kassenverhältnissen so schlecht bestellt sei, daß nur sehr geringe Entschädigungsgelder gezahlt werden könnten, da erklärten 20 bis 30 Mann, daß sie unter diesen Umständen, der Not gehorchend, wieder an die Arbeit gehen müßten. Das war der Anfang zum allgemeinen Unfahl und der Streik ist verloren. Die Gesellschaft erklärte allerdings, daß sie bereit wäre, das neue Lohnsystem wieder zu ändern, wenn es „wirklich“ zum Schaden der Leute sein sollte; das sind natürlich nur leere Versprechungen.

**Streiks und Aussperrungen in Amerika von 1881—1905.** Nach dem Bericht des Arbeitskommissars fanden in 25 Jahren seitens der organisierten Arbeiterschaft 36 757 Streiks statt, während 1546 Aussperrungen in gleicher Zeit vorgenommen wurden. Die Streiks verteilten sich auf 181 407, die Aussperrungen auf 18 549 Betriebe, d. h. 199 954 Betriebe sitzen unter der Bewegung. Die Gesamtzahl der Streikenden betrug 6 728 048 und die der Aussperrten 716 231, in Summa 7 444 279 Arbeiter. Diese kolossale Summe wird noch vergrößert durch 9 629 434 indirekt in Mitteleuropa gezogene Arbeiter. Die Mehrzahl der Streiks war von den Organisationen angeordnet, 31,01 Proz. jedoch waren entweder von Nichtorganisierten angefangen, oder ohne Genehmigung der Unionen. — Zugunsten der Arbeiter verliefen 47,94 Proz. der Streiks, einen teilweisen Erfolg hatten 15,28 und keinen Erfolg 36,78 Proz. Die Aussperrungen seitens der Arbeitgeber indes hatten für diese meist ein besseres Ergebnis. Großen Erfolg hatten 57,20 Proz., teilweisen 10,71 und keinen 32,09 Proz. — Lohnforderungen waren die Ursache zum Streik in 11 851 Fällen oder 40,72 Proz. Die zweite Ursache galt der Anerkennung der Organisationen, und ferner der Widerstand gegen Lohnverfärgungen und Forderungen für kürzere Arbeitszeit. Der Hälfte der Aussperrungen lagen Streitigkeiten wegen Anerkennung der Organisationen, von Beschäftigten derselben und Arbeitgeberorganisationen zugrunde. Die meisten Streiks hatte das Jahr 1903, und zwar 3494 gegen nur 471 in 1881, dem ersten Jahre der Rechnungsperiode aufzuweisen. In 1905 gab es 2077 Streiks. Die meisten Aussperrungen fanden ebenfalls im Jahre 1903 statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das Ende vom Lied.

Breslau, 15. Januar. In einem hiesigen Hotel wurden gestern Abend die Leichen eines Paares aufgefunden, das sich als Ehepaar Ritter in das Fremdenbuch eingetragen hatte. Beide Leichen wiesen Schußwunden im Kopfe auf. Allem Anschein hat der Mann zuerst seine Begleiterin erschossen und dann Selbstmord verübt. In dem sechs-längigen Revolver stecken noch vier Kugeln. Wie sich herausgestellt hat, handelt es sich bei der Leiche des Mannes um den Leiter des Jägerverbandes in Dahnau Max Richter, welcher Unterschlagnungen in Höhe von 80 000 M. begangen haben soll und gestern mit einer Kellnerin nach Breslau geflüchtet war.

### Die Wahlreform in Ungarn.

Budapest, 15. Januar. (B. L. W.) Abgeordnetenhous. Der Minister des Innern Graf Androssy erklärte in Verantwortung einer Interpellation des Sozialisten Mezosi, er hoffe, die Wahlreform vorlage im März oder April vorlegen zu können. Ueber ihren Inhalt könne er sich vorläufig nicht äußern.

### Feuersbrunst und Explosion.

Paris, 15. Januar. (B. L. W.) Heute Abend nach 6 Uhr wurde das Bureau für Zeitungsausschnitte „Argus de la Presse“ durch eine heftige Feuersbrunst vollständig zerstört. Während der Löscharbeiten wurden sieben Personen infolge der Explosion eines Gasuhr verlegt, darunter mehrere schwer.

### Nach berühmten Vorbildern.

Konstantinobel, 15. Januar. Die gestrige Zeremonie des Hand-lusses, welche zum ersten Mal im Bildzirkus stattfand, war mit einer für hiesige Verhältnisse besonderen Neuerung verbunden: Vier Photographen des Palais hatten gegenüber dem Throne Aufstellung genommen und machten eine Reihe von Ausnahmen während der Defiliercour. Seit der Thronbesteigung des Sultans war dies nicht zu verzeichnen.

### Nachwehen vom Bogeraufstand.

Washington, 15. Januar. (B. L. W.) Der Senat nahm heute in Gemeinschaft mit dem Repräsentantenhaus eine Resolution an, welche die Herabsetzung der China anlässlich des Bogeraufstandes auferlegten Entschädigungssumme von mehr als die Hälfte vorsieht. Der Betrag derselben wird infolge dieses Beschlusses von 24 440 000 auf 11 665 000 Dollar herabgesetzt.



Reichstag.

80. Sitzung vom Mittwoch, den 15. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Gavenstein, Dr. Niederding, Zwele.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation des Grafen v. Kanitz (7.) betr. den hohen Bankdiskont.

Abg. Dr. Wener-Kaufmann (Z.): Der hohe Bankdiskont hat mit der Währung nichts zu tun, sondern hängt mit unserer industriellen Entwicklung zusammen. Das Sparfaktum in den Ansprüchen an den Geldmarkt zu üben ist, besonders auch von den Kommunen, geben wir zu. Mit einer stärkeren Ausprägung von Silbermünzen können wir uns einverstanden erklären.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Zwele: Graf Kanitz hat die Eingehung der Zeler getadelt. Gewiss war der Zeler eine sehr beliebte Münze. Aber seine Ausherrschung war eine gleichmäßig notwendige Konsequenz in der Entwicklung des Münzwesens und ließ sich nach Lage der Verhältnisse nicht vermeiden. Ich gebe zu, daß der Kurs unserer Reichsanleihen kein günstiger ist. Ein Grund dafür ist, daß dem Reiche schon seit einer Reihe von Jahren nicht ausreichende laufende Mittel zur Verfügung stehen. Ein zweiter Grund dafür besteht in der zu häufigen Zinsanspruchnahme des Marktes; denn nicht nur das Reich, sondern auch die einzelnen Bundesstaaten begehren Anleihen. Ein dritter Grund ist meiner Ansicht nach ein nicht ausreichender Aufnahmekreis für die Anleihen. Der Reichsfinanzverwaltung die Schuld zugeschrieben, ist nicht richtig. Ein vierter Grund liegt in unseren Staatsverhältnissen, indem wir zur Forderung von Jahresraten genötigt sind. Der Kredit des Deutschen Reiches ist aber durchaus gesund. Für die Erhöhung des Hauptkurses des umlaufenden Silbers, der prinzipielle Bedenken nicht entgegen stehen, muß aus schlaggebend sein die Aufrechterhaltung der effektiven Goldwährung; sie kann nur entsprechend dem Bedürfnis erfolgen. Dem Zusammenarbeiten von Reichstag und Bundesrat wird hoffentlich eine befriedigende Gestaltung unserer Finanzverhältnisse gelingen.

Abg. Dr. Södemum (Soz.):

Der Vorredner hat die Gelegenheit benützt, um hier ein sehr warmes Wort für neue Steuern beim Reichstage einzulegen. Was er sonst sagte, so interessant und lehrreich es auch war, hat doch mit der Interpellation Kanitz nichts zu tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verstärkung der Betriebsfonds des Reiches usw., selbst die Frage des Staatsanweisungskredits, berühren die Dinge der Interpellation nicht so unmittelbar, wie er hinzustellen beliebt hat. Ich habe bei diesem Plaidoyer für neue Steuern vernunft, daß er die Wahrung an den Reichstag gerichtet hat, die sonst an ihn gerichtet wird, nämlich die Wahrung, sparsam zu sein. Gestern ist das wiederholt geschehen. Aber wenn man, um nur eines heranzugreifen, die Verhandlungen der Budgetkommission von heute morgen vergleicht mit den Verhandlungen von gestern zur Sparsamkeit, so sieht man, daß das nur schöne Worte waren, denn die Tatsachen fehlen. Es findet sich immer die Mehrheit, welche meint, es ginge nicht anders als mit der Bewilligung der geforderten Beträge. Beim Militär ist das auf der linken Seite des Blocks geradezu schon zu einer Manie geworden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Widerspruch bei den Freikämmlern.) Es können dafür die Beweise sehr leicht erbracht werden, wenn Sie wünschen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei der Beratung gestern nachmittags trat ein höchst charakteristisches Moment zutage. Alle Redner haben in geradezu naiver Weise die härteste Kritik gegen unsern Wirtschaftsrat geübt. Alle — vom Grafen Kanitz bis zum Herrn Präsidenten der Reichsbank — waren sich darin einig, daß das Aufblähen der Industrie an dem Uebel schuld ist. Weil es uns so geht, deshalb geht es uns so schlecht! (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wurde sehr richtig bemerkt, daß die Frage des hohen Bankdiskonts sich unmöglich lösen läßt aus den Gesetzen der Währungspolitik. Das Problem muß viel tiefer behandelt werden; es ist recht eigentlich eine Frage der Organisation der wirtschaftlichen Kräfte im Verhältnis zur Organisation des Kredits. Da haben gestern Graf Kanitz, Dr. Weber und Herr Kämpf in rührender Uebereinstimmung gesagt, daß die ungünstige Gestaltung unserer Geldverhältnisse direkt von den wirtschaftlichen Verhältnissen herkomme, daß die Wirtschaftskrise

nur eine Geldkrise infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges sei. Ich will das Phänomen nicht weiter erörtern, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung darbietet, wenn in ihr eine günstige Geschäftslage zu einer Krise weiter Kreise führt. Wir erkennen die Schwierigkeiten, die aus einer übertriebenen Höhe des Bankdiskonts entstehen, um so unumwundener an, als die Arbeiter die eisten und wehrlosesten Opfer einer solchen Gestaltung der Dinge zu sein pflegen. Wenn der Reichsbankdiskont auf 7 1/2 Proz. steigt, so erhalten nicht sehr kapitalkräftige Unternehmer, z. B. auf dem Gebiete des Bauwesens, Geld unter 10 bis 11 Proz. überhaupt nicht. Das bedeutet, daß die Bauten entweder nicht begonnen oder die begonnenen Bauten nicht fertiggestellt werden. Damit ergibt sich für die Arbeiter ohne weiteres Arbeitslosigkeit und Existenzlosigkeit.

Mit Recht hat auch der Abgeordnete Kämpf die verderbliche Wirkung der agrarischen Handelsverträge hervorgehoben. Nachgehend für die Höhe des Diskonts ist die Höhe des verfügbaren Kapitals. Dieses aber kann sich nur als die Ersparnis darstellen, die der Nation von den Einnahmen übrig bleibt, nachdem der Verzehr abgezogen ist. In dem Maße, wie die Preise der Nahrungsmittel steigen, sinkt die Möglichkeit, diese Ersparnisse zu machen. Die Verteuerung hat nicht allein die Arbeiterklasse getroffen, sondern greift tief hinein in die Reihen des kleinen Bürgertums. Viele Handwerker und kleine Beamte, die gewohnt waren, einen Teil ihres Einkommens zurückzulassen und dadurch in der Form von Ersparnissen verfügbar zu machen, haben jetzt nicht nur diese Möglichkeit verloren, sondern müssen auch ihren Bedarf und den ihrer Familie an Verzehrsgütern einschränken. Inlangst hat der preussische Finanzminister, weil er den hohen Diskont als Folge mangelnden Sparkapitals darstellte, daraus die Berechtigung für sich ableiten zu dürfen geglaubt, eine Kapuzinade gegen die Verschwendungssucht des Volkes zu halten. Was Herr v. Rheinbaben sagte, stimmt mit meiner Beobachtung überein, die mir der jetzige englische Minister für Selbstverwaltung, John Burns, unlängst erzählte: Als er hier in Berlin war, wurde er natürlich auch durch eine Reihe von Restaurants geschleppt, und dabei hatte er den Eindruck, daß keine Nation soviel für Essen und Trinken ausgäbe wie die deutsche. Er gebrauchte sogar dafür andere Ausdrücke, die aber nicht parlamentsfähig sind. (Heiterkeit.) Aber bei der Einsicht, die ihm als Sozialist eigen war, hat er sich natürlich mit dieser Feststellung nicht begnügt. Von viel größerem Einfluß auf die Kapitalwirtschaft Deutschlands ist seiner Meinung nach, daß wir einen so großen Teil unserer Einkünfte für militärische Ausgaben ausgeben. Deutschland sei einfach nicht imstande, auf die Dauer ohne Gefährdung seines wirtschaftlichen Lebens zugleich das erste Heer der Welt und die erste Marine zu unterhalten, die, wenn man auch nicht gerade der Ansicht des Generals Heim zu sein braucht, doch auch nach den Ansichten der übrigen Flottenbesitzer über die französische hinaus und fast zur Stärke der englischen heranwachsen soll. In der Tat haben die unablässigen, übertriebenen Rüstungen die Bildung eines größeren deutschen Kapitalreichums verhindert. Dazu kommen die Verluste, die durch den Burenkrieg, den russisch-japanischen Krieg, den Zug nach Ostafrika usw. entstanden sind und die sich nunmehr in Wirtschaftslieben national wie international geltend machen. Obendrein wird das deutsche Volk ausgepumpt zum Nutzen relativ sehr kleiner Gruppen einmal durch direkte Steuern und dann durch die Aufschläge auf Lebensmittel. Den Vorteil davon haben nur sehr kleine Personengruppen, die keinerlei Garantie dafür bieten können, daß sie geeignet oder geneigt sind, das ihnen zufließende Kapital in der volkswirtschaftlich günstigsten Weise zu verwenden. Daß außerdem unsere Hochschulpolitik dem geradezu verderblichen Bestreben mancher Parteien und Ringe Vorschub leistet, hat Herr Kollege Kämpf schon bemerkt. Es liegt in unserem Handelssystem die Möglichkeit, daß sogar heute noch die Preise für die Kosten erhöht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt, wo die Frage über den hohen Bankdiskont so laut ertönt, jetzt dürfen wir doch wohl einmal die Frage erheben, wo bleibt denn der Segen dieser vielgerühmten Handelspolitik, welche die Mehrheit und ausgezogen hat, wo bleibt der Segen namentlich für die Minderbemittelten? (Abg. v. Camp: In der kolossalen Lohnsteigerung!) Wenn diese Lohnsteigerung realiter in die Erscheinung trat, so wäre die Verminderung des Konsums an Fleisch und Lebensmitteln schlechthin unerklärlich. Der Hunger ist nicht weniger geworden, wohl aber die Mittel, den Hunger zu befriedigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden nicht leugnen, daß die Getreidepreise, und damit der Preis des Brotes, außerordentlich gestiegen sind. Die Verteuerung des

Fleisches für die städtische Bevölkerung hat den Konsum außerordentlich verringert, nicht nur relativ, sondern auch absolut. Das ist jeden Augenblick nachweisbar. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es bleibt bestehen, daß die minderbemittelten Volksschichten in unerhörter Weise bedrückt werden durch die auf Grund der Handelspolitik gesteigerten Lebensmittelpreise, die es ihnen ganz unmöglich macht, die zum Teil gestiegenen Renteinnahmen an ihren Leibe zu nutzbar zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nimmt man die Steigerung der Mietpreise hinzu und die Steigerung der Steuerleistungen, so zeigt sich eine auffallende Verschlechterung der tatsächlichen Lage der Minderbemittelten. Das ist der Effekt, die Folge, der Segen der Handelspolitik der Mehrheit dieses Hauses unter Äffizienz der Regierung, welche jetzt mit allerlei Verlegenheitsmitteln kommt, um den Bankdiskont herabzusetzen. Wertwürdig ist übrigens auch folgendes: Gestern ist uns eine Enquete über das Bankwesen vorgelesen, heute dagegen sagte Herr Unterstaatssekretär Zwele: Die Sache ist so klar, daß eine Enquete nicht nötig ist! Ich bin der Meinung des Herrn Zwele, aber bemerkenwert ist doch dieser Zwiespalt in der Regierung.

Ich freue mich, daß sowohl der Reichsbankpräsident als der Herr Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt und der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg darin einig waren, daß an der Grundlage unserer Goldwährung nicht gerüttelt werden dürfe. Ich freue mich um so mehr darüber, als ich vermute, daß der ganzen Interpellation als Motiv unterlegen hat der Gedanke, sie solle ein bimetallicistischer Vorstoß sein. (Sehr richtig! links.) Sie dient als Folie für den mit den Namen des Dr. Arentz verbundenen Vorschlag, die Summe, die man in Silber annehmen müsse, von 20 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen. Ich freue mich, daß dieser Vorschlag gleich an der Schwelle zurückgewiesen ist. Ob eine Vermehrung des Silbers als Scheidemünze notwendig ist, ist am Verkehrebedürfnis festzustellen. Gegen eine mögliche Erhöhung der Scheidemünzen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Es kann sich nur um eine mögliche Erhöhung handeln, eines Mehrs würde sich der Verkehr bald entledigen, wie ja auch die Erfahrungen in Nordamerika beweisen, wo das Silber nicht mit Silber, sondern mit eiserner Konsequenz (weiter!) in die Staatskassen zurückkehrte. Ob bei der Erneuerung des Bankprivilegiums im Jahre 1911 organisatorische Änderungen der Reichsbank vorgenommen werden sollen, möge dahingestellt sein; darüber läßt sich theoretisch diskutieren, aber niemals werden wir einer solchen Reorganisation der Reichsbank zustimmen, mit der die Gefahr verbunden ist, daß sie zu einer agrarischen Rumpfbank werde, wie andere Einrichtungen Preußens es geworden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Frage des Gelbkaufs und des Scheckverkehrs gestalte ich mir, auf eins aufmerksam zu machen: Es wird so viel über den Scheckverkehr geredet und darauf hingewiesen, wie sehr man dadurch das Zahlungsverkehr in Volk vereinfachen könnte. Aber wenn der nicht unangenehme Tag herannahet, an dem die Aufwands-gelder an die Reichsbank gezahlt werden, dann wird in Gold und Papier gezahlt. (Heiterkeit.) Die Zahlung könnte doch auch in anderer Weise, durch Schecks oder Ueberweisung auf Girokonten erfolgen, wenn auch dann die schönen Holztögen der Leitungen unausgefüllt blieben. Zu bedauern wäre das doch höchstens im Interesse der Registrator. (Heiterkeit.)

Die Aufforderungen, recht sparsam zu sein, die gestern an den Reichstag gerichtet wurden, stehen — das erwähnte ich schon — in auffallendem Widerspruch zu dem Verhalten der Mehrheit des Reichstages zu unserem Etat. Aber auch anderen Korporationen wurden gestern die Ratschläge zur

„Sparsamkeit“

gegeben. Herr v. Camp und heute der Redner der Zentrumspartei richteten solche Ermahnungen auch an die Kommunen. Von sachkundiger Seite wird der Anleihenbedarf der deutschen Stadtgemeinden für das nächste Jahr auf 600 bis 600 Millionen Mark geschätzt. Das ist zweifellos eine hohe Summe. Aber ich bin weit davon entfernt, die Gründe des Herrn v. Camp gegen die Ausdehnung des Kredits der Städte anzuerkennen. Herr v. Camp gab ihnen den Rat, sie möchten mit Schulbauten, mit der Aufwendung für das Gesundheitswesen weniger splendid sein als bisher. Wenn sie diese Ratschläge befolgten, wäre es das Schlimmste, was sie tun könnten. Je mehr es der preussische Staat auf diesen Gebieten an sich fehlen läßt, um so ehrenvoller ist die Aufgabe der Gemeinden dafür zu sorgen, daß die Schulbildung nicht noch weiter zurückgeht. (Lebh. sehr richtig! h. d. Soz.) Außerdem ist auch die Verwendung der Anleihen der Städte sehr verschieden von

Kleines feuilleton.

Der menschliche Magnetismus. Eine Anekdote, die es wert war, der Vergessenheit entrissen zu werden, erzählt der englische Zoologe Ray Lankester in einem Aufsatz, der den behaglichen Titel „Naturwissenschaft vom Lehrstuhl aus“ führt und in der Wochenschrift „English Mechanic“ besprochen wird. Sein Erlebnis bezieht sich auf eine Begegnung mit dem berühmten französischen Arzt Charcot und liegt jetzt dreißig Jahre zurück. Damals war die alte Hypothese vom Einfluß eines Magneten auf den menschlichen Körper im Schwange, und Charcot wollte feststellen haben, daß ein sehr empfindlicher weiblicher Patient durch einen Eisenstab, der durch den Strom einer Batterie magnetisch gemacht wurde, vollständig unempfindlich gemacht werden könnte. Die Unempfindlichkeit erzielte sich auf den Arm, dessen Hand den Eisenstab hielt, und trat mit dem Augenblick ein, wenn Charcot den Befehl gab, den Strom zu schließen. Der junge Lankester wohnte mit lehrerlichen Gedanken dieser Vorführung bei, und da Charcot die Abficht geäußert hatte, das Experiment nach einigen Stunden in Anwesenheit mehrerer Gelehrter zu wiederholen, nahm er sich vor, die Sache zu Fall zu bringen. Im Laboratorium allein gelassen, goß er die Säure aus den Elementen aus und ersetzte sie durch kochendes Wasser, so daß auch nicht der geringste Strom daraus hervorgehen konnte. Als Charcot mit seinen Gästen wieder erschienen war, wurde die in hohem Grade nervöse und hysterische Kranke wieder auf den Experimentierstuhl gesetzt, und Charcot zeigte, daß der betreffende Arm, der den Eisenstab hielt, auch gegen seine Nadelstiche sehr empfindlich war, so lange der Strom nicht geschlossen und das Eisen nicht in einen Magneten verwandelt war. Dann gab er laut das Zeichen zur Einschaltung der Batterie, und wieder wurde der Arm selbst gegen die Durchbohrung mit Nadeln unempfindlich. Man kann sich das Erstaunen von Charcot denken, als Lankester ihm nachher seinen Streich enthüllte und somit den Beweis führte, daß hier nur Suggestion und nicht Magnetismus gewirkt hatte. Der junge Naturforscher glaubte nun, er würde sofort an die Luft gesetzt werden, aber Charcot schüttelte ihm die Hand mit den Worten: „Sie haben mir eine Wohlthat erwiesen, mein lieber junger Herr.“

Theater.

Thalia-Theater: Casspiel Girardi. Girardis Bedeutung für das Wiener Theater wird mir immer klarer, da ich ihn jetzt als Briefträger Hienz in der schon früher im Thalia-Theater gespielten „Wahnsinn der ersten Klasse“ und seine „Schwester“ gesehen habe. Er vertritt nicht als Schauspieler, was mit minderm Erfolg Hainund als Dramatiker versuchte: die Veranschaulichung echter Volkswirtschaft, wahrer Menschengefaltung und uralter Himmels mit den Anforderungen des Theaters. Diese Pöffe wie die meisten anderen besteht in irgend einer modernen Form wieder den Hanswurst, den Kaspar oder wie er sonst hieß. Aber Girardi, dieser Erbe und Fortsetzer dieser volkstümlichen Wiener lustigen Person, ließ

und in all den Dummheiten und Viesereien, die er anzuhören hat, das Menschliche nicht vergessen. Dieser aus lauter Schwermelodie zudringliche, alle beschwepende, himmelnde Kerl, der bei aller Gutartigkeit ein Sälender und ein Aufdröhler ersten Ranges ist, erwies sich als eine eigene Schöpfung Girardis. Man mußte ihm gut sein, weil er selber ein so guter, braver Mensch ist, dem man es anmerkt, daß er ja noch ganz etwas anderes ist im Innersten, als er hier erscheint. Er schämt sich sozusagen, bricht den Redefluß ab, wird verlegen, distinkt und zart wie ein junges Mädchen, das sein Gefäß verbergen möchte. Aber dann ist er im nächsten Augenblick wieder ausgelassen, lustig und zugreifend, daß alles mitgerissen wird.

Die Pöffe will es, daß Girardis Briefträger seine Schwester, die zur Bühne will, durch einen kleinen Schwindel einschmuggelt, daß er der drohenden Ausredung des Schwindels zuvorkommt und schließlich einen Theaterstempel — es wird der alte Trick des Theaters im Theater angewendet — erregt, um ihr zum vollen Erfolg zu verhelfen. Bei der Gelegenheit hat er das Dreierstück zu dirigieren und dann auf offener Bühne seine siegreiche Schwester zu umarmen. Höher geht's nicht. Girardi hatte so eine Rolle, aus der er alles machen konnte. Aber nicht seine Geschicklichkeit, die sich auch besonders in dem dramatisch gesteigerten Coupletvortrag zeigte, war das bewundernswerte, sondern das, was er an eigenem schlichtem Menschlichen da zu gab.

Die Weanernote gab in diesem Wiener Stück allein Girardi die anderen Mitspielenden überlegen es mit gutem Willen. Die Schwester Delene Ballots war frisch, natürlich und gewandt. Ein paar treffliche Chorgesungen boten Karl Behner und Arnold Riedl, der den ungelungenen Refaktionsminister darstellte. Die Coupletts, besonders das mit dem Refrain: „Der tut uns was an“ und die Theaterszene erregten stürmische Heiterkeit. —

Notizen.

Der arme Kant ist der Spielball aller möglichen Richtungen in der Philosophie und seit einigen Jahren auch in der Politik. Man's einer möchte nachgerade seinen Kindern vor dem KSS schon die Grundlagen des kantischen Kritizismus beibringen. Und dabei sind sich die Gelehrten nicht einmal einig, was denn nun des Pudels Kern sei. Schließlich wird man noch auf den Grabsteinen braver Menschen als Ruhmestat verzeichnet finden: „Auch er hat Kant gelesen“.

Auch im Grabe hat Kant seine Ruhe. In Königsherg, wo die Vernunft am reinsten ist, soll Kants Grabstätte in den Dom verlegt werden, weil die alte Kant-Kapelle kritisch geworden ist. Das kostet 50 000 Mk. Die Stadtverordnetenversammlung hat's aber abgelehnt. Einige wollen Kant nicht in die Kirche haben, weil das gegen seine Ansichten verstöße. Andern scheint ein prunkhaftes Denkmal nicht zu Kant zu passen. Ein dritter aber sagte, Kant passe vorzüglich in eine Kirche. Die Praktiker sind sich demnach ebenso uneinig über Kant wie die Theoretiker.

Eine Wuschade in München. Die Dummheit der lieben Wittenschen hat Wusch in mancherlei Gestalt mit dem frohen

Eifer der künstlerisch geklärten Schadenfreude gebildet und geschildert. Schade, daß er eine kleine Begebenheit nicht mehr erlebt hat, die sich in München vor ein paar Monaten abgepielt hat.

Enthaltensamkeit heißt das Vergnügen an Sachen, welche wir nicht kriegen.

Wusch. Dieses Vergnügen hat er in diesem Falle nicht mehr genießen können. Und das kam so. Das Kapitel des bayerischen Maginiliansordens für Kunst und Wissenschaft hatte Wusch einstimmig zum Mitgliede vorge schlagen. Aber — schimpf, da wurde es abgelehnt. Die Freunde, die Wusch durch seinen heiligen Antonius und die fromme Helena sich speziell und dauernd erworben hat, sollten dazu mitgewirkt haben. So wird gemunkelt. Denn seinem Erblichem ziemt's in solchen Dingen, die die Krone angehen, genauer zu wissen. Wenn Wusch davon Kenntnis erhält, wird er wohl sich selber also zittern:

Früher, da ich unerfahren und beschneider war als heute, hatten meine höchste Achtung Andre Leute.

Später traf ich auf der Weide Kucher mir noch mehr Räuber, und nun schlag' ich, sozusagen, Erst mich selber.

— Ehrengedächte und tugendreiche Raubmörder. In Straubing wurden am 5. Mai 1903 der Sattlermeister Karl Wradl aus Viechtach und sein Sohn Max Wradl wegen gemeinen Raubmordes hingerichtet. Sie hatten einen Reisenden in ihrer Wohnung erdollet und herab, die Leiche unter ein Sofa geschoben und in demselben Zimmer dann sich ihr Mittagessen schmecken lassen. Die „Münchener Post“ teilt nun mit, daß auf den Grabsteinen der beiden hingerichteten Raubmörder, die mit allen kirchlichen Ehren beerdigt wurden, folgendes zu lesen ist:

Grabstätte des Ehrengedächten Herrn Karl Wradl, Sattlermeister von Viechtach, geb. 15. März 1843, gestorben 5. Mai 1903. R. I. P.

Grabstätte des tugendreichen Jünglings Max Wradl, Sattlermeistersohn, geb. 12. Okt. 1880, gestorben 5. Mai 1903. R. I. P.

Im gleichen Friedhof werden arme Teufel von Selbstmördern in einer versperrbaren Ecke ohne kirchliche Ehren verscharrt. Der Geistliche hatte in seiner Grabrede erklärt, daß der tugendreiche Jüngling Wradl jun. durch sozialdemokratische Einflüsterungen erst auf Abwege geraten sei, daß er aber vor seinem Tode durch das Raubheil wieder drab geworden und in den Schoß der katholischen Kirche zurückgekehrt sei.



der für Staats- und Reichszwecke. Die Städte sorgen bei der Verwendung ihrer Anleihen dafür, daß eine Sicherung der Verzinsung und der Amortisation gegeben werde. Dann aber hat auch eine Anleihe gar kein Bedenken. Die Aufwendungen des Reiches aber, die aus Anleihen gedeckt werden, tragen einen ganz anderen Charakter; sie werden in ganz überwiegendem Maße zu unproduktiven Zwecken verwendet. (Sehr wahr! h. d. Sez.) Es ist also dieses Geld für Reichsanleihen, volkswirtschaftlich gesprochen, direkt ins Meer geworfen. (Zustimmung h. d. Sez.) Ich habe schon unsere Bereitwilligkeit erklärt, die wenigen kleinen Mittel, die vorgeschlagen sind, um den Diszontsatz zu erniedrigen, zu prüfen und eventl. zu bewilligen. Aber ich kann doch nicht umhin, zu sagen, daß aus diesen Verhandlungen nur recht wenig herauskommen kann. Herr Habenstein hat bei den Agrariern eine Zeitlang eine gute Note gehabt. Das hindert uns aber nicht, ihn undefangenen zu prüfen. Er hat gestern versichert, daß er in den Fußstapfen seines Vorgängers weitergehen werde. Wir erwarten von ihm, daß er den verächtlichen Aspirationen der Doppelwährungsmänner nicht entgegenkommt, sonst werden wir ihn rücksichtslos bekämpfen. Seine gestrigen Ausführungen finden unseren Beifall, und wir hoffen, daß er so, wie er gestern angefangen hat, noch lange auf seinem Posten verharret. (Beifall h. d. Sez.)

Unterstaatssekretär Tzwele bestreitet, daß er eine Bankengruete für überflüssig erklärt habe, wie Dr. Südekum anzunehmen scheint. Abg. Raab (Wirtsch. P.): Unsere Finanzwirtschaft wird mehr und mehr einer auf die Spitze gestellten Pyramide ähnlich, die bei der ersten Unannehmlichkeit umfallen wird. — Zum neuen Reichsbankpräsidenten haben wir Vertrauen. Eigentlich haben wir gar keine Goldwährung, weil wir nämlich kein Gold haben. Was nützt mir ein schönes Mädchen, wenn andere mit spazieren gehen? (Große Heiterkeit.) Dr. Südekum rühmte den Scharfsinn der sozialistischen Abgeordneten auswärtiger Parlamente. Ich wünsche ihm etwas von diesem Scharfsinn. (Beifall rechts.)

Abg. Götthel (freis. Vg.) (von der Rechten mit Chol-Rufen empfangen) polemisiert gegen die Abg. Kanig und Raab. Herr Raab hat dem neuen Reichsbankpräsidenten Lob gesollt. Wir wissen nicht, ob sich Herr Habenstein über das Lob des Abg. Raab gefreut hat.

Wir sind weder so reich wie England noch wie Frankreich; während Frankreichs Bevölkerungszahl sinkt, wächst die unsere beständig. Deshalb brauchen wir in steigendem Maße die Einfuhr von Lebensmitteln. Zum Schluß stelle ich noch einmal fest, daß der hohe Diskontsatz verursacht ist durch unsere verkehrte Wirtschaftspolitik. Diejenigen also, die diese verkehrte Politik inauguriert haben, mögen sich an ihre eigene Brust schlagen und rufen: mea culpa, mea maxima culpa! (meine Schuld, vornehmlich meine Schuld!) (Lachen rechts, Bravo! links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgt die Interpellation Schda (Pole) und Gen. über die Polenvorlage. Sie lautet:

„Wie will der Herr Reichskanzler den von der kgl. preussischen Regierung im vorigen Landtage eingebrachten Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen in Einklang bringen mit dem Geiste der Reichsverfassung und den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches?“

Welche Schritte gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die durch die vorgesehene Enteignung des Grundbesitzes von Reichsangehörigen aus politischen Gründen bedrohten Grundbesitzer der Rechts- und Gesellschaftsordnung zu sichern?“

Vizepräsident Raempf richtet die Frage an die Regierung, ob und wann sie bereit sei, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Rieberding: Ich habe auf die Anfrage des Herrn Präsidenten im Namen des Herrn Reichskanzlers folgendes zu erklären:

Die Interpellation verlangt eine Erklärung des Reichskanzlers über das gesetzgeberische Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstande hat. Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, welche einem solchen Vorgehen entgegen wäre. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch enthält solche Bestimmungen nicht. Der Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften über die im öffentlichen Interesse erfolgende Enteignung, Beschädigung oder Veräußerung einer Sache, die Befreiung des Eigentums, Entziehung oder Beschränkung von Rechten unberührt bleiben. Die Maßnahmen, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehören somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und nach dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Mit Rücksicht hierauf habe ich zu erklären, daß der Herr Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation abschüt! (Lebhaftes Bravo! rechts, Lachen bei den Polen.)

Ein Antrag Korsant (Pole) auf Besprechung der Interpellation wird mit den Stimmen der Polen, des Zentrums, der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Staatssekretär Rieberding verläßt den Saal. In der Besprechung erhält zunächst das Wort:

Abg. Schda (Pole): Es gibt Dinge, bei deren bloßer Erwähnung das verkürzte Rechtsgesetz sich derart aufbaut, daß die Seele in ihrem Innersten aufgewühlt wird: Hier geschieht etwas Unmenschliches; hier und heißt! In dieser Lage befinde ich mich heute. Lieber Tausenden meiner Landsleute schwebt dauernd das Schwert des Verlustes ihres Grundbesitzes bloß deswegen, weil sie der Aufhebungs-Kommission im Wege stehen. Die preussische Polenpolitik ist in der ganzen Welt zur traurigen Verhöhnung gelangt, sie hat dazu geführt, daß polnische Mitbürger in Erdböden, unter Eigenemorgen haben Wohnung nehmen müssen. (Lachen rechts, sehr wahr! bei den Polen.)

Wir haben es nicht für möglich gehalten, daß die preussische Regierung im Anfang des 20. Jahrhunderts einen Gesetzentwurf einbringen würde, der aus politischen Gründen einen Teil der Bevölkerung enteignen will zugunsten eines anderen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Der Gesetzentwurf widerspricht der Reichsverfassung. Trotzdem brachten wir bei seiner Einbringung diese Interpellation nicht ein, weil wir es für unmöglich hielten, daß das preussische Abgeordnetenhaus, wo die Konservativen die Mehrheit haben, jemals diesen Entwurf akzeptieren könnte. (Lebhaftes Bravo! rechts! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Auch hierin haben wir uns getäuscht. Deshalb haben wir die Interpellation jetzt eingebracht. Außerdem hat der Reichskanzler bei der Einbringung des Entwurfs im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt, die Angelegenheit sei eine deutsche und er habe die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich! (Sehr richtig! rechts.) Dann verheißt er nicht, warum er hier hat erklären lassen, der Reichstag sei nicht zuständig; (Sehr wahr! bei den Polen.) wo will er sich denn vergewissern, ob die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihm steht, wenn nicht im Reichstag? (Lebhaftes Bravo! rechts! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Ich muß es als eine Nichtachtung des Reichstages bezeichnen, (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen und den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) daß der Reichskanzler eine Beantwortung unserer Interpellation abgelehnt hat.

Der Gesetzentwurf will für den enteigneten Grund und Boden Entschädigung gewähren; aber nie kann entschädigt werden das Unrecht. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.) das man mit der Enteignung verliert. Der Gesetzentwurf widerspricht der preussischen Verfassung, ebenso aber auch der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung, er steht in flagrantem Widerspruch zum Freiheitsgesetz. Der Grundfay der Enteignung steht aber auch im Widerspruch mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein der zivilisierten Welt. (Lebhaftes Bravo! rechts! bei den Polen.) Der Gesetzentwurf läßt sich nicht vereinigen mit den Grundlagen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Das Eigentum ist unverletzlich, abweichend aus Gründen des öffentlichen Wohls. Das öffentliche Wohl ist aber das Wohl der Allgemeinheit, nicht das Wohl der Majorität, nicht das Wohl der Mächtigen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen.) Das Privateigentum darf nicht zum Gegenstand der Willkür wechselnder Majoritäten werden, hat im Abgeordnetenhaus der

Führer einer großen Partei mit Recht gesagt. Wir richten an das hohe Haus den Appell, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß die Enteignungsvorlage nicht dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Wenn Stat werden wir Ihnen Gelegenheit geben, dies auch durch eine Abstimmung über eine Resolution festzustellen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Abg. Graf Hoppe (P.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abgegeben:

„Der dem preussischen Landtage vorliegende Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen verstößt nach unserer Auffassung gegen die in den Rechten aller Kulturvölker anerkannte Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz und gegen die durch das Bürgerliche Gesetzbuch und die Verfassung gewährleistete Unverletzlichkeit des Eigentums. (Sehr wahr! im Zentrum.) Außerdem bedeutet er einen Schritt zum sozialistischen Staat. (Sehr Zustimmung im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als Freunde der bedrohten Gesellschaftsordnung müssen wir uns gegen diese Vorlage umso mehr wenden, als sie nicht zur Verhöhnung der Bewohner der genannten Landesteile, sondern zur Verschärfung der Gegensätze unter ihnen führt und die Interessen der deutschen Bevölkerung innerhalb wie außerhalb der Grenzen des Reiches in weitem Umfange zu schädigen geeignet ist. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)“

Abg. v. Gerold (L.): Ich habe zu erklären, daß wir in Uebereinstimmung mit der von den verbliebenen Regierungen zu der Interpellation eingenommenen Stellung (Gelächter im Zentrum und links) die Zuständigkeit des Reichstages bei der Beantwortung der Interpellation entschieden ablehnen (Große Unruhe links) und die Einmischung des Reichstages in innere preussische Angelegenheiten entschieden zurückweisen. (Bravo! rechts. Erneuter stürmischer Widerspruch im Zentrum und links.)

Abg. Febr. v. Gamp (Rpt.): Meine Freunde schließen sich der Auffassung des Herrn Vordredner voll und ganz an. (Gelächter und Zurufe im Zentrum und links.)

Abg. Sieg (natl.): Wir haben und sehr wohl überlegt, ob wir eine ähnliche Erklärung abgeben sollen wie die Herren Vordredner. Wir haben davon Abstand genommen, und ich muß deshalb die Stellung meiner Freunde zu der Interpellation zum Ausdruck bringen. (Unruhe rechts.) Zunächst sind wir einmütig der Ansicht, daß die Erklärung des Herrn Staatssekretärs Dr. Rieberding durchaus das Richtige trifft! (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause, andauernde Unruhe.) Ich bringe Sie nicht raus! (Erneute große Heiterkeit.) Wie läßt sich nun das Vorgehen der preussischen Regierung erklären? In den letzten 20 Jahren ist das Bewußtsein der Nationalitäten aller Orten erstarkt, eben so auch bei den Polen. Die Polen Westpreußens haben von Alters her das Bestreben gehabt, mit den Polen der Nachbarstaaten in Fühlung zu bleiben; das kann im Falle eines Krieges zu einer eminenten nationalen Gefahr werden. (Lachen bei den Polen.) 1864, 68 und 70 haben die Polen ihre Pflicht getan, aber vorher lag es anders aus und heute würde es vielleicht auch anders aussehen im Kriegsfall. Wir bauen Festungen und sichern die Landesgrenzen auf jede Weise; deshalb müssen wir auch dafür sorgen, daß eine lokale Bevölkerung an der Grenze wohnt. Ich persönlich hätte es gern gesehen, daß im Geleis nicht nur die Enteignung gegen die Polen zum Ausdruck kommen darf.

Niemand wird einen enteigneten Großgrundbesitzer hindern, sich dort wieder anzulassen; aber ich glaube, er wird sich hüten, es zu tun, er zieht vielmehr nach Friedenau bei Berlin. (Große Heiterkeit.) Ein angesehener Nationalökonom, der der Linken nahe steht, Professor Schulte in Freiberg, spricht für die Enteignung aus Gründen des Staatswohls. Ueberhaupt baut sich unsere ganze Kultur auf der Enteignung auf. (Schallende Heiterkeit und Widerspruch.) Den polnischen Bauer und Arbeiter vertritt niemand, aber der polnische Arbeiter geht von selbst und ohne Grund weg und zieht nach Westfalen; sprechen Sie (zu den Polen) also nicht von der Liebe der Polen zur Scholle. (Zustimmung bei den National-Liberalen.) Die Vorlage ist sehr wohl vereinbar mit den Reichsgesetzen und wir müssen es dem Abgeordnetenhaus überlassen, ob es das Gesetz annimmt oder nicht. An Ihnen (zu den Polen) liegt es, ob es ausgeführt wird; es wird nicht ausgeführt werden, wenn Sie zu der Einsicht kommen, daß wir aufeinander angewiesen sind und in Eintracht und Liebe miteinander leben müssen. (Schallende Heiterkeit bei den Polen, lebhaftes Bravo! bei den National-Liberalen und rechts.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Dritte Beratung des Vertrages mit Belgien und Italien über die Werke der Literatur, Kunst und Photographie. 2. Dritte Beratung des Handels- und Schiffsahrtvertrages mit Montenegro. 3. Fortsetzung der heutigen Beratung. 4. Interpellationen betr. reichsgesetzliche Regelung des Knappschußwesens.

Schluß 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom Mittwoch, 15. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Prinz v. Rheinsbaben, Dr. Vejelez.

Die erste Lesung des Stats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Panknide (fr. Vg.): Der Finanzminister meinte, die Wahlrechtsfrage stehe mit dem Stat nur in losem Zusammenhang. Aber sie beherrscht doch die politische Situation. War die Zurückhaltung, die der Ministerpräsident in seiner Erklärung zur Wahlrechtsfrage zeigte, wirklich ein Gebot der Staatsloyalität? In einer Frage, die das Volk so tief bewegt, mußte sich Fürst Bülow als wahrhaft leitender Staatsmann zeigen, er mußte bestimmte Ziele aufstellen. (Sehr richtig! links.) Warum sagte Fürst Bülow nicht einmal die Einführung des geheimen Wahlrechts zu, nachdem er als Reichskanzler durch Einführung der Kolliergellen die Reichstagswahl noch geheimer gemacht hat! Interessant wäre es gewesen, wenn Abg. Gerold und gesagt hätte, wer von seiner Partei noch gegen die Uebertagung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ist. Es wird ja doch von Unmündigen in seiner Partei gesprochen. Bei uns herrscht darüber vollständige Einigkeit, und wer außerhalb des Hauses die Verdächtigung ansprechen würde, daß einzelne von uns gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen seien, so würde er sich der bewußten Unwahrheit schuldig machen. Es sind hier vielfach die Stragendemonstrationen erwähnt worden. Eine Folge derselben sehen wir jetzt in einem Artikel, der durch die konservative Presse geht, in dem betont wird, daß die Stragendemonstrationen den Fürsten Bülow nur in der Auffassung bestärken könnten, daß das Proletariat noch nicht reif sei für die Einführung des Reichstagswahlrechts! — Niemand von uns hat die Sozialpolitik so aufgefaßt, daß wir dadurch ein Opfer unserer Uebereizung werden sollten. (Sehr richtig! links.)

Bei der Einführung neuer Steuern muß die Belastung der breiteren Massen eine Korrektur erfahren durch stärkere Belastung der Reichenden. Davon, daß das Reich nur indirekte Steuern erheben darf, während die direkten Steuern den Einzelstaaten verbleiben sollen, steht nirgends etwas. (Zustimmung links.) Der Finanzminister lobte die Schutzpolizei. Tatsächlich ist aber die Schutzpolizei überpannt worden, und heute gelien sich ihre ungünstigen Folgen überall. Der Finanzminister sieht in der Einführung direkter Reichsteuern einen Eingriff in die Souveränität der Einzelstaaten. Aber damit kommen wir nicht weiter. Der Großgrundbesitz hat gewiß seine Existenzberechtigung, aber wo er überwiegt, muß er im Staatsinteresse eingeschränkt werden. Sehr zu bedauern ist, daß das niedere ländliche Unrichtswesen heute noch auf demselben Niveau steht wie vor 25 Jahren. (Hört! hört! links.) Wir haben einen neuen Kultusminister, lieber wäre uns ein Unterrichtsminister im Hauptamt. Soll der Wechsel im Kultusministerium mehr bedeuten als einen bloßen Personalwechsel, so darf Herr Holle das System Studt nicht einen Tag fortsetzen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Arnim-Rüseboom (kons.): Der Abg. Dr. Biemer sprach gestern von Zwingsburgern. Auf dem Lande gibt es die nicht. Sollte man von Zwingsburgern sprechen, so könnte man es nur in bezug auf die Bewohner derjenigen Paläste tun, die den Mittelpunkt ihrer geschäftlichen Tätigkeit in dem Palast in der Burgstraße haben (sehr richtig! rechts); sie sind die Herren, die die Situation im wirtschaftlichen Leben, zum Teil im politischen Leben, beherrschen. (Sehr richtig! rechts.) Bestreiten muß ich die Annahme des Abg. Dr. Biemer, daß das deutsche Volk durch indirekte Steuern überlastet sei; in anderen Ländern ist diese Belastung weit höher.

Abg. Dr. v. Wonna (freis.): Lebhaft bedauern muß ich es, daß das Zentrum durch Herrn Gerold sich für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter ausgesprochen hat. Gäßen die ländlichen Arbeiter ein Koalitionsrecht, dann könnten wir noch ganz andere Stragendemonstrationen erleben. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine grobe Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. In der Wahlrechtsfrage werden wir von unserer besonnenen (!) und fasthäftigen (!) Haltung nicht abgehen und uns von keiner Seite dahin drängen lassen, radikal (!) vorzugehen! (Bravo! rechts.)

Abg. Waco (natl.) führt eine Reihe von Einzelheiten zum Eisenbahn-Stat an, bleibt jedoch auf der Tribüne im Zusammenhang unverständlich.

Abg. Graf Braschka (Zentr.): Auf die Ausführungen meines Fraktionskollegen Gerold ist die Regierung nicht eingegangen, ich nehme also an, daß sie damit einverstanden ist. (Heiterkeit.) Abg. v. Wonna bezeichnte die Forderung des Abg. Gerold nach Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter als ungeheuerlich. Nun, diejenigen von uns, die sich über diese Frage ausgesprochen haben, haben stets gesagt, daß Koalitionsrecht könne auf die Dauer den ländlichen Arbeitern nicht weiter versagt werden. Sie können sicher sein, daß wir, wenn es so weit ist, alle Kautelen treffen werden, damit nicht die Folgen eintreten, die Herr v. Wonna befürchtet! Herr Dr. Biemer meinte, Abg. Gerold habe wehmütig gesprochen, weil wir nicht mehr die ausschlaggebende Partei sind. Wir befinden uns sehr viel wohler, seitdem wir das nicht mehr sind. Es war keine behagliche Lage, daß wir immer auf Remissionsangelegenheiten waren. Wir werden uns aber nicht ausschalten lassen, wenn es sich darum handelt, dem Liberalismus mehr als bisher Einfluß auf die Gesetzgebung zu geben, wir werden im Interesse des Volkes und des Vaterlandes Stellung dazu nehmen. Wir können warten, unsere Zeit wird wieder kommen, früher oder später! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Götthel (fr. Vg.): Die statistischen Zahlen, die uns hier über die Belastung der Bevölkerung in anderen Staaten mit indirekten Steuern angeführt sind, beweisen nichts. Zum Teil sind die anderen Staaten reicher, andererseits darf man nicht unberücksichtigt lassen die Belastung durch die direkten Steuern bei uns. (Sehr richtig! links.) Dem Abg. Gerold erwidere ich, daß wir uns lediglich von sachlichen Gründen leiten lassen, die Persönlichkeit des Fürsten Bülow kommt für uns nicht in Betracht. Wenn das Zentrum für ein gleiches Wahlrecht eintritt, so muß es auch für eine Neueinteilung der Wahlkreise eintreten. (Sehr richtig! links.)

Die Debatte wird geschlossen. Der Stat geht an die Budgetkommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr (Zweite Beratung der Polenvorlage).

Schluß 8 1/2 Uhr.

## Der Kühnemännerverband gegen den „Vorwärts“.

Der Verband der Metallindustriellen befolgt anscheinend die Taktik, den „Vorwärts“ durch gerichtliche Prozesse über unbedeutende Dinge zu ärgern. Eine Taktik, die schon deshalb keinen Erfolg haben kann, weil sie sich an ungeeigneten Mitteln zu erproben sucht und deshalb ihren Urheber mehr schadet wie dem, der durch solche Radelstiche getroffen werden soll. Erst kürzlich hatten wir einen Verleumdungsprozeß, wo hinter dem nominellen Kläger der Verband der Metallindustriellen als wirklicher Kläger stand. Ein zweiter Prozeß ganz derselben Art spielte sich am Mittwoch vor den Schranken des Schöffengerichts ab. In diesem Falle traten die Brüder Moritz, Inhaber einer Musikinstrumentenfabrik, als Kläger gegen unseren verantwortlichen Redakteur Weber auf. Die Fabrikanten Moritz fühlten sich beleidigt durch einen Artikel im „Vorwärts“ vom 17. September v. J., welcher einen Streik in der Moritzschen Fabrik bespricht und dabei Mitteilungen macht über die bei Moritz üblichen Löhne und die Umgangsformen, deren sich der Chef im Verkehr mit Arbeitern bediente.

Es handelt sich bei dieser Klage um eine Angelegenheit von recht untergeordneter Bedeutung. Aus diesem Grunde war auch Weber bereit, der Anzöger des Gerichtsverfahrens zu folgen und sich mit dem Kläger in annehmbarer Form zu vergleichen. Rechtsanwält Hennigson, der die Klage vertrat, lehnte jedoch von vornherein jeden Vergleich ab. „Weil der Verband der Metallindustriellen dahinter steht“, wie Weber sagte. Rechtsanwält Hennigson bestätigte diese Annahme durch die Bemerkung: „Wir sind der Meinung, wenn zahlreiche Prozesse gegen den „Vorwärts“ geführt werden, um die Unwahrheit seiner Angaben darzutun, so wird das auf den Ton des „Vorwärts“ mächtig einwirken.“ — Also mit anderen Worten: Herr Hennigson und seine Auftraggeber wollen durch gerichtliche Prozesse dem „Vorwärts“ die Regeln des „guten Tones“ beibringen. Daß der Herr Anwalt dazu nicht der geeignete Mann ist, das hat er durch sein Auftreten in der Verhandlung bewiesen, und die Verhandlung selbst hat dargetan, daß auch der unter Anklage stehende Artikel nicht geeignet ist, den Klägern Material für ihre Prozeße zu bieten.

In unserem Artikel wird behauptet, daß Moritz einem bei ihm beschäftigten Arbeiter unlänglich eines Konflikts

Sandseifen angeboten

hat. — Diese Tatsache geben die Kläger selbst zu. Auch zwei Zeugen, die damals bei Moritz arbeiteten, bestätigen es und bekunden ferner, daß sich Moritz den Arbeitern gegenüber oft eines schroffen Tones bediente und bei jedem Konflikt mit dem Sachmann drohte. Es kam nämlich öfter vor, daß Arbeiter, weil sie mit den Löhnen nicht zufrieden waren, aufhören wollten. Dann kam es zum Wortwechsel zwischen den Arbeitern und Herrn Moritz und dieser drohte bei solchen Gelegenheiten immer damit, daß er den Sachmann holen werde. Die Zeugen geben für diese Drohung die Erklärung: Die Moritzschen Arbeiter seien alle Ausländer. Durch die Drohung mit der Polizei sollte ihnen nahegelegt werden, daß sie ihre Ausweisung zu befürchten hätten, wenn sie sich nicht den Bedingungen fügten, die Herr Moritz stellte.

„Wir hatten den Eindruck, wenn wir uns irgendwie rühren, dann veranlaßt Herr Moritz unsere Ausweisung.“

sagte einer dieser Zeugen. Weiter heißt es in unserem Artikel: „Die Firma zahlte bei zehnständiger Arbeitszeit Löhne von 35 und 37 Pf. Der Höchstlohn für den Werkführer betrug 50 Pf. pro Stunde.“ Ferner ist die Rede von einem Arbeiter mit 35 Pf. Wochenlohn. — Diese Angaben werden von den Klägern bestritten. Zwei Zeugen, die in der Fabrik arbeiteten, bestätigten, daß zu jener Zeit tatsächlich Löhne von 35 bis 50 Pf. gezahlt worden sind und daß der Werkführer 50 Pf. Wochenlohn erhielt.

Eine dritte Angabe unseres Artikels ist die: Als alle Arbeiter der Moritzschen Fabrik die Arbeit niedergelassen hatten und Moritz sie als entlassen erklärte, da wollten sie ihren Lohn haben, aber Moritz habe einen der

Arbeiter angefaßt,

ihn zur Tür hinausgeschoben und gerufen: „Hau, ihr Roggen,







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 16. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Wda. Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.  
Deutsches Theater. Kammerstücke. Frühling. Erntedankfest (Anfang 8 Uhr.)  
Thalia. Er und seine Schwester. Leistung. Kaiser Karls Geisel. Anfang 8 Uhr.

Vorhing. Der Trompeter von Säckingen.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Reiterattacke.**  
Schwan in 3 Akten von Stobber und Fritz Friedmann-Friedrich.  
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Hermannsschlacht.**  
Sonabend, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kollege Crampton.**  
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Freitag, abends 8 Uhr: **Philister.** Hieraus: **Die Lore.**  
Sonabend, abends 8 Uhr: **Rosmersholm.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg.  
Freitag abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burdhardt: **Felix Weingartner.** Erläutert durch Instrument.  
Sonabend nachm. 3 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Paul Schüring. Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser Friedrich-Museums. Mit Lichtbildern.  
Sonntag abends 9 Uhr: Erste Vorlesung von Dr. Max Burdhardt: **Das deutsche Lied.**

Zentral-Theater.  
Gastspiel des Heibel-Theaters.  
Abends 8 Uhr: **Fran Warrens Gewerbe.**  
Drama in 4 Akten von Bernh. Schim.

Luisen-Theater.  
Reichenbergerstr. 31.  
Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**  
Freitag: Das Heiratsgefährt.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: **War und Pax.** Abends: **Krieg im Frieden.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Krieg im Frieden.** Abends zum erstenmal: **Wallensteins Tod.**  
Kantate: **Wallensteins Tod.**

Theater an der Spree.  
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke.  
Täglich 8 Uhr: **Hokuspokus.**  
Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Hermann.

Bernhard Rose Theater.  
Pr. Kautschuckerstr. 132.  
Abends 8 Uhr: **Die arme Mieke.**  
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.  
Freitag: **Die arme Mieke.**

Rixdorfer Theater.  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonntag, den 19. Januar 1908:  
Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).  
**Der Troubadour.**  
Oper in 4 Akten von Verdi.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.  
Anfang präzise 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.  
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.  
Rauchen gestattet.  
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

Apollo Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**La belle Alexia, des Tanzes.**  
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.  
Siegwart Genes in seiner Opernprobe.  
Hymnack.  
Der Mann mit den Handschuhen.  
Die 3 goldenen Jungfrauen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (kleine Preise) Familienvorstellung.

Wintergarten.  
Neues Programm.  
**Ruth St. Vincent**  
Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**  
reizende Radfahrkünstlerinnen.  
Hoches Affen.  
**Der Affe als Kapellmeister.**  
**Robert Steidl**  
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Residenz-Theater.  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Ganz der Papa.**  
Schwan in 3 Akten von Ward und Desoblières. Deutsch v. W. Schönau.  
Baren des Waldes: Rich. Alexander.  
Sonabend, den 18. Januar zum erstenmal: **„Vibi.“**  
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu versprechen?**

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

## Urania

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.

Kairo und die Pyramiden.  
Hörssaal 8 Uhr:  
Prof. Rathgen: Einführung in die anorganische Experimentalchemie. II. Teil: Die Metalle.

Zentral-Theater.  
Gastspiel des Heibel-Theaters.  
Abends 8 Uhr: **Fran Warrens Gewerbe.**  
Drama in 4 Akten von Bernh. Schim.

Luisen-Theater.  
Reichenbergerstr. 31.  
Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**  
Freitag: Das Heiratsgefährt.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: **War und Pax.** Abends: **Krieg im Frieden.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Krieg im Frieden.** Abends zum erstenmal: **Wallsteins Tod.**  
Kantate: **Wallsteins Tod.**

Theater an der Spree.  
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke.  
Täglich 8 Uhr: **Hokuspokus.**  
Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Hermann.

Bernhard Rose Theater.  
Pr. Kautschuckerstr. 132.  
Abends 8 Uhr: **Die arme Mieke.**  
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.  
Freitag: **Die arme Mieke.**

Rixdorfer Theater.  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonntag, den 19. Januar 1908:  
Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).  
**Der Troubadour.**  
Oper in 4 Akten von Verdi.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.  
Anfang präzise 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.  
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.  
Rauchen gestattet.  
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

Apollo Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**La belle Alexia, des Tanzes.**  
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.  
Siegwart Genes in seiner Opernprobe.  
Hymnack.  
Der Mann mit den Handschuhen.  
Die 3 goldenen Jungfrauen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (kleine Preise) Familienvorstellung.

Wintergarten.  
Neues Programm.  
**Ruth St. Vincent**  
Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**  
reizende Radfahrkünstlerinnen.  
Hoches Affen.  
**Der Affe als Kapellmeister.**  
**Robert Steidl**  
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Residenz-Theater.  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Ganz der Papa.**  
Schwan in 3 Akten von Ward und Desoblières. Deutsch v. W. Schönau.  
Baren des Waldes: Rich. Alexander.  
Sonabend, den 18. Januar zum erstenmal: **„Vibi.“**  
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu versprechen?**

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Reiterattacke.**  
Schwan in 3 Akten von Stobber und Fritz Friedmann-Friedrich.  
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Hermannsschlacht.**  
Sonabend, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kollege Crampton.**  
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Freitag, abends 8 Uhr: **Philister.** Hieraus: **Die Lore.**  
Sonabend, abends 8 Uhr: **Rosmersholm.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg.  
Freitag abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burdhardt: **Felix Weingartner.** Erläutert durch Instrument.  
Sonabend nachm. 3 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Paul Schüring. Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser Friedrich-Museums. Mit Lichtbildern.  
Sonntag abends 9 Uhr: Erste Vorlesung von Dr. Max Burdhardt: **Das deutsche Lied.**

Zentral-Theater.  
Gastspiel des Heibel-Theaters.  
Abends 8 Uhr: **Fran Warrens Gewerbe.**  
Drama in 4 Akten von Bernh. Schim.

Luisen-Theater.  
Reichenbergerstr. 31.  
Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**  
Freitag: Das Heiratsgefährt.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: **War und Pax.** Abends: **Krieg im Frieden.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Krieg im Frieden.** Abends zum erstenmal: **Wallsteins Tod.**  
Kantate: **Wallsteins Tod.**

Theater an der Spree.  
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke.  
Täglich 8 Uhr: **Hokuspokus.**  
Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Hermann.

Bernhard Rose Theater.  
Pr. Kautschuckerstr. 132.  
Abends 8 Uhr: **Die arme Mieke.**  
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.  
Freitag: **Die arme Mieke.**

Rixdorfer Theater.  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonntag, den 19. Januar 1908:  
Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).  
**Der Troubadour.**  
Oper in 4 Akten von Verdi.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.  
Anfang präzise 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.  
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.  
Rauchen gestattet.  
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

Apollo Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**La belle Alexia, des Tanzes.**  
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.  
Siegwart Genes in seiner Opernprobe.  
Hymnack.  
Der Mann mit den Handschuhen.  
Die 3 goldenen Jungfrauen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (kleine Preise) Familienvorstellung.

Wintergarten.  
Neues Programm.  
**Ruth St. Vincent**  
Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**  
reizende Radfahrkünstlerinnen.  
Hoches Affen.  
**Der Affe als Kapellmeister.**  
**Robert Steidl**  
der beliebte Humorist, und viele andere erstklassige Spezialitäten.

Residenz-Theater.  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Ganz der Papa.**  
Schwan in 3 Akten von Ward und Desoblières. Deutsch v. W. Schönau.  
Baren des Waldes: Rich. Alexander.  
Sonabend, den 18. Januar zum erstenmal: **„Vibi.“**  
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu versprechen?**

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

## Zirkus Schumann

Donnerstag, 16. Jan., abends 7 1/2 Uhr:  
— Um 9 1/2 Uhr zum 25. Male —  
Ende gegen 11 Uhr:  
Das Tagesgespräch von Berlin!

## Amerika

zur Zeit des Bürgerkrieges.  
Erfolgreich u. Trachten 1861—1863

## Cowboyexerziten

auf importierten Maultieren.  
Festtag auf dem

## Broadway in New York.

Feuerwehr aller Nationen.  
Eine

## Dampfspritze in Tätigkeit.

Glänzende Licht- und Wassereffekte.

## Theater Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Berlins Tagesgespräch!

## Mal was Anderes.

Revue in 3 Bildern.  
Dunkle Punkte.  
Eine anständige Frau.  
Anfang 8 Uhr.

## Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Sonntag nachm.: Gastions Frauen.

## XIII. Saison.

## Zirkus Busch

Donnerstag, den 16. Januar 1908  
abends 7 1/2 Uhr: Galavorstellung.  
The Kremo Family, 10 Verj. Bros.  
Clarkoniaks aus Amerika. Das  
Phänomenale auf dem Gebiete  
der Luftgymnastik. Auftreten des  
Herrn Kommissionsrats Gustav  
Stensbeck, Direktor des Berliner  
Lotterielas als Gast. Außerdem  
Hrl. Gräfin Breunel, Schulführerin.  
Herr Ernst Schumann, Reudress.  
Um 9 1/2 Uhr: **Auf der Galtig!**  
Hr. Kamege-Klub. Pant d. Zirkus  
Busch in 4 Bildern. Sturm und  
Schiffuntergang. Die Wunder  
der Tiefsee.

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Sommerstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung!

## Der Sonnenhof.

Goldstück in 5 Akten von Reichenh.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Freitag zum letztenmal: **In der Irre.**

## Gebr. Herrnfeld-

## Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Abends 8 Uhr:  
••• Der Gipfel •••  
Herrnfeld'schen Humors

## Papa

## und Genossen.

Sonntag nachmittags 3 Uhr bei  
halben Preisen:  
**Endlich allein!**  
und  
**Der Fall Blumentopf**

## Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.  
Zum 75. Male:  
Vorletzte Aufführungen

## Zapfenstreich,

## Tannhäuser.

## Monna Vanna.

## Kajino-Theater.

Lehringerstr. 57. Täglich 8 Uhr:  
Nur noch bis Donnerstag,  
den 16. Januar:  
**Biederleute.**  
Freitag, 17. Januar: Zum 1. Male:  
**Die Freuden der Gaudigkeit.**  
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

## Reichshallen-Theater.

## Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-  
Restaurant:  
Bockbierfest mit groß.  
Militär-Konzert.

## Sanssouci

Kottbuser  
Straße 6  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Heute sowie jed. Sonntag  
und Montag:  
**Hoffmanns**  
**Nordd. Sänger**  
u. **Tanzkränzchen.**  
Sachinteressantes Progr.  
Aktuelle Schläger!  
Beg. Sonntag, Wochent. 8 U.

## Gustav Behrens-

## Theater.

Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Das glänz. Januar-Programm.  
Die berühmte Jahnke-Compagnie,  
Rathausplatz ohne Konkurrenz.  
**Vater und Sohn.**  
Vollständig mit Gesang.  
Außerdem: 16 Spezialitäten.  
Jeden Abend: Duzkes Kinematograph  
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Große Kinder-Vorstellung.**  
10, 20 und 30 Pf.  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.

## Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Rudolf Mälzer**  
15 erste Klasse 15.  
Sonabend, den 18. Januar:  
Erstes großes  
schwarz-weiß-rotes  
**Karnevals-Fest**  
Einheitspreis 3 M.  
Gültig f. alle vereinigt. Etablissemen.

## Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

Direkt bezogene Ungar., Tisch- und  
Reduzirte Preise in Flaschen zu Original-  
preisen. In haben bei Richard Heinke,  
Bäckerstr. 2. 101/16

# Haben Sie schon

die

## Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

### Biogr-Theater „Westend“

Neu! Elegant! Interessant!  
Täglich Vorstellung von 6—11 Uhr.  
Sonntags von 3—11 Uhr.  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stiegliger Eingang von Reuhelden.

# Freie Volksbühne

Freitag, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr:  
Lortzing-Theater: **Die Entführung aus dem Serail.**  
Luisen-Theater: **Erziehung zur Ehe.**  
Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

## Gastkarten a 1 Mark

in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr:  
Berliner Theater | Neues Schauspielhaus  
19./20. Abteilung: | 4./5. Abteilung:  
**Ledige Leute.** | **Iphigenie auf Tauris.**

Montag, den 20. Januar 1908, 8 1/2 Uhr:  
**26. Kunstabend im Rathause:**  
**Deutsche Romantik.**  
Eintrittskarten a 30 Pf. nur noch in den Zahlstellen zu haben.  
Einleitender Vortrag: Herr Friedrich Stampfer.  
Vortrag u. Rezitation: Herr Magnus Stift vom Berliner Theater.

Ordner-Sitzung, Sonnabend, den 18. Januar,  
abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Die Zahlstelle Nr. 13 befindet sich jetzt bei  
Lohaus, Theaterstraße 63, Ecke Frankfurter Allee.  
240/3 Der Vorstand. In Vertz.: G. Winkler.

### Stadt-Theater Moabit.

III-Moabit 47—49.  
Donnerstag, den 16. Januar 1908:  
**Die goldene Spinne.**  
Schwan in 4 Aufzügen von  
Fr. v. Schöthan.  
Nach der Vorstellung:  
**Großer Ball.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

### Borussia

Variété-Theater  
und Festsäle  
Inh.: J. Leschkowski.  
Ackerstraße 6-7.  
Täglich:  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

### Palast-Theater

Burgstraße 21.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.  
Der  
Januar-Spielplan.  
Les 4 Orans.  
Paul Richard.  
Manöverliebe.  
Dienstag.

### Arnold Scholz. Neue Welt.

Nasenheide  
No. 108—114.  
Großartige, vollständig neue  
**Riesen-Festsaal-Dekoration**  
aus der Theatermalerei Franz Schulz, Pappel-Allee.  
Täglich! Täglich! Täglich!  
**Großes Bayerisches Bockbier-Fest.**  
Heute abend 10 1/2 Uhr:  
**Prämierung des längsten Zopfes.**  
3 Preise! 3 Preise!  
**75,- Mark, 50,- Mark, 25,- Mark.**

### Palast-Theater

Burgstraße 21.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.  
Der  
Januar-Spielplan.  
Les 4 Orans.  
Paul Richard.  
Manöverliebe.  
Dienstag.

### Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Rudolf Mälzer**  
15 erste Klasse 15.  
Sonabend, den 18. Januar:  
Erstes großes  
schwarz-weiß-rotes  
**Karnevals-Fest**  
Einheitspreis 3 M.  
Gültig f. alle vereinigt. Etablissemen.

### Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

### Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

### Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

### Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

### Walzer- u. Operettenabend

Dienstag:  
**Walzer- u. Operettenabend**  
Dienstag.

Direkt bezogene Ungar., Tisch- und  
Reduzirte Preise in Flaschen zu Original-  
preisen. In haben bei Richard Heinke,  
Bäckerstr. 2. 101/16



Prozeß Peters—v. Bennigsen.

Köln, 15. Januar 1908.

(Telegraphischer Bericht)

Schlichter Verhandlungstag.

Als nach dreitägiger Pause wurden heute früh die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Parteien waren wieder vollständig zur Stelle. Nach Eröffnung der Sitzung bemerkt der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Kuhl: Bevor wir an die Fortsetzung der Verhandlungen gehen, wollte ich die Frage anregen, ob ein Vergleich

möglich sei. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß die Parteien Vorschläge entgegenzunehmen bereit sind. — Privatbeklagter v. Bennigsen: Ich würde einen Vergleich ablehnen. — Vorsitzender: Jedem — v. Bennigsen: Ja. — Hierauf wird das Protokoll des am Montag, den 13. Januar, in Stuttgart kommissarisch vernommenen früheren Gouverneurs von Ostafrika, des jetzigen württembergischen Statthalter und Ministerpräsidenten Julius

Freiherrn v. Soden

verlesen. Freiherr v. Soden hat hiernach ausgesagt: Als Dr. Peters Juni 1891 in Tanga eintraf, wohin er von Dar-es-Salam gekommen war, erklärte ich ihm dem Sinne nach: Sehen Sie zu, wie Sie zurecht kommen, hätten Sie sich davor, daß Sie nicht selbst totgeschlagen werden, denn ich kann Ihnen nicht helfen. Mit meiner Zustimmung engagierte Dr. Peters Freiherrn v. Beckmann und Johannes für seine Expedition. Trotzdem diese ihre Befolgung vom Reich erhielten, waren sie doch keine Reichsbeamten. Für das Gebiet, das Dr. Peters durchzog, lag die Strafrechtsprechung in meinen Händen, er war also den Eingeborenen gegenüber Herr über Tod und Leben. Doch nahm ich als selbstverständlich an, daß er seine weitgehenden Befugnisse mit der äußersten Gewissenhaftigkeit ausüben würde. Ich war nicht in der Lage, Dr. Peters eine größere Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, weil die damals vom Reich bewilligten Mittel recht knapp waren. Anfangs 1892 erhielt ich einen Brief von Bischof Smithies aus Magila, worin er mir mitteilte, daß Dr. Peters die Leute schlecht behandle, und mich bat, dafür zu sorgen, daß kein Unglück geschehe. Dr. Peters habe ein Mädchen, eine Konfubine, und einen Boy aufhängen lassen. Bischof Smithies meinte, er könne sich nicht denken, daß das mit dem Willen des Deutschen Reiches geschehen sei. Ich antwortete dem Bischof, daß ich vorläufig gegen seine Darstellung protestieren müsse, und schrieb an Dr. Peters, weshalb er mir über diese Vorgänge nicht berichtet habe. Dr. Peters antwortete, er habe nur darüber nichts geschrieben, um mich nicht unangenehm zu berühren. Er habe einen Boy aufhängen lassen wegen fortgesetzter Diebstähle auf der Station und er habe ein Mädchen aufhängen lassen, weil sie mehrmals entflohen sei und weil für nochmaligen Mordversuch die Todesstrafe angedroht war. Es sei damals zu befürchten gewesen, daß sie mit dem Feinde eine Verschwörung anzetteln würde. Ich berichtete nach Berlin, daß ich eine

Sonderuntersuchung für angebracht

hielte, wobei ich auch die Rechtsfrage anregte, wer zur Einleitung einer solchen Untersuchung zuständig sei. Zunächst forderte ich den Chef der Schutztruppe Johannes auf, Ermittlungen anzustellen. Zu einer förmlichen Untersuchung kam es aber nicht, weil die beteiligten Personen inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt waren. Ich hatte auf Grund von Neußerungen in der Schutztruppe die Anschauung gewonnen, daß die Hinrichtung des Mädchens ein

Akt der Rohheit

war. Die Vox populi der Schutztruppe war nämlich gegen Dr. Peters. Kolonialdirektor Dr. Kayser leitete jedoch

keine Untersuchung

ein, er schrieb, dazu liege kein Anlaß vor. Dann berichtete ich an Reichskanzler Caprivi, daß Dr. Peters ein Mädchen habe aufhängen lassen, weil es nicht bei ihm bleiben wollte. Ich mußte das für richtig halten auf Grund der mir von Angehörigen der Schutztruppe gemachten Mitteilung. Hätte ich Beweise für diese Behauptungen in Händen gehabt, so würde ich auf eigene Verantwortung ein förmliches Verfahren eingeleitet haben. Die Voraussetzung für die Einleitung eines solchen Verfahrens war aber, daß die Behauptungen der Beteiligten erwiesen waren. Ich war der Vorgesetzte des Dr. Peters und hatte ihm Instruktion zu erteilen. Nach meiner Annahme gehörte es zu seinen Pflichten, mir Bericht zu erstatten über Todesurteile und Hinrichtungen. Es wird nunmehr der Bericht des Gouverneurs v. Soden an Reichskanzler Caprivi verlesen. Aus dem ersten Bericht wird der Satz verlesen, daß er, Freiherr v. Soden, es nicht für richtig halte,

einen derartigen Vorfällen weiter an verantwortungsvoller Stelle zu lassen.

Der zweite Bericht an Graf Caprivi lautet:

Dr. Peters hat sich von einem Häuptling ein Mädchen schenken lassen, das Mädchen war damit nicht einverstanden und wollte wieder nach Hause. Dr. Peters ließ es aber nicht laufen und sperrte es ein. Als das Mädchen doch einen Fluchtversuch machte, ließ er es hängen. Die Tatsachen sind so einfach, daß sie für den, der sie verstehen will, keiner Begründung bedürfen. Der angeblich gute Glaube des Dr. Peters, daß die Regerin konspiciert habe, so daß die Sicherheit der Station und der Europäer gefährdet gewesen sei, ist

geradezu eine Raivoität.

Es ist ganz undenkbar, daß ein Mädchen in so gefährlicher Weise konspizieren kann. Selbst Dr. Peters schämt sich seiner Taten, denn er erwähnt in seinen Berichten die Hinrichtungen mit keinem Worte. Ich bitte zu erwägen, ob es nicht richtig ist, gegen den Täter einzuschreiten, ferner zu erwägen, ob es richtig ist, einen solchen Mann wie Dr. Peters zum Mitarbeiter zu haben.

Hierauf gelangen die beiden früheren Aussagen des Freiherrn v. Soden in den Verteidigungsprozeß des Dr. Peters gegen Dr. Friedl Martin und gegen den Redakteur der „Münchener Post“, Gruber, zur Verlesung. In dem Prozeß gegen Dr. Friedl Martin hat Freiherr v. Soden bezeugt: Ich war zu jener Zeit Vorgesetzter des Dr. Peters. Da die Sache 13 Jahre her ist, kann ich über Einzelheiten nicht mehr Auskunft geben. Soviel ich weiß, hat v. Soden auf meine Aufforderung mir einen offiziellen Bericht gesandt, in dem er das Verhalten des Dr. Peters zu

beschönigen suchte.

Ich hatte von beiden Hinrichtungen durch Bischof Smithies Kenntnis erhalten, der mit der englischen Presse gedroht hatte, wenn nicht amtlich gegen Dr. Peters eingeschritten würde. Darauf forderte ich Dr. Peters amtlich zur Berichterstattung auf und er rechtfertigte seine Handlungsweise mit politischen Gründen. v. Soden bestätigte diese Darstellung im offiziellen Bericht. Kurz darauf kam wieder ein Brief Saldows worin er den offiziellen Bericht des abgeurteilten

und die Vorwürfe des Bischof Smithies bestätigte.

Nach diesen Vorwürfen war die Hinrichtung des Mädchens allerdings auf geschlechtliche Motive zurückzuführen. Ich beabsichtigte, gegen v. Saldow wegen seines merkwürdigen Verhaltens eine Untersuchung einzuleiten, dies wurde aber durch den frühen Tod v. Saldows vereitelt. Privatim sagte er zur Rechtfertigung, er habe Dr. Peters als Vorgesetzten und deutschen Beamten nicht bloß stellen wollen. Ob Dr. Peters mir bewußterweise eine falsche dienstliche Meldung erstattete, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich hielt jedenfalls auf Grund des Briefes des Bischofs Smithies Erhebungen an und gewann den Eindruck, daß Anlaß zur Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegeben sei. Da ich meinerseits Zweifel hatte, ob ich zur Führung der Untersuchung zuständig sei, beauftragte ich beim Reichskanzler Grafen Caprivi im Jahre 1892 die Untersuchung gegen Dr. Peters, erhielt aber den Bescheid, daß man eine

Untersuchung nicht für angezeigt

halte. Diese Untersuchung hätte volle Klarheit geschafft. Da sie nicht durchgeführt wurde, kann ich nicht beurteilen, ob die über Dr. Peters aufgestellten Behauptungen richtig sind. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß ein Regierin gefährliche Konspiration treiben kann. Wenn Dr. Peters wirklich derartiges beabsichtigte, brauchte er entweder keine Weiber zu sich zu nehmen, oder wenn sie gefährlich wurden, nach der Küste oder sonstwohin abzuheben. Die Hinrichtung der Jagodja wegen politischer Konspiration halte ich nicht für gerechtfertigt. Das war schon damals meine Ansicht und auf diesem Standpunkt siehe ich noch heute. Daß Dr. Peters mit der Jagodja geschlechtlich verkehrte und daß bei der Hinrichtung geschlechtliche Motive mitwirkten, wurde damals allgemein behauptet. Beweise für diese Behauptung habe ich allerdings nicht, das hätte nur die damals von mir beauftragte Untersuchung aufklären können. Aber wenn ich auch nicht weiß, warum die Jagodja hingerichtet ist, so bin ich doch der Meinung, daß die Hinrichtung unndig war. Diese Weiber werden meistens gegen ihren Willen verschifft und sie benutzen jede Gelegenheit, um wieder zu ihren Angehörigen zu kommen. Daß das Arztesgericht eine rechtliche Form gehabt habe, kann man nicht sagen. Der Privatkläger hatte die Disziplinalgewalt und hätte das Urteil ohne Zuziehung von Zeugen fällen können. Wenn er v. Beckmann und Johnte zuzog, so geschah das offenbar, um sich zu decken. Ein Widerspruch dieser beiden Männer, die keine Angestellten waren, hatte Dr. Peters nicht zu befürchten, so daß man sagen kann, die Zuziehung dieser beiden war

eine Farce.

Daß ich die Hinrichtung des Mädchens als eine gemeine Rohheit bezeichnet habe, bestreite ich nicht. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht und es auch in den amtlichen Berichten so erwähnt. Dr. Peters hatte kein Recht, ihm geschenkte Frauen wegen Desertion zu bestrafen. Der Ausdruck Desertion erscheint mir unangebracht. Ganz abgesehen vom moralischen Standpunkte, hätte Dr. Peters sich nicht mit diesen Weibern eingelassen, so wäre es nicht zu derartigen Szenen gekommen. Ich gebe zu, daß für Dr. Peters eine Verpflichtung zur Berichterstattung nicht bestand, ich hätte jedoch von ihm erwartet, daß er mir auch von den Hinrichtungen Bericht erstattete. Es ist sehr wohl möglich, daß ich in meinen Berichten an den Reichskanzler mit Bezug auf Dr. Peters von einem „Mädchen“ und mit Bezug auf seine Handlungen von Rohheit gesprochen habe. Einzelne Worte entsinne ich mich nicht mehr, ich kann jedoch betonen, daß ich die allgemeine Entkräftung über das Vorgehen des Dr. Peters teilte und dabei von der Voraussetzung ausging, daß Dr. Peters ein Frauenzimmer, mit dem er geschlechtlich verkehrte hatte, nachher hätte hingerichten lassen. Es ist auch weiter richtig, daß zwischen mir und dem Kolonialdirektor Dr. Kayser es darüber zu Differenzen kam, weil Dr. Kayser es ablehnte, die Untersuchung gegen Dr. Peters einzuleiten. Ich hielt diese Untersuchung im Interesse der deutschen Beamtschaft und zur Aufklärung der Sache für notwendig. Jedenfalls mußte Dr. Peters, da die Untersuchung gegen ihn abgelehnt wurde, in seiner Ansicht bekräftigt werden, daß er richtig gehandelt habe. Ich hatte übrigens von Dr. Peters selbst erwartet, daß er, da er

von Smithies als Mörder bezeichnet

war, sich dagegen verwahren würde, zumal zu befürchten war, daß die englische Presse sich der Sache bemächtigen würde. Smithies starb bald darauf, sein Nachfolger war Bischof Zuder, dessen Name in der Peters-Affäre eine so große Rolle spielt, der in Wirklichkeit aber mit der ganzen Sache nichts zu tun hat. — Diese Vernehmung fand am 18. Juni 1907 statt. Am 24. Juni 1907 wurde Freiherr v. Soden im Verteidigungsprozeß des Dr. Peters gegen den Redakteur der „Münchener Post“ Gruber nochmals eidlich vernommen. Er bezog sich im wesentlichen auf die vorhergehenden Bekundungen, die er nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Auf die Frage, ob der Zeuge Zweifel an der Sachverständigenqualität Eugen Wolffs gehabt und ob er ihn aus Ostafrika ausgewiesen habe, hatte Freiherr v. Soden folgendes erwidert: Eugen Wolff ist nicht von mir, sondern gegen meinen Willen und ohne mein Wissen vom Reichskanzler direkt aufgeführt worden, das Gebiet zu verlassen, weil der Reichskanzler glaubte, daß Wolff durch die vielfachen alarmierenden Telegramme und Berichte mir meine Stellung erschwere. Eine unehrenhafte Handlung Wolffs ist mir nie bekannt geworden.

Dr. Peters: Ich möchte mir nur erlauben zu diesen Ausführungen des Herrn v. Soden folgendes zu sagen: Es bestand ein Gouvernement in Dar-es-Salam und ein Reichskommissariat am Kilimandscharo. Eine Abgrenzung meiner Befugnisse hatte nicht stattgefunden, eine Vorchrift über Berichterstattung war mir nicht auferlegt worden. Ich hatte mit dem Gouverneur nur vereinbart, daß ich ihm über alle wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse berichten sollte. Ich hatte Gewalt über Leben und Tod. Ueber juristische Maßnahmen habe ich niemals berichtet. Zwischen Herrn v. Soden und mir bestand über die kolonialpolitische Auffassung und die Behandlung schwarzer Rebellen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. —

v. Bennigsen: Ich möchte nur das eine dazu bemerken, daß Herr v. Soden nicht von der Küste in das Innere gekommen ist und daher nicht imstande war, zu beurteilen, ob die Verhältnisse am Kilimandscharo gefährlich waren oder nicht. Herr v. Soden sagte in jedem Falle die Stellung zu Dr. Peters so auf, daß Dr. Peters ihn über alle wichtigen Ereignisse — dahin gehören naturgemäß Todesurteile und Hinrichtungen — berichten würde. In dieser Annahme wird man bestärkt dadurch, daß Dr. Peters sonst selbst über die unwichtigsten Dinge berichtete.

Dr. Peters: Herr v. Soden ersuchte um Verichterstattung über wirtschaftliche und politische Verhältnisse. Dabei habe ich ihm über alle wirtschaftlichen Dinge, selbst über so ziemlich erhebende Dinge wie über die Radieserzeugung berichtet. Ueber Gerichtsurteile habe ich niemals berichtet. — v. Bennigsen: Danach scheint der Kläger anzunehmen, daß die Hinrichtung des Mädchens und der Jagodja mit den politischen Verhältnissen am Kilimandscharo nicht in Verbindung steht, sonst hätte er doch nach der Vereinbarung zwischen ihm und Herrn v. Soden gerade darüber berichten müssen. — Justizrat Sello: Ich bitte den Kläger zu fragen, ob es richtig ist, daß der Reichskanzler

1896 alles versuchte, um ihm die Landeshauptmannschaft am Tanganyika zu übertragen, daß er es aber abgelehnt hat. — Dr. Peters: Das ist richtig. Als 1895 Abg. v. Volkmar im Reichstag den Fall zur Sprache gebracht hatte, ersuchte ich um eine Disziplinaruntersuchung. Das ist das, was ich immer als die zweite Untersuchung gegen mich bezeichnete. Die Folge war, daß mir im April 1895 die Landeshauptmannschaft am Tanganyika angeboten wurde, mit erhöhtem Gehalt und größerer Vollmacht. Ich lehnte es aber ab, weil die Vollmachten mir nicht ausreichend erschienen zu einer erfolgreichen Arbeit.

v. Bennigsen: Ich bestreite, daß dieses Angebot die Folge einer Disziplinaruntersuchung war, ich halte es aber für unmöglich, hier alle komplizierten Verhältnisse einzugehen. — Der Vorsitzende bringt dann dem mit einem Ansuchen des Reichskolonialamtes eingegangenen Briefwechsel zwischen Dr. Peters und dem Major Kentrid zur Verlesung. Die betreffenden Schreiben sind in englischer Sprache abgefaßt und von dem Dozenten der Handelshochschule in Köln, Harzmann, übersetzt. In dem ersten Briefe schreibt Dr. Peters an den Major Kentrid: „Lieber Major, ich höre soeben, daß Sie glauben, im Besitze eines von mir an Bischof Zuder geschriebenen Briefes zu sein. Wenn dies der Fall sein sollte, würden Sie mich zu großem Danke verpflichten, wenn Sie sämtliche Briefe von mir in Ihren Händen dem Ueberbringer dieses Briefes gütigst übergeben wollten. Mit freundlichem Grusse Ihr ganz ergebener Dr. Peters.“ Es folgt dann ein Brief aus Dundee, den Major Kentrid an den Legationssekretär Graf Hayfeldt geschrieben hat, in dem er sagt, er habe sorgfältig geprüft und es freue ihn mitteilen zu können, daß er den Brief gefunden habe. Er wolle ihm den Brief übergeben, wenn er die Genehmigung des Dr. Peters mitbringe, daß er ausgehändigt werden dürfe. — Dann kommt ein dritter Brief vom 31. August 1896, den Major Kentrid an Graf Hayfeldt schreibt. Er lautet: „Mein lieber Graf, ich empfangen Ihren Brief mit dem eingeleiteten Schreiben des Dr. Peters und freue mich, Ihnen anbei den von Dr. Peters in Seba in Deutsch-Ostafrika vom 10. April 1892 erhaltenen Brief überfenden zu können. Da anzunehmen war, daß ich den Bischof auf der englischen Station Korogwe treffen würde, wo ich übernachtet wollte, so hat mich Dr. Peters, seinen Brief mitzunehmen, ihn zu lesen und dann nach meinem eigenen Ermessen zu handeln, d. h. den Brief dem Bischof zu übergeben und ihm die Angelegenheit auseinandersetzen, oder falls Sie es für richtiger halten sollten, den Brief zu vernichten. Ich fand die Mission geschlossen unter der Aufsicht eines Indiers, sodah ich weder die Angelegenheit dem Bischof aufklären, noch den Brief abgeben konnte. Ich hoffe alldah das Vergnügen zu haben. Im Junior-Klub bin ich immer angestrichen. Ihr ganz ergebener Reginald E. Kentrid.“ Der Brief selbst ist derjenige, den Dr. Peters als sogenannten Briefentwurf dem Gericht bereits vorgelegt hat. — Vors.: Bevor wir mit den Plaidoyers beginnen, möchte ich noch einmal fragen:

Ist jeder Vergleichsweg ausgeschlossen?

Sie haben doch gehört, daß Dr. Peters bereit war, den Brief auszuhandeln. — v. Bennigsen: Ich kann mich nicht zu einem Vergleich bereit erklären, um so weniger nach den längsten Reden in der Presse. — Vors.: Das habe ich auch gelesen und kann Ihnen bestätigen, daß das nicht richtig ist. Die beiderseitigen Parteivertreter haben aber die Möglichkeit eines Vergleichs gesprochen, aber wer die Anregung gegeben hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Das ist ja auch egal. — Dr. Peters: Ich darf wohl versichern, daß diese Meldung nicht von mir ausgegangen ist. — Vert. Falk: Nach meinen Informationen weiß ich, daß weder Dr. Peters noch Justizrat Sello ein Wortwort trifft, daß vielmehr die Meldung in der Presse auf das Mißverständnis eines Journalisten zurückzuführen ist, der sich zugleich eine Indiskretion hat zu schulden kommen lassen. — Vors.: Indiskretionen in der Presse dürfen doch aber nicht den Anlaß bilden, einen Vergleich abzulehnen. — v. Bennigsen: Ich war schon vorher dazu entschlossen, aber die Veröffentlichung in der Presse hat mich darin bekräftigt. — Vert. Falk: Es stehen doch auch hier höhere Interessen auf dem Spiel als bloß die Person des Dr. Peters.

Justizrat Sello: Da nun einmal dieser Punkt angeregt ist, möchte ich mitteilen, daß ich ein Telegramm in Leipzig erhielt, in welchem mir mitgeteilt wurde, daß die Möglichkeit eines Vergleichs vorhanden ist. Ich telegraphierte zurück: Einverstanden, wenn genutzende Erklärungen erfolgen und wenn die Kosten abgenommen werden. — Vert. Falk: Nachdem schon der Herr Präsident Vergleichsversuche gemacht hatte, die aber abgelehnt wurden, wie er mir weit bestätigen können. . . . Vors. (unterbrechend): Das ist richtig, ich habe das aber aus eigenem Antriebe und nicht im Auftrage einer Partei getan. — Vert. Falk: . . . kam Rechtsanwalt Rosenthal zu mir und sagte:

Läßt sich denn nicht ein Vergleich machen?

Was da gesprochen wurde, wäre zwecklos hier vorzutragen. Jedemfalls war der materielle Inhalt des Gesprächs ein anderer, als er dem Wunsche des Herrn Sello entsprochen hätte. — Dr. Peters: Herr Rosenthal hat ohne meinen Auftrag gehandelt. Ich selbst habe keinen Vergleichsversuch gemacht.

Hierauf beginnen die Plaidoyers. Zuerst spricht namens des Klägers

Justizrat Dr. Sello:

Dieser Prozeß ist von autoritativer Stelle als hervorragender Rechtsfall bezeichnet worden. Ich glaube, daß in dieser Sache abholatorische Darlegungen nicht am Platze sind. Herr Dr. Falk beklagt sich, daß ich ihn fortwährend mißverstanden habe. Ich bebaue das, weil das vielleicht nicht an der Klarheit seiner Worte als am Mangel meiner Intelligenz liegt. Aber in einem Punkte hat er mich mißverstanden, als ich seine Aufforderung, worin ich die Verleumdung fände, beantwortet habe. Ich ließ von Anfang an keinen Zweifel, daß den Gegenstand dieser Gerichtsverhandlung

nur ein Punkt

bilde. Ich habe auf diesen einen Punkt immer wieder hingewiesen. Es kommt nur auf die Frage an: Welches sind die Vorgänge am 25. Januar 1892 am Kilimandscharo gewesen? Was hat zur Hinrichtung der Jagodja geführt? Selbst die Hinrichtung des Mädchens steht hiermit in Zusammenhang. Von vornherein will ich aber dem Wortwurf vorbeugen, als trüffen wir. Wir fürchten uns nicht, wir sind nicht die Männer der bleichen Furcht. Im Interesse der strengen Gerechtigkeit und Wahrheit muß aber der Einzelfall von allem Weirer befreit bleiben. Die Frage, ob die Hinrichtung zu Recht erfolgt ist, wollen wir uns nicht verdunkeln lassen durch Erörterungen, ob Dr. Peters Recht hatte, als er die Station nach Marengo verlegte. Was er an jenem Tage für das deutsche Vaterland getan und gelitten hat, beweist der Prozeß gegen die „Münchener Post“. Mitternacht hat er sie vor die Klinge geführt und hofft, daß der provisorische Sieg in der ersten Instanz sich zum definitiven Siege in der zweiten Instanz auszuweiten werde. Vater Vater sprach sein Bedauern über die Kolonialprozesse aus. Konnte man sich nicht damit begnügen, daß durch einen

kaiserlichen Gnadenakt

die Disziplinarurteile gegen Dr. Peters vom Jahre 1895 aus der Welt geschafft sind? Vater Vater erhob den Wortwurf gegen Dr. Peters, daß wir ja diesen Prozeß angefangen hätten. Darauf kann ich nur mit dem Worte eines geistreichen Franzosen antworten: Mögen die Herren Mörder mit der Abschaffung der Todesstrafe den



Anfang machen! Solche Prozesse wären nicht nötig, wenn nicht Blätter von der Bedeutung der „Königlichen Zeitung“ so ungerichtetige Behauptungen in die Welt schicken würden. Würde Dr. Peters nichts gegen die Besagten unternommen haben, so würde man ihm für alle Ewigkeit dankbar sein: Du hast nicht gewagt zu klagen. Der Zudebrief allein ist es, der den Gegenstand der Klage bildet. Was wir hier schreiben, ist ein wesentliches Stück deutscher Kolonialgeschichte. In der Reichstagsitzung vom März 1906, die ein trauriges Blatt in der Geschichte unseres Vaterlandes bilden wird, hat ein Abgeordneter von der Tribüne gesagt, Dr. Peters habe seinen Besuch dem Bischof Luder angeknüpft, dieser ihn aber abgelehnt, weil er mit einem Mörder nicht verkehren wolle. Ich will Herrn Rebel daraus keinen Vorwurf machen, er mag das mit seinem Gewissen beantworten. Der Zudebrief entpuppte sich aber als Schwindel. Herr Rebel mag gutgläubig gehandelt haben, seine Gutgläubigkeit ist aber von der Peters' feindlichen Citone in der abscheulichen Weise benutzt worden. Es handelt sich hier um die niederträchtigste Fälschung, die jemals in der Geschichte vorkam. Was ich bedauere, ist, daß in jenem Bericht der „Königlichen Zeitung“ nicht unumwunden von einer Fälschung des Zudebriefes gesprochen ist, sondern mehr oder weniger gemindert nur von einer Anweisung. Es ist schwer, keine Ironie zu schreiben. Der Berliner sagt: Sarrum, ein ander Bild! Der Zudebrief ist gestorben, es lebe der Woodwoodbrief! Der Woodwoodbrief ist gestorben, es lebe der Smithiesbrief! Geschwindigkeit ist keine Hexerei, so wird immer ein neuer Brief nach dem andern untergeschoben. Wir sind dieser Legendenbildung hier energisch entgegengetreten und wir hoffen, daß auch dieser Brief endlich in der Verfertigung verschwindet. In dem Artikel der „Kön. Ztg.“ heißt es: „Auseinandern nur Namensverwechslung“. Mit bitterer Ironie erwiderte Dr. Peters: „Eine Ähnlichkeit bestehe darin, daß beide Briefe mit Tinte auf Papier geschrieben sind. Im übrigen verhalten sich der angebliche Zudebrief und dieser Brief wie Tag und Nacht, wie Lüge zur Wahrheit. Niemand wird nun die Stirn haben, nachdem die Tatsachen aus dem Dunkel und Gemüsel der afrikanischen Küste in die reine Sonne deutscher Rechtsprechung gerückt sind, von einer Ähnlichkeit des Zudebriefes und des Smithiesbriefes zu sprechen. Damit würde meine Beweisführung vom formalistischen Standpunkt erschöpft sein, nachdem nachgewiesen ist, daß der Brief nicht aus der Feder des Dr. Peters geflossen ist. Aber ich erkläre von vornherein, daß ich mich nicht auf den rein formalistischen Standpunkt stelle, daß es nicht nur darauf ankommt, ob der Brief geschrieben ist, sondern ob die in diesem Briefe behaupteten Tatsachen begangen worden sind. Ich führte dann zur Darstellung des Falles selbst. Es ist eine ebenso jämmerliche und längst widerlegte Legende, wie die Behauptung des Zudebriefes, die, daß Dr. Peters solche Tat begangen habe. In den Disziplinarurteilen wird der Fall Jagodja ganz anders beurteilt, wie in der „Kön. Ztg.“ Das Urteil bezweifelt keineswegs den guten Glauben, nicht mit einem Wort ist eine Andeutung dahin enthalten, daß die Hinrichtung der Jagodja aus sexuellen Motiven stattgefunden habe. Beweis behoben unter Afrikanern Meinungsverhältnisse über die Beurteilung der Lage. Nehmen Sie drei Afrikaner und Sie werden vier verschiedene Meinungen haben. Sie hörten, daß der eigene Bruder des Dalamita von der Konspiration der Jagodja Mitteilung machte. Herr v. Soden hatte Dr. Peters auf den Weg gegeben: Handeln Sie, wie Sie können, aber sehen Sie zu, daß Sie nicht totgeschlagen werden. Es ist erwiesen, daß die europäischen Elemente sämtlich die Hinrichtung für notwendig hielten. Das einzige, um das es sich hier handelt, ist der Vorwurf, daß die Hinrichtung der Jagodja nicht ein politischer Fehler, nicht ein Akt übertriebener Strenge, sondern daß es eine Schandthat war, die an den Bräutigam der Gerechtigkeit angeknüpft zu werden verdient. Die Hinrichtung soll erfolgt sein aus Eifersucht und den niedrigsten sexuellen Motiven. Durch die Weisenaufnahme ist aber die ganze Eifersuchtstheorie hinfällig geworden. Die Gegner sollen einen Zeugen nennen, der etwas von dem Verkehr zwischen Madruk und Jagodja sagen konnte. Und was wissen wir von dem Geschlechtsverkehr zwischen Dr. Peters und der Jagodja? Nichts, als daß er mit dem für ihn so verhängnisvollen Freimut eingestanden, ein- bis zweimal mit ihr verkehrt zu haben.

Daß sie keine Suria war, hat niemand behauptet. Die Voraussetzung der Eifersucht und des Ehebruchs ist also hinfällig. Gegen Dr. Peters sprechen ja die Berichte des Herrn v. Soden nach Berlin. Aber Herr v. Soden macht überall die einschränkende Bemerkung, er habe in der Voraussetzung berichtet, daß die den Gerichten zugrunde liegenden Tatsachen erwiesen seien. Darum handelt es sich hier allein. Ich verlange Beweis und lasse mich nicht ein auf Gerüchte, die der englischen Mission oder dem Bischof Smithies zu Ohren kamen. Das erste stützliche Handeln des Bischof wird ich nicht anzweifeln. Es tut mir leid, wenn ich mich zu der Bemerkung hinreihen ließ: „Was Smithies sagt, sei ebenso gleichgültig, als wenn der „Vorwärts“ vom „Hänge-Peters“ spricht. Ich behauere die Bemerkung, vom „Vorwärts“ erwarte ich nichts anderes. Bezüglich des Bischofs habe ich nur anzuführen wollen, daß es für Dr. Peters gleichgültig ist, wieviel Menschen ihn auf ein Verdict hin Mörder nennen. Es widerstrebt mir, den Zeugen Wilhelm anzugreifen, aber seine Aussage war gefehlt von inhaltlicher Antinomik. Herr v. Wichmann ist ein deutscher Edelmann und verdient vollen Glauben, sonst würde es ja nur die eine Frage geben: Weineid oder Wahrheit? Das Charakterbild des Herrn v. Wichmann a. Schellendorff ist in der Geschichte festgelegt, aber ich, daß er gegen die Hinrichtung nicht Einspruch erhob. Wenn Dr. Peters bei einer Flasche Wein einmal eine zynische Aeußerung tat, so muß man bedenken, daß es ja um wettbewerbsfähige Männer handelt, die mit ihren Erfahrungen auch übertrieben. Der nach der heutigen Verhandlung noch wiederholt, daß Dr. Peters jemand aus sexuellen Motiven habe hinrichten lassen, ist ein böswilliger Lügner und Berleumder. Herr von Bennigsen muß nach § 198 bestraft werden. Ich müßte gegen ihn eine schwere Strafe beantragen, wenn er nicht erklärt hätte, daß er bei Abfassung des Urteils den Smithiesbrief nicht kannte. Auch Herr Briggemann muß bestraft werden, denn er hat dem Artikel Aufnahme gewährt. Strafschärfend fällt die Weltstellung der „Kön. Ztg.“ ins Gewicht. — Nachdem Justizrat Sello die kolonialen Verdienste Peters geselet hatte, schließt er wie folgt: Dr. Peters teilt das Schicksal aller großen Entdecker. Christoph Columbus, der der zivilisierten Welt einen neuen Erdteil schenkte, warf man in Ketten und Banden, Dr. Peters, der unsern deutschen Vaterlande den lohnbarsten Besitz an der ostafrikanischen Küste schenkte, muß sich gefallen lassen, wenn der Böbel ihn auf der Straße beschimpft und verhöhnt. Er muß mit ansehen, wie sein Verteidiger in einem deutschen Gerichtsgebäude, wo der Frieden walten soll, von demselben Böbel belächelt und angepöbel wird. Das geschah im Jahre des Heils 1906 in der deutschen Stadt Köln! (Justizrat Sello bringt die folgenden Schlussworte mit tränenreicher Stimme, zu Dr. Peters gewendet, vor): Sein abschließendes Urteil wird Dr. Peters von der Geschichte empfangen. Vor diesem Urteil bangt ihm nicht, es bangt ihm aber auch nicht vor dem Urteil, das ein deutscher Gerichtshof heute über ihn fällen wird und dem er wie seine Verteidiger mit volstem unerschütterlichem Vertrauen entgegensehen!

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Bei Beginn der Nachmittagsitzung nahm der Vertreter des Privatbesagten v. Bennigsen

Rechtsanwalt Dr. Fall

das Wort zu seinem Plaidoyer. Einleitend erklärte er, daß er einige Bemerkungen zur psychologischen Begründung der Verantwortlichkeit des Dr. Peters vorausschicken müsse. Es habe eine Zeit gegeben, in der er eben solch überzeugter Anhänger des Dr. Peters war, als heute noch anscheinend sehr viele im Deutschen Reich sind. Ich habe nie geglaubt, so früh er fort, daß ich jemals und in einer solchen Weise Stellung gegen Dr. Peters werde nehmen müssen. Ich habe nicht die Absicht, Herrn Dr. Peters herabzusetzen. Im Gegenteil, ich weiß Dr. Peters

Dank, daß er in einer Zeit, in welcher der koloniale Gedanke schwer Wurzel faßte, mit an erster Stelle war, um für die Verwirklichung dieses Gedankens zu wirken. Und wenn Dr. Peters auf diesem Gebiete große Erfolge hatte, so verdankt er das einer Reihe glänzender Eigenschaften. Er ist ein Mann von hohem Rufe, entschlossener Tatkraft und hartem Willen, der es versteht, die Situation zu beherrschen und den Momenten, der sich bietet, zu werten und seinen Vorteil geltend zu machen. So haben wir ihn auch hier in der Beweisführung gesehen, bei der er so scharf hervorgetreten ist, wie selten in einem Prozeß eine Partei. Das werde ich nachher noch zu würdigen suchen.

Dr. Peters ist gleichwohl zugrunde gegangen.

Es fehlt ihm das Augenmaß der Wertung der eigenen Person anderen gegenüber, seine eigene Persönlichkeit erscheint ihm so groß, daß ihm Recht und Freiheit anderer dahingegen gehalten, nicht in Frage kommen. Daraus ergibt sich der Schlüssel für das, was am Kilimandscharo passiert ist. Als Dr. Peters, zum Reichskommissar ernannt, vom Anhalter Bahnhof in Berlin abfuhr, umgab ihn eine nach Hunderten zählende Menge, die ihn mit Jubel und Hurra zum Zuge geleitete. Seine Freunde erwarteten, als sie ihn so feierten, von ihm große Taten. Sie wollten nicht einen stillen, launischen Verwaltungsbeamten und emsigen Kolonialrat, sie sahen in ihm einen Helden, dem sie auf dem Anhalter Bahnhof auf Vorhieb Lorbeeren spendeten und erwarteten, bald von ihm Taten zu hören, welche von sich reden machen würden. Unter diesem Eindruck fuhr Dr. Peters von Berlin ab. Er ist nicht an den richtigen Platz gekommen. Freiherr v. Soden sprach deutlich aus, daß er nicht wußte, was er mit ihm anfangen sollte, als ihm mitgeteilt wurde, daß ihm der berühmte Afrikanische Dr. Peters zur Verfügung gestellt worden sei. In Stuttgart hat sich Herr v. Soden nicht mehr erinnern können, welche Instruktionen er dem Dr. Peters nach dem Kilimandscharo gegeben habe. Es ist ihm das auch kein Wunder, denn es sind seitdem 15 oder 16 Jahre verstrichen. Es ist wunderbar, daß nach so langer Zeit noch so viel Material aus den Jensegen herauszuholen war. Wir sind daher genötigt, als Grundlage unseres Wahrheitsbeweises die beiden Disziplinarurteile zu nehmen, und zwar aus mehrfachen Gründen. Einmal sind die Urteile von den ersten Männern aus Justiz und Verwaltung, auf die unser Vaterland stolz ist, gefaßt worden, zweitens lassen sie eine große Sorgfalt in der Erwägung des Für und Wider, emsigen Fleiß und scharfes Urteil erkennen, wie sie nur von erfahrenden Richtern zu erwarten sind. Drittens kommt in Betracht, daß die Jensegenurteile, die in den Urteilen verwendet wurden, in eine Zeit fielen, wo sich das Bild noch nicht vermischt haben konnten.

die Einflüsterungen und Einwirkungen bei den Zeugen

sich noch nicht so geltend gemacht haben konnten, wie es heute der Fall ist. Deshalb werde ich von diesen Disziplinarurteilen ausgehen. Ich war ursprünglich der Meinung, daß wir außer der Verlesung der Urteile keine Zeugen zu vernahmen brauchten. Erst gewisse Vorkommnisse im Münchener Prozeß, die dazu führten, diese Urteile einer Kritik zu unterziehen, wie sie sonst Gott sei Dank in deutschen Landen noch nicht vorgekommen ist, gaben mir Anlaß zur Verlesung der schriftlichen Urteile Zeugennmaterial herbeizubringen. Der Artikel vom 20. März war eine Antwort auf die Ausführung des Abgeordneten Dr. Arendt in der Sitzung vom 15. März 1906. In dieser Sitzung hatte Dr. Arendt den Fall Peters wieder einmal aufgerufen. Er hatte behauptet, die beiden Urteile gegen Dr. Peters seien erschüttert, weil die beiden Zeugen, auf denen die Urteile ruhten, nicht glaubwürdig seien. Baumann sei im Irrenhause im Wahnsinn gestorben und Bronfart v. Schellendorff sei gleichfalls unglaubwürdig.

Diese Behauptungen waren falsch.

Dagegen nahm von Bennigsen Stellung. Es handelt sich garnicht darum, was für Briefe Dr. Peters geschrieben hat, sondern was er getan hat. Für das, was wir Dr. Peters vorwerfen, diene als Ausgangspunkt die Beschlagnahme, die Abg. Rebel im Reichstag auf Grund des Zudebriefes dem Dr. Peters vorwarf. Soweit bin ich also mit Herrn Justizrat Sello einig. Er ist aber, wenn er sagt, daß der „Zudebrief“ nur den Fall Jagodja zum Gegenstande habe und nicht den Fall Madruk, Rebel hat aber ausdrücklich auch von den beiden Fällen gesprochen. Der Verteidiger geht dann auf die Weisenaufnahme näher ein.

Ich beginne mit dem Fall Madruk. Der junge Mensch, ein Nigger vom Kongo, war mit Dr. Peters nach dem Kilimandscharo gekommen. Dieser Madruk soll nun einen Eindruck verübt haben. Ich gebe zu, daß ein Eindruck erfolgt ist, aber als Motiv nehme ich nicht an, daß er hat stehlen wollen, sondern daß er zu den Weibern wollte. Zum stehlen hatte er reichlich Gelegenheit, die Zigaretten lagen frei umher. Wenn ich nun betonen will, daß bei der Beurteilung dieses Madruk

sexuelle Momente mitbestimmend

waren, so verweise ich in erster Linie auf Aeußerungen von Dr. Peters selbst, Aeußerungen, die er getan hat zu einer Zeit, als er noch glaubte, dies tun zu können, ohne dadurch irgendwie einen Sturm der Entrüstung gegen sich wahrzunehmen. Die Verteidigung verweist dann auf verschiedene Aeußerungen zu Bronfart von Schellendorff, Dr. Baumann, Kaiser Ruhnert, Hermes usw., ferner darauf, daß Dr. Peters

den Madruk auf sexuelle Entkränkung habe untersucht

lassen. Was in aller Welt konnte Dr. Peters für ein Interesse haben, ob Madruk, der gehängt werden sollte, sexuell krank war? Der Schlüssel zu diesem Rätsel ist, daß sich Dr. Peters eben von sexuellen Motiven leiten ließ. Er ließ den Madruk untersuchen, weil er, der ebenfalls mit dem Mädchen verkehrt hatte, für seine Gesundheit fürchtete. Wenn ich die Persönlichkeit des Dr. Peters psychologisch richtig verstanden habe, so belastet ihn noch mehr als dieses der Umstand, daß er unwahre Berichte an Herrn v. Soden geschickt hat. Ein Mann von dem stolzen Selbstgefühl des Dr. Peters greift nicht zur Waffe der Lüge, wenn er kein Schuldgehüßlein hat. Weiter verweist der Verteidiger darauf, daß Dr. Peters den Madruk und die anderen Diener durch Schläge habe zum Gehorsam bewegen wollen. Er zweifelt nicht, daß Dr. Peters sich dieser Handlungsweise nicht klar geworden sei. Er habe wohl kaum sich vergegenwärtigt, daß er sich strohbar machte der Expression eines Gehändnisses, wofür das Strafgesetzbuch im § 4 die Dramen mit einer Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren bedroht. Was hat man dem Madruk zur Last gelegt?

Ein Mundraub, der bei uns

höchstens mit ein paar Tagen Haft

bestraft wird. Wenn nicht geschlechtliche Motive hinzugekommen wären, würde Dr. Peters sicherlich nicht zu dieser furchtbaren Härte gekommen sein, und hätte den armen Jungen, der ihm bis dahin treu gedient hatte, nicht vom Leben zum Tode kommen lassen. Im Falle Jagodja sahen sich die Zeugen v. Wichmann und Wilhelm gegenüber. Ich bin überzeugt, daß beide nach bestem Wissen bemüht waren, die Wahrheit zu sagen. Herr v. Wichmann sagt, die Europäer trieben kein Dana. Und doch stand Herr v. Wichmann unter einem Dana: der weit überregenden Verantwortlichkeit des Dr. Peters. Dieser hatte ihn von der Küste mitgenommen und zur Schütztruppe gebracht. In echtdeutscher alter Fallsentzune billigt er nun alles, was Dr. Peters zu sagen hat. Er ist ein Bewunderer und Verehrer seines Herrn und Weisers. Vel der Hinrichtung der Jagodja sind

ohne Zweifel sexuelle Motive maßgebend

gewesen. Es sei gar nicht anzunehmen, daß dieses Mädchen, das sogar einem anderen Etanume angehöre, irgend eine Gefahr bringen konnte. Es gereicht Dr. Peters keineswegs zu Ehre, daß er dieses Mädchen, in dessen Armen er häufig

ruhte, zum Tode verurteilte, daß er zum Urteil v. Wichmann, der ebenfalls mit dem Mädchen verkehrt hatte, hinzog, und das Mädchen schließlich hängen ließ. Eine Not habe gar nicht bestanden, er sei kurze Zeit darauf nach der Küste gegangen. Er hätte ja das Mädchen dahin mitnehmen oder das Urteil von seinem Nachfolger vollstrecken lassen können oder endlich ja auch das Mädchen, nachdem das Todesurteil verhängt war, begnadigen können. Die Aeußerungen, die Dr. Peters zu dem Kaiser Ruhnert machte:

Ob er nicht einen Schwarzen schießen wolle,

daß er fünf Leute an die Kette gelegt habe, bloß um ihnen seine Macht zu zeigen, der

„Trinkspruch auf das Wohl des seligen Mabruk“

sind ein Beweis für die Psyche des Dr. Peters in jenen Kilimandscharotagen. Dr. Peters war von dem Gefühl befaßt, daß er mit den Schwarzen machen könne, was er wolle. Wenn sie die Psyche des Dr. Peters in jenen Kilimandscharotagen nachlesen wollen, dann verweise ich Sie auf die unerschlichen Mißhandlungen der Jagodja. Das Mädchen wurde geprügelt, daß die Nerven vom Leibe flogen, daß das Dententum festklebte, so daß selbst die schwarzen Sudanesen ruhig wurden! Als Zeuge Wilhelm dem Dr. Peters das meldete, sagte er: Warum soll sie nicht mehr geschlagen werden? Er ließ sie allerdings nicht weiter schlagen, aber es ist nicht zu verstehen, wie jemand ein Weib, in dessen Armen er geruht hat, so mißhandeln konnte. Sie wissen, meine Herren, daß der Petershandel seit Jahren Staub aufwirbelte, nicht bloß in Deutschland, sondern auch im Auslande. Wie oft wird im Auslande auf den Fall Peters hingewiesen, wie oft bei uns im Inlande von der Partei, die die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik und einer deutschen Flotte noch nicht anerkennt. Für diese Leute ist der Fall Peters ein gelunenes Preisen. Da heißt es dann immer: Uha, die Folgen der Kolonialpolitik! Dr. Peters ist durch Disziplinarurteil bestraft worden. Damit wäre der Fall an sich erledigt. Die Sache liegt aber anders. Die Angriffe erfolgen immer wieder von den Fremden des Dr. Peters, die man als sogenannte Peters-Clique bezeichnet. Als das Disziplinarurteil herausgekommen war,

schweig man,

Peters war nach London gegangen. Später, als man glaubte, daß Gras über die Sache gewachsen sei, führten sich die Freunde von Peters und wußten es zu erreichen, daß er begnadigt wurde und das Recht erhielt, den Titel als Reichskommissar zu führen. Dr. Peters hat das selbst hier vorgebracht. Ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, weil ich nicht nachprüfen kann,

auf wessen Vortrag hin

dieser Akt erfolgt ist. Ich kann nach allen Vorkommnissen nicht annehmen, daß das Kolonialamt die Begnadigung befristet hat. Aber nach allen Vorkommnissen nahm jeder mit Recht an, daß hier der Versuch gemacht werden sollte, den Dr. Peters wieder in ein Reichsamt zu bringen. Auch Herr v. Bennigsen ist dieser Ansicht gewesen. In Abwehr dieser Verlesung schrieb er den Artikel, der sich nicht gegen die Person des Dr. Peters, sondern gegen die Ausführung und Unrichtigkeit des Dr. Arendt richtete. Selbst wenn Sie nicht aus anderen Gründen zur Freisprechung kommen können, würde in diesem Falle nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts dem Angeklagten der Schutz des § 198 zugute kommen: denn er hat in seinem eigensten individuellen Gebiete als Kolonialbeamter den Finger auf eine Wunde gelegt. Aber ich bin auch der Meinung, daß das, was behauptet wurde, der Wahrheit entspricht, und daß Dr. Peters diese Handlungen begangen hat, die ihm vorgeworfen sind, so daß Sie zu einer Freisprechung kommen müssen.

Nach einer Pause nimmt

Justizrat Sello

zu einer kurzen Replik das Wort. Er hebt hervor, daß wenn es dem Dr. Peters um sexuelle Motive bei der Hinrichtung des Madruk zu tun gewesen wäre, er vorher nicht eine milde Strafe angeknüpft hätte für den Fall, daß der Täter sich meldete. Es handelt sich gar nicht um eine politische Frage, sondern lediglich um eine ethische Frage. Es dreht sich für Dr. Peters darum, ob man ihm in Zukunft noch die Hand geben darf oder ob jeder ausländische Mensch sich von ihm abwenden soll.

Vert. Fall:

Im Gegensatz zu Justizrat Sello bin ich der Ansicht, daß diese Verhandlung aus einem großen Gewinn gebracht habe in politischer Beziehung, ich meine einen großen Gewinn für die Weiterentwicklung unserer Kolonialpolitik. Ich bin zu der Auffassung gekommen: die Peters-Affäre ist tot, die Peters-Clique ist tot, mögen die Toten ihre Toten begraben!

Dr. Peters:

Der Augenblick, als am vorigen Sonnabend in diesem Saale mein Briefwechsel mit Smithies verlesen wurde, war einer der herrlichsten Augenblicke meines Lebens. Diese Briefe bilden den eigentlichen Untergrund des ganzen Gebäudes von Lüge, Gefährlichkeit und Verleumdung, durch das ich unter dem Schutze der Redefreiheit im Reichstage zu einem graulichen Menschen gestempelt, um Ehe und Amt gebracht und aus meinem Vaterland in die Fremde getrieben worden bin. Ich habe hier in dem Prozeß die Legendenbildung, welche mein gesamtes Auftreten in Afrika umgab, zerrissen. Ich bin sicher, daß, wenn Herr v. Bennigsen den Inhalt dieser Briefe gekannt hätte, er niemals den beleidigenden Postus geschrieben hätte. Ich bin überzeugt, daß Sie, meine Herren Richter, nachdem dieser Tatbestand klar vor Augen liegt, mir endlich einmal wiedergeben werden, um das ich nun so lange gekämpft habe: meinen guten Ruf und meine Stellung vor der Welt!

Weslanger Briggemann

erklärt, daß er die prohezeigte Verantwortung für den in-fermierten Artikel in vollem Umfange auch heute noch übernehme.

v. Bennigsen:

Herr Dr. Sello führte aus, ich hätte bei Abfassung des Artikels den Satz: Noblesse oblige, mit Rücksicht auf meine Stellung als Adliger, als Afrikaner und als Journalist außer Betracht gelassen. Ich muß ihm das Recht absprechen, darüber zu urteilen, was der Satz: Noblesse oblige für mich bedeutet. Ich weise seine Predigt mit Entschiedenheit zurück. Er kann sich darauf verlassen: Wenn ich einmal im Zweifel darüber sein sollte, was mir zu irgend einer Zeit die Noblesse oblige vorzuschreiben würde, werde ich ihn nicht um seinen Rat bitten. Herr Dr. Sello sprach wiederholt davon, mein Vater sei ein Freund und Verehrer von Dr. Peters gewesen. Das war im Jahre 1900 richtig. Aber mein Vater hat sein Urteil über Dr. Peters modifiziert, als er von mir aus Ostafrika über den wahren Sachverhalt unterrichtet wurde. Es ist richtig, daß, wenn ich den Briefwechsel zwischen Dr. Peters und Smithies gekannt hätte, ich nicht von einer großen Ähnlichkeit, sondern nur von einer gewissen Ähnlichkeit geschrieben hätte. Aber darauf kommt es gar nicht an. Es handelt sich hier für mich gar nicht um den Brief, sondern es kommt auf den Schlussatz an, in dem steht, daß nicht der Zudebrief, sondern die außerhalb des Zudebriefes liegenden Tatsachen Dr. Peters belasten. Auf Grund meiner Kenntnis der Affen und der Erfahrungen in Ostafrika bleibe ich dabei, daß

geschlechtliche Motive

für die Hinrichtung von Madruk und Jagodja mitbestimmend waren. Diese Ueberzeugung sprechen nicht nur die Disziplinarurteile aus, sondern die Vertreter fast aller Parteien im deutschen Reichstage. Jener 13. März 1906, wo Abg. Rebel den Fall Peters im Reichstage zur







**Achtung! Gastwirte! Achtung!**  
 Heute Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr,  
 bei Kellor (Zah. Freyer), Koppenstr. 29:

**Protestversammlung**  
 sämtlicher Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umgegend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Einführung der Konzessionssteuer in Preußen.  
 Referent: Dr. Oskar Cohn-Berlin. 2. Die augenblickliche Lage im Gastwirtsberuf. Referent: Paul Litán-Berlin.  
 Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Gast- und Schankwirts, in dieser Protest-Versammlung zu erscheinen.  
 Der Einberufer. J. A. F. Matthes.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 — Zahlstelle Berlin. —  
**Möbelpolierer.**  
 Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Andreas-Beiställen,  
 Andreasstraße Nr. 21:  
**Branchen-Versammlung**  
 der Möbel- und Stuhlpolierer sowie Beizer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht der Branchenkommision. 2. Diskussion. 3. Wahl der Brancheneitung und der Bezirksobleute. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Da auch in dieser Versammlung über den Besuch derselben Kontrolle ausgeübt wird, ist das Verbandsbuch mitzubringen.  
 Die Brancheneitung.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
 Freitag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal,  
 Grenadierstr. 37:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.  
**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neues Katalog  
 M. Zimpehl, viel Aorte u. Prof. grat. u. f. r.  
 H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW., Friedrichsruess 41/42.  
**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 Moritzplatz, Lindenstrasse 10-12, 2-4.

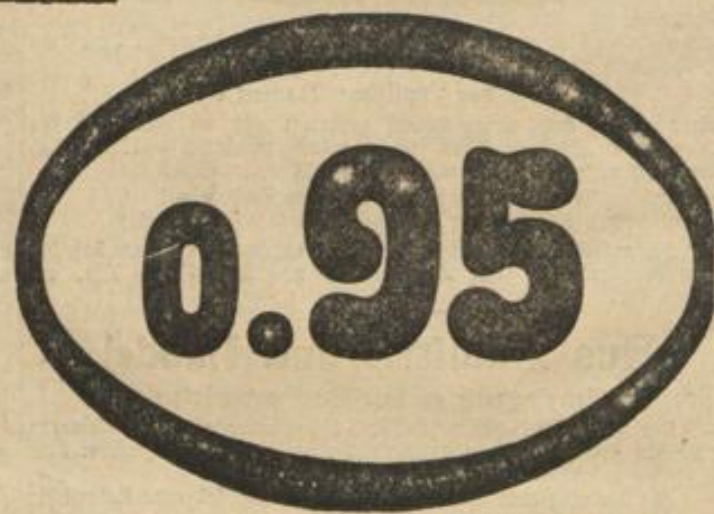
# Modewarenhaus Jacques Cohn

Am Wedding

Müllerstraße 182-183

Ecke Sellerstr.

## Die drei letzten Verkaufstage



unserer Waren für Mk.

## Donnerstag, Freitag u. Sonnabend

geben wir, trotz der enorm billigen Preise,  
 auf sämtliche Artikel **Norden-Marken.**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
 Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
 Teppiche mit Handwebstuhl-Weberei. Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre kein Laden. Kauerhoff. +1  
 Gardinenband Große Frankfurterstr. 9, parterre. Kein Laden. Kauerhoff. +1  
 Strohbetten billig. Robert Große Frankfurterstr. 9, parterre +1  
 Nähmaschinen. Vergüte bis 20.00 mit Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauner, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708\*  
 Teppiche! (Seiblerballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn. Odenberger Markt 4, Bahndorf Br. 294/11\*  
 Strohbetten (postbillig). Robert Große Frankfurterstr. 9, parterre +1  
 Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Kassenauswahl. Winterpaletts, Herrenanzüge, Bettdecken, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf.  
 Gelegenheitskäufe: Valetots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel, postbillig. Lude, Oranienstr. 131.  
 Kellergläser, Operngläser, Reitzzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Klavier, Teppiche, postbillig. Lude, Oranienstr. 131. 24906\*

**Hygienische Bedarfsartikel, billige Bezugsquelle.** Drogerie Weinbergsweg 1. 859\*  
**Nähmaschinen.** Gable hohe Verfertigung. Hauptlager aller Preiser-Hohmann-Systeme Gruba, Rosenkhalerstr. 19. +101\*  
 Wenn man eine Wohnungs-Einrichtung oder einzelnes Möbelstück reell und preiswert kaufen will, so muß man hingehen nach Lothringersstr. 26, Schönhauser Tor. Verkaufung in 5 Tagen! Große Auswahl! Komplette Einrichtung 200 Mark an! Kleiderschrank, gefaltete Pflanzungen, 60 Mark! Jugendstilschränke, passende Vertikals, Truemeubel, große Auswahl! Ein billiger wie fast alle Möbelhändler! Verkauf nur Hof im Speicher und 5 Tagen! Einzelne Möbel 30 Prozent billiger! Kleiderbänke, Säulentrumeaus, Plüschsofas, Ausziehtische, Vertikals, Chaiselongues, Schreibröhre, Umbone, Garnituren, Büfets, Bücherchränke, moderne Küchen, 65 Mark an! Transport und Aufbewahrung frei! Best kaufen Sie am billigsten! Lothringersstr. 26, Hof, Speicher.  
**Geldschredder.** über 1000 Stück, 50.00. Holz, Blumenstr. 36b. \*  
**Herrenabrad.** Damenabrad mit neu, 45.00. Holz, Blumenstr. 36b. 948\*  
**Hygienische Bedarfsartikel, billige Bezugsquelle.** Versand nach außerhalb. Frau Bischer, Berlin 18, Oranienweg 31. 100/15\*  
**Metalbetten.** hochmoderne, postbillig. Ritterstr. 112 II. 101/5\*

**Möbelpolierer** Brunnenstr. 182. Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Stühle, Säulentrumeaus, Tischchen, Nachschelben, Engländerbetten, Kuschelsofas, Teppiche, Kuschelstrick 23, Spiegel, Spiegelschmitten, Kommoden, moderne Küchen, Karmortolletten, Ausziehtische, Sofas etc. usw., alles postbillig. 998\*  
**Kinderbettstelle.** Kinderwagen, Sportwagen, zurückgelehnte, gebrauchte (postbillig) Andreasstr. 53. 918\*  
**Möbelschleifer** liefert gebiegen, Wohnungseinrichtungen außerst billig. Bunte Küchen. Auch Katzenablage. Kein Laden. Hornad, Tischlermeister, Dresdenerstr. 124, nahe Rotzbrunn. Lor. Genossen erhalten 3 Prozent. \*  
**Metalbetten.** Kinderbettstelle, Kinderwagen, gebrauchte, zurückgelehnte. Schneider, Aufschneiderstr. 172 (Dennewitzstr.) 638\*  
**Material.** Holz, Gemäldegeschäft mit Rolle sofort sehr billig zu verkaufen. Esmeraldstr. 9. 241/10  
**Pianino.** hohes, kreuzförmig, 100,00 Mark. Lurmitstr. 8 I. 101/7\*  
**Tüllbetten.** volle Bettgröße, Erbstück, reichhaltig 6,25, Engländer 124 2,35, Tüllbettenwände 5,85. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lehmann, Oranienstr. 158.  
**Geldscheine.** Priesenfermimente 2,15, Wert 4,00. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Lehmann, Oranienstr. 158.  
**Obst.** Gemüse, Vorkostgeschäfte, Tegel, Miete 700, Tageskaffe 40, Preis mit Ruberwerk 1500 Mark. Bollrath Co., Chasserstr. 21.

**Verschiedenes.**  
 Verste die Rutterstr. beherrichen! Erfolgreich, leicht lachlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gemäßigter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vormärts“ zu richten.  
**Kunstkopierer** von Frau Koloski Charlottenburg, Goethestr. 84. I. \*  
**Vatermanns** Welt. Wilsmerstr. 4a. 25532\*  
 Die Belebung gegen Herrn Dohfeld, Poststr. 42, nehme ich zurück. Franz Kasper, Waldstr. 5. +9  
**Kleiner Saal,** passend für größere Vereine, als Sitzungssaal jeden Sonntag frei. Adlerstr. 6/7.  
**Saal!** Vereinszimmer, Sonnabend frei, Annenstr. 16. 241/11\*

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
 Prachtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billig. Soldinerstr. 32.  
**Zimmer.**  
 Möbliertes Zimmer für 1-2 Herren zu vermieten. Rosigstr. 52, IV links. 23135  
 Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstr. 6 II, Bahndorf. 1894b  
 Kleines, gemüthliches Zimmer, billig, Lützowstr. 30, I. Portal II.  
**Schlafstellen.**  
 Schlafstelle (2 Herren) bei junger Frau Bischer, Rixdorf, Karlsgartenstr. 19, vorn III. +57  
 Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Jacobsen, Bielenstr. 10, III. \*  
 Möblierte Schlafstelle für einen auch zwei Herren. Witwe Krüger, Krausstr. 22, vorn 2 Treppen. +44  
 Möblierte Schlafstelle, billig, Röh. Weidenburgerstr. 59. 2540b  
 Schlafstelle Wallstr. 35, vorn III.  
 Schlafstelle, sauber möbliert, für Genossen. Groß. Dultenstr. 4, Energiebäude II. +102

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
 Ständer Stuhlreiter bietet um Arbeit Stühle werden abgeholt und zurückgeleitet. A. Müller, Rinalstr. 27. 1458b  
**Stellenangebote.**  
 Wamsfeld auf einfache Standmännel (1.30 Mk.) verlangt Wieland, Rixdorf, Weierstr. 200 II. 2502b+  
 Damenfräulein suchen dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Rönigstr. 66/57 L. 101/4\*  
 Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Wegen Streits und Differenzen sind abberufen:  
 Für Bergedorf: Seifert u. Beier, Guldenstr. 1.  
 Für Kordbuck: Schwärzer, Fruchtstr. 61, Werner, Ballabenstr. 21, Leißner, Teltowerstr. 31, Holz, Oranienstr. 131, Gabis, Lützowstr. 35, Lemke, Köpenick, Salost. 6. 77/17  
 Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands



Nachträgliches zum 12. Januar.

Warum ging die Polizei zum Angriff gegen die Demonstranten vor? Die amtlichen Erklärungen wissen davon zu erzählen, die Demonstranten hätten sich nicht gefügt, die Füge hätten vom Innern der Stadt ferngehalten werden müssen, und so weiter. Man vergleiche hiermit einen Vorgang, der sich in der Lothringer Straße ereignete. Ihn schildert uns in heiß aufglohernder Entzückung ein Mann, der nicht im entferntesten daran denkt, zur Sozialdemokratie zu halten. Von der Karlstraße marschierte ein Zug durch die Friedrichstraße nach der Elsfasser Straße und weiter in die Lothringer Straße hinein. An der Christinenstraße sahen die Demonstranten die Schuhmannsleite, die ihnen den Weg zum Schönhauser Tor sperrte. Ruhig bog sie in die Christinenstraße ein; da gab ein noch recht jugendlich aussehender Polizeileutnant ein Pfeifensignal, und nun stürzten die Schulleute sich auf den Zug, stießen die Demonstranten und trieben sie vor sich her, so daß viele hinstielen. So wurden Demonstranten behandelt, die vor der den Weg sperrenden Polizei willig seitwärts abgelenkt! Die Christinenstraße führt nicht mal in das Innere der Stadt hinein, sondern hinaus in die Nebenstraßen der Schönhauser Allee. Diese Polizeileistung soll sogar von einem älteren Polizeioffizier, der dort seinen Posten hatte, gemißbilligt worden sein. Was wird dem jungen, schneidigen Leutnant geschehen? Gar nichts! Er wird nach wie vor seine Schulleute gegen ruhig ihres Weges ziehende Männer und Frauen antreiben dürfen. Und wenn sich's bei anderer Gelegenheit so fügt, wird er seinen Mannschaften sogar den Befehl geben dürfen, mit gezogenen Waffe auf ihre Mitschwenker einzuhauen.

Das Auge des Gesetzes wacht!

Die Furcht vor neuen Demonstrationen scheint sonderbare Sicherheitsmaßregeln zum Schutze des „friedlichen“ Bürgers hervorzurufen. Man muß offenbar den „Aoten“ zutrauen, daß sie die Stunden nach Mitternacht zu neuen Demonstrationen benutzen. Derjenige, der in früheren Zeiten öfter des Nachts über die Museums- und Kaiser-Friedrich-Brücke nach Hause pilgerte und die Straßen friedlich und ruhig daliegen sah, wird in der Nacht zum Dienstag das Gerächel von Schuhschleppern, ein reichliches Angebot von Schulleuten die Zugänge zu den genannten Brücken sperren zu sehen. Daß auch an anderen Punkten im Innern der Stadt Pöbelhaufen der Beamten aufblühen, wird den Anwohnern die Garantie geboten haben, daß sie treulich bewacht werden.

Am Dienstagabend waren im Wartesaal des Bahnhofes Alexanderplatz etwa 100 Schulleute versammelt, um für alle Fälle bereit zu sein. Die Mannschaften samt ihren Offizieren und den Stadtpatrouillen bekamen aber nichts zu tun, so sehr auch von verschiedenen Posten nach den verschiedensten Richtungen Ausschau gehalten wurde. Um 1/2 11 Uhr wurden die Leute nach Hause geschickt.

Zu den „Arbeiterfreunden“, die sich am Sonntag gegen unsere Genossen so „rühmlich“ benommen haben, daß wir ihre Adressen gestern zur Beachtung weiteren Kreises mitteilten, gehört auch der Restaurateur Otto Wolff, Rosenstraße 1. Arbeiter, die vor den säbelnden Polizeibeamten in das erwähnte Lokal flüchteten, hat Herr Wolff aus demselben hinausgeworfen.

Eine „feine“ Familie scheint der Kaufmann Marx und dessen Gattin, Gräfstraße 1, v. 3 Tr. 1, zu sein. Als die Manifestanten am Sonntag durch diese Straße kamen, sahen Herr und Frau Marx zum Fenster hinaus. Sie mögen beide über die Vorüberziehenden recht unwillig gewesen sein und suchten irgend eine Form, diesen Unwillen auch durch die Tat in Erscheinung treten zu lassen. Frau Marx konnte sich schließlich nach allerhand Gesetzen nicht anders helfen, daß sie sich nach „Charlottenburger Art“, wie man zu sagen pflegt, ausschmaufte und die Kleider der Passanten dadurch beschmutzte. Eine „feine Familie“. Und wie gebildet!

In unserer gestrigen Notiz über die „empfehlenswerten“ Leuten hat uns der Druckfehlerleufel einen argen Streich gespielt. Er hat den Vorfall, nach dem einhalb Meter lange Kissenbretter auf die Passanten geworfen worden sind, nach der Kochstraße 4 verlegt. Das ist falsch. Nicht von der vierten Etage der Kochstraße 4, sondern von der Kochstraße 4 ist diese Frevelttat verübt worden. Die vierte Etage in der Kochstraße 4 wird zufällig von einem älteren Parteigenossen bewohnt, der sogar beim Durchzug der Demonstranten durch die Kochstraße die Fenster weit öffnete, sich an das Klavier setzte und laut die Marschmusik spielte, zum Protest gegen die Demonstrierenden herabsehenden Ausrufungen eines im Nebenhause wohnenden höheren Polizeibeamten. Diefem Genossen ist natürlich eine derartige Flegelerei, die ihm der Druckfehlerleufel imputierte, nicht zugutzuhalten.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant Loeke, Alt-Stralau 5, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag, Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Anträge und Verschiedenes. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen. — Am Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr: Handzettelverbreitung in allen Bezirken. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr, im Restaurant „Wilmshaus“, Seele 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, der Revisoren, Bibliothekskommission und der Lokalkommission, Neuwahl derselben. Bericht der Gemeindevertreter über ihre Tätigkeit, Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wo ihrer zwei beisammen stehen, da soll man auseinander gehen! Die Nervosität und die Sorge um die gefährdete öffentliche Sicherheit scheint bei der Berliner Polizei nachhaltige Folgen hinterlassen zu haben. Wer sich am Dienstag in den Radmittagsstunden an der Kreuzung der Leipziger und Friedrichstraße aufhielt, konnte sich hiervon augenscheinlich überzeugen. Ueber diesen Straßenpunkt, an dem auch in „ruhigen“ Zeiten das Großstadtleben außerordentlich rasch und lebhaft pulsiert, schien der kleine Belagerungszustand verhängt zu sein, denn nicht weniger als 12 Ordnungswächter, darunter ein Leutnant, zählten wir doselbst, die bis ins Innerste durchdrungen von der Heiligkeit ihrer Mission, mit

rollenden Augen und grollender Miene auf „Außenseiter“ schandeten — die nicht kamen.

„Weiter gehen, scheeren Sie sich weg da! Woßt Sie gleich machen, daß Sie weiter kommt?“ so klang es fortwährend schnarrend und schnaubend, in dem bekannten „königlich-preussischen“ Tone, den „und niemand nachmacht“, unter dem drohend aufgerichteten Schnurrbart heroor. Doch waren die Beamten in ihrem Vorgehen diesmal, im Gegensatz zum letzten Sonntag, äußerst wählerisch. Wer im Pelz oder Automobilhülle kam, schienen dem preussischen Staatsfundament in fetter Weise gefährlich zu werden und konnte ungehindert unherdummeln oder stehen. Wehe aber, wer durch sein Aeußeres verriet, daß er dem arbeitenden Stande angehörte, und der sich etwa erdrechte, im gemüthlichen Schlenkerschritt zu gehen oder gar mal stehen zu bleiben, um in provokatorischer Absicht die bei dieser Witterung ewig feuchte Nase zu wischen. Im Nu prasselten die oben erwähnten Aeußerungen auf ihn herab und wenn seine Zeit zu schade war, um sie auf einem Gang zur nächsten Wache zwecklos zu verträdeln, der entzog sich allen mißlichen Weiterungen schleunigst durch die Flucht.

Wir sahen unter anderem, wie auch zwei Arbeiter, die Werkzeug in den Händen trugen und anscheinend auf Montage gingen, auf diese schneidige Art aufgefordert wurden, die verbotene Stätte zu verlassen, obwohl nach ihrem Werkzeug zu urteilen, ihr Aufenthalt auf der Straße einem ebenso nützlichen Zwecke galt, wie derjenige der 12 Ordnungsmänner.

Unter den Linden ging es ähnlich zu, zumal zu dieser Zeit die drei gelben Automobile mit der Kaiserfamilie vorbeifahren. Vom „begeisterten Jubel“ der Untertanen war aber absolut wenig zu merken. Die Krüge, die am Sonntag demokratisch unter Patrioten und Sozialisten verteilt wurden, schienen eine lähmende Wirkung hinterlassen zu haben. Stand doch in der Friedrichstraße am Sonntag neben und ein junger Mann, der tränenden Auges seine Nase befäuchte, die unter der Wucht einer Polizeif Faust die Form einer misratenen Gurle angenommen hatte. Der Aermste klagte, daß er bis jetzt ein guter Patriot gewesen sei, aber unter solchen Umständen wäre es damit vorbei und aus dem Kriegerevangelium treue er sofort aus. Uebrigens ist auch die Schloßwache bedeutend verhärtet worden, um einem eventuellen Sturm gewachsen zu sein und erfolgreich abzuwehren zu können. Die Polizeiphantasie nimmt beängstigende Formen an. Und das alles, weil friedliche Bürger das Recht in Anspruch nahmen, einmal in den Straßen spazieren zu gehen.

Zum Auktions-Lebensschluß.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Aus den Kreisen der beteiligten Gewerbetreibenden ist bei mir der Antrag gestellt worden, gemäß § 130f der Gewerbeordnung eine Anordnung dahin zu treffen, daß im Landespolizeibezirk Berlin sämtliche offene Verkaufsstellen an den Werktagen mit Ausnahme der Sonnabende in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen.

Behufs Vorbereitung einer etwaigen solchen Anordnung nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesrats vom 25. Januar 1902 (R. G. Bl. S. 38) habe ich den königlichen Regierungsrat Dr. Schmölbers hierseits zu meinem Kommissar bestellt, auf dessen weitere Bekanntmachung ich die beteiligten Gewerbetreibenden hierdurch noch besonders hinzuweisen Anlaß nehme.

Der Kommissar veröffentlicht folgendes: Durch Bekanntmachung vom 13. Januar 1908 (Hb. D. 1888/07) bin ich in der Angelegenheit, betreffend die Einführung des Auktions-Lebensschlusses für die offenen Verkaufsstellen im Landespolizeibezirk Berlin, zum Kommissar im Sinne der Bundesratsbestimmungen vom 25. Januar 1902 (R. G. Bl. S. 38) ernannt worden. Als solcher bringe ich hiermit gemäß § 2 dieser Bestimmungen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Liste der beteiligten Geschäftsinhaber für die Dauer von zwei Wochen und zwar vom 5. bis 18. Februar 1908 einschließlich in den Polizeirevier-Büros der Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf und Deutsch-Wilmersdorf während der Dienststunden zur öffentlichen Einsicht ausliegt.

Die Einsichtnahme hat in dem Bureau desjenigen Reviers zu geschehen, in dessen Bezirke die offene Verkaufsstelle, oder falls ein Geschäftsinhaber deren mehrere besitzt, das Hauptgeschäft belegen ist.

Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste — nur solche — können von den beteiligten Geschäftsinhabern innerhalb der erwähnten Frist entweder schriftlich oder zu Protokoll bei den vorbezeichneten Dienststellen während der Dienststunden erhoben werden. Nach Ablauf der Frist vorgebrachte Einsprüche müssen unberücksichtigt bleiben.

Eine Abstimung über den Antrag auf Einführung des Auktions-Lebensschlusses ist mit der gegenwärtigen Auslegung der Liste nicht verbunden. Eine solche kann vielmehr erst nach Abschluß des gegenwärtigen Auslegungsverfahrens, bei dem es sich vorläufig nur um Feststellung der für die voranschicklich demnächst erfolgende Abstimung maßgebenden Liste handelt, in Frage kommen.

Es wäre daher verfrüht, in den Revieren Erklärungen über die Abstimung für oder gegen den Antrag schon jetzt abzugeben. Dagegen wird es im Interesse der beteiligten Geschäftsinhaber liegen, durch Einsichtnahme festzustellen, ob sie in die Liste aufgenommen sind, also an der etwaigen Abstimung später teilnehmen können.

Die Namen derjenigen beteiligten Geschäftsinhaber, welche den Antrag mit gestellt haben, sind in Spalte 8 der Liste durch Unterstreichung ersichtlich gemacht.

Mit dem Entwurf der neuen Fernsprechnetzordnung beschäftigen sich die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin in ihrer gestrigen Sitzung. Die Vertreter waren der Ansicht, daß die geplante Neuordnung einer gründlichen Prüfung bedürfe, um ihre Wirkung auf die Verhältnisse von Handel und Industrie erkennen zu können. Es wurde daher beschlossen, das Reichspostamt zu ersuchen, die Entscheidung über die beabsichtigte Aenderung der jetzigen Gebührenordnung solange hinauszuschieben, bis eine solche Prüfung hinsichtlich der voranschicklichen Wirkungen für die einzelnen Geschäftszweige erfolgt sei. Gleichzeitig beschloßen die Vertreter der Kaufmannschaft, die Postverwaltung um Befähigung ihrer Ermittlungen über die Benutzung des Telefons zu ersuchen und auch die Mitglieder der Korporation aufzufordern, Nachfragen über die Fernsprechnutzung in ihren Geschäften vorzunehmen, um auch auf diese Weise eine Grundlage für die Beurteilung des Entwurfs und eine gerechte, den Verhältnissen von Handel und Industrie Rechnung tragende Bemessung der Gebühren zu erhalten.

Die für die Stadt- und Ringbahn gültigen Monatskarten zum Preise von 7,40 M. für die zweite und 4,60 M. für die dritte Wagenklasse (die Fahrkartensteuer einbegriffen) dürfen, wie die lat. Eisen-

bahndirektion bekannt macht, auch auf der Strecke Jungfernheide—Berlin, Lehrter Hauptbahnhof, in beiden Richtungen bei den Vorortzügen und den Fernzügen Döllgow—Döberitz—Berlin, Lehrter Bahnhof, benutzt werden.

Aus der städtischen Schuldeputation.

Zu der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation kam ein Antrag auf Einführung zahnärztlicher Kassen an städtischen Schulen, der auch heute die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird, zur Beratung. Der Antrag wurde aus mehrfachen Gründen abgelehnt. Unter anderem weil er dem Grundfah entgegenstehe, daß Schulärzte in Schulen nicht behandeln sollen. (Hoffentlich stellt sich heute die Stadtverordnetenversammlung auf einen anderen Standpunkt. Die Red.)

Der Bericht der Berliner Schulärzte, der der Deputation vorlag, soll gedruckt und veröffentlicht werden. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit der infolge des neuen Schullastengesetzes notwendigen Uebernahme der St. Hedwigs-Parrischule, die von etwa 250 katholischen Kindern besucht wird. Die Deputation verlangt die Uebergabe des leererzeit vom Fiskus der Kirchengemeinde zu Schulzwecken überreigneten Schulgrundstücks. Die Gemeinde will aber nur einen Teil dieses Grundstücks abtreten. Die Entscheidung liegt nun in den Händen der höheren Behörden.

Wegen der Verteilung der Schrift: „Ein Mahnwort an die Konfirmandinnen“ wird die Deputation in der nächsten Sitzung schlüssig werden.

„Die Arbeiter, das Mißgeug!“

Die Polizeiaktionen vom 12. Januar haben in weitesten Kreisen der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen — und zwar nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bei zahlreichen Personen, die den „staatsverfallenden“ Schichten angehören. Aber daneben fehlt es freilich auch nicht an Beispielen vom Gegenteil, an widerwärtigen Ausrufen wider Freude darüber, daß die Schuhmannschaften, den von oben erteilten Befehlen folgend, gegen die demonstrierenden Männer und Frauen der Arbeiterklasse zu schneidigem Angriff vorgegriffen sind und daß auf wehrlos Liegende mit dem Säbel eingehauen worden ist.

Und welcher Art sind die Empfindungen, mit denen die Erdbürger der „Mächstenliebe“, die Frommen und ihre Presse, diese entsetzenerregenden Vorgänge begleiten? Man sehe daraufhin sich z. B. mal das Blatt an, das den Titel „Reich“ trägt, das Presseorgan des „Christlich-sozialen“ Hofpredigers Stöcker und seines getreuen Jüngers Licentiat Rumm! Vergleichen wir darin ein Wort der Entrüstung über die blutigen Polizeitaten gesüßt, die am Sonntag geleistet worden sind. In unserer Kenntnis gelangt aber eine mündliche Aeußerung eines aus dem Kreise derer, die dieses Pastorenblatt zusammenfassen. Mit welchen Anschauungen über die Arbeiterklasse und ihre Wahlrechtsdemonstration man diesem Kreise angehören kann, das lehrt der folgende Vorgang, den uns Ohrenzeugen berichten:

Am Morgen nach jenen Polizeitaten, Montag früh um 7 Uhr, als eben die Extrablätter des „Vorwärts“ herauskamen, wurde im Restaurant von Plau in der Elsfasser Straße von den Gästen über die Ereignisse vom Sonntag debattiert. Die Anwesenden waren meist Cafetellner, die ihren Dienst beendet hatten. Abwärts sah ein einfacher Gast, der nur damit beschäftigt schien, seine Lebensgeister aufzufrischen. Plötzlich mischte auch er sich in das Gespräch und warf dazwischen: „Die Arbeiter, das Mißgeug!“ Die Antwort, die er kriegte, soll „nicht von Pappe“ gewesen sein. Als der Mensch sah, daß er sich verrechnet hatte, lenkte er ein: „Aber, meine Herren! Sie sind ja gar keine Arbeiter.“ Auf die Frage eines Gastes, ob er vielleicht kein Arbeiter sei, antwortete er mit einem entrückt absehbenden „Nein“. Da rief einer der anwesenden Cafetellner: „Die Klassenbewusste Arbeiterpartei Berlin würde sich auch schönstens dafür bedanken, Herrn Döring von der „Staatsbürger-Zeitung“ als einen der Ihrigen betrachten zu müssen!“ Der Gast, der die Arbeiter als „Mißgeug“ bezeichnet hatte, war tatsächlich Herr Döring, eine der mitarbeitenden Stützen des Stöckerischen „Reich“ und der gleichartigen „Staatsbürger-Zeitung“. Als er sich erlarmt sah, zog er es vor, baldigt zu verschwinden.

Vielleicht wird hier mancher fragen, warum dieses wertvolle Mitglied des Reiches um Stöcker und Rumm ausgerechnet in das man von Cafetellnern frequentierte Lokal gegangen war. Ein Zufall war es sicherlich nicht. Dieser Döring vom „Reich“, ein Bruder des Agitators Döring vom „Deutsch-nationalen“ Handlungsgesellenverband, hat offenbar von den „Arbeiterfreunden“ aus Stöckers Befolge den Auftrag erhalten, die Cafetellner für die „Christlichen“ zu angeln. Zu diesem Zweck hat er sich zunächst angefreundet mit den beiden Vorstehenden des hiesigen Cafetellnervereins, von denen der eine ein Zentrumsmann, der andere ein Profunimiger ist. Rumm hat er auch bei den Cafetellnerstellen seine Visitenkarte abgegeben, indem er die Arbeiter als „Mißgeug“ bezeichnete.

Im Vorortzuge überfallen und schwer verletzt wurde gestern der 24jährige Schlosser Theodor Richter aus Lichtenberg. Auf der Fahrt vom Gesundbrunnen nach Schönholz hatten mehrere junge Burschen mit R. angebandelt und bald fielen sie über ihn her und schlugen auf ihn ein. Auch mit dem Messer bearbeiteten sie ihr Opfer. Einer der Fahrgäste, der dem Ueberfallenen beistehen wollte, vermochte nichts auszurichten und er sah sich schließlich genötigt, die Notbremse zu ziehen. Als der Zug zum Stehen gebracht worden war, wurden die Attentäter von ihrem Opfer fortgerissen und festgestellt. R. hatte recht schwere Verletzungen davongetragen, so daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Im Hausflur überfahren und getötet wurde gestern nachmittags auf dem Grundstück Jennstr. 15 die 4 Jahre alte Hedwig Jodrich, deren Eltern in dem genannten Hause wohnen. Gegen 4 Uhr fuhr ein Geschäftswagen der Tapetenfabrik Jakob u. Brandt vom Hofe herunter. Zur selben Zeit spielten in dem Hausflur mehrere Kinder, die bei der Annäherung des Wagens teil nach der Straße, teils nach der Treppe flüchteten. Auch die Kleine H. wollte, auf der Treppe stehend, den Wagen vorbeilassen. Sie trat jedoch vorzeitig wieder in den Hausflur hinein, wurde von den Rädern des Geschäftsfuhrwerks erfasst und so unglücklich überfahren, daß sie einen schweren Schädelbruch und eine Wadenquetschung erlitt. Das verunglückte Kind wurde zunächst nach der Unfallstation in der Hindower Straße gebracht und sollte von dort nach dem Kinderkrankenhaus in der Schulstraße übergeführt werden, starb jedoch schon auf dem Transporte.

In bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde gestern nachmittags vor dem Hause Vinienstr. 244 ein etwa 55—60 Jahre alter Mann. Passanten machten einen Polizeibeamten auf den fast kein Lebenszeichen mehr von sich Gebenden aufmerksam, worauf seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Friedrichshagen erfolgte. Der alte Mann war bekleidet mit hellem Jackett, dunkler Hose, dunkler Weste und hellem Hut.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich vorgestern Abend in der zehnten Stunde auf dem Wittenbergplatz zugetragen. Der 67 Jahre alte Rentier Simon Lewinsohn, Martin-Luther-Straße 15 wohnhaft, wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes am Wittenbergplatz von einem Trossenautomobil erfasst und zur Erde geschleudert. Das rechte Hinterrad des Kraftwagens ging über den Kreis hinweg. Schwerverletzt wurde er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. L. hatte einen komplizierten Unterschenkelbruch und schwere Quetschungen am ganzen Körper davongetragen. Er fand im Auguste-Viktoria-Krankenhaus Aufnahme.



